

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Wochenschrift 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 3.30 Mark pro Vierteljahr, 6.60 Mark pro Halbjahr, 13.20 Mark pro Jahr. Ausland: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festschriftliche) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengelände und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Kampf um die ungarische Wahlreform.

Aus Budapest wird uns vom 8. Juni geschrieben:

Die große „Demonstration“, die wir soeben hier hatten, steht in ihrer Merkwürdigkeit einzig da: Zehntausende von sozialdemokratischen Arbeitern waren ausgerückt — den König zu begrüßen, der heute von Wien in die ungarische Hauptstadt gekommen war, um das 40jährige Jubiläum seiner Krönung als ungarischer König zu feiern. Der ganze, mehrere Kilometer lange Weg vom Bahnhof bis zur Hofburg war auf beiden Seiten von dichten Reihen der Arbeiter besetzt. Und ein Ruf begleitete den König auf dem Wege zur Burg ohne Unterbrechung: „Es lebe das allgemeine, geheime Wahlrecht! Rechte dem Volke!“

So merkwürdig wie diese Demonstration ist auch die Bestimmtheit, mit der die Regierung sie verhindern wollte. Sie ließ die Plakate, die zu der „Versammlung“ einluden, durch Polizisten abtragen und die Aufrufe an die Arbeiter konfiszieren, sie sparte nicht mit Verhaftungen und belästigte die Arbeiter mit einem ungeheuren Aufgebot von Polizisten aller Art. — Es wird nicht oft vorkommen, daß sozialdemokratische Arbeiter Monarchen Ovationen bereiten, aber daß die Regierung desselben Monarchen die Ovationen zu stören und zu hindern sucht, das ist sicherlich die zweite Merkwürdigkeit an dieser Einfahrt des ungarischen Königs in seine Residenzstadt.

Die gestrige Episode ist nur mit der einzigartigen Situation in Ungarn zu erklären. Das heutige Ungarn bietet der Welt das Schauspiel der schrankenlosen Herrschaft einer Oligarchie, eine Herrschaft, die sogar der Milde durch die dynastischen Interessen entbehrt. Alle Macht in Ungarn ruht heute beim Reichstag, und der Reichstag ist das Bestehen einer schmalen Oberschicht, an der die Abelskaste den größten Anteil hat. Auch in anderen Ländern kann eine extreme Klassenherrschaft einreissen, das Haus der Gesetzgebung sich aus einem Privilegienwahlrecht bilden. Was aber Ungarn eigentümlich ist, das ist die unbegrenzte Macht dieses Reichstages, der nicht bloß Gesetze gibt, sondern herrscht: das Land auch regiert und verwaltet. Das Charakteristische des ungarischen Reichstages liegt also nicht bloß darin, daß er sich aus dem engstirnigsten und korruptesten Wahlsystem bildet, das überhaupt erdacht werden kann, sondern auch darin, daß er eines der mächtigsten Parlamente ist, die man heute in Europa findet. Da es dieselbe Klasse ist, die Abgeordnetenhaus wie Magnatenhaus beherrscht, so unterliegt das Abgeordnetenhaus in Ungarn nicht einmal jener Behinderung seiner Machtvollkommenheiten, die in Frankreich zeitweilig vom Senat, in England fast regelmäßig vom Oberhaus ausgehen. Das auffälligste in Ungarn ist aber die vollständige Einfluchtlosigkeit der Krone: Der König von Ungarn hat auf die Führung des ungarischen Staates weit weniger Einfluß als etwa der französische Präsident auf die Angelegenheiten der Republik; als Machtfaktor existiert er überhaupt nicht mehr! Die ganze Macht ist bei der Regierung, die ein Ausschluß der Mehrheit des Reichstages ist. Der König von Ungarn ist gegenüber dem ungarischen Staate geradezu ein ausländischer Monarch. Er hat nur das Recht auf gewisse Subsidien — nämlich auf die militärischen Bewilligungen —, dafür aber — und das ist der wahre Sinn jenes „Paktes“, mit dem im April vorigen Jahres der „Friede“ zwischen König und Nation“ besiegelt wurde — überläßt er der herrschenden Oligarchie die Macht und die Herrschaft im Lande unbeschränkt und unbegrenzt. Der politische Zustand des heutigen Ungarn ist also dieser: Auf der einen Seite die vollständige Ausschaltung der breiten Volksmassen und die fast restlose Nullifizierung der nicht-magyarischen Nationen, welche doch fast die Hälfte der ungarischen Bevölkerung bilden; auf der anderen Seite die durch keine dynastischen Interessen (die ja unter Umständen auch auf den Volkswillen Rücksicht nehmen müssen) eingeschränkte, also wahrhaft absolute Macht einer Clique, welche über die Klinte der Gesetzgebung ebenso verfügt wie über die Organe der gesamten Verwaltung.

Nur aus diesem Verhältnis ist die Erscheinung zu erklären, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe ums Recht gleichsam die Hilfe des Königs anrufen. Die Reform des ungarischen Wahlsystems, die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts (denn in Ungarn wird das Wahlrecht noch mündlich ausgeübt) liegt nämlich in Ungarn auch im Interesse der Krone, für die — natürlich aus anderen Gründen — die Beseitigung der oligarchischen Herrschaft ebenso notwendig ist wie für das Volk, das vom Reichstag ganz ausgeschlossen ist. Deshalb hat die Krone in dem belasteten Friedensschlusse die Bedingung gestellt, daß die Koalitionsregierung unverzüglich und vor allem das Wahlrecht reformieren müsse und zwar zu mindest in dem Ausmaße, welches die Fejervarysche Reform in Aussicht genommen hat. Die Koalitionsregierung, die nun über ein Jahr im Amte ist, macht aber nicht im geringsten Miene, ihre Verpflichtung zu erfüllen, vielmehr läßt sie sich in der Herrschaft so häuslich nieder, als ob sie nicht im Wesen eine provisorische Regierung sein sollte. Die Gesetze, die unter dem neuen Regime

beschlossen werden, sind wahrhafte Ausnahmegeetze, denen jede Spur von Billigkeit und Gerechtigkeit mangelt. So ist das Schulgesetz, das angeblich die Lage der Lehrer verbessern will, ein wahres Gesetz zur Unterdrückung der Nationalitäten, die dadurch entweder der Magyarisierung oder dem Analphabetismus ausgeliefert werden. Das neue Feldarbeitergesetz degradiert die landwirtschaftliche Arbeiterbevölkerung geradezu zu Sklaven. Das Eisenbahnergesetz, das jetzt in Verhandlung ist, hebt das staatsbürgerliche Recht der Eisenbahnangestellten geradezu auf! Dennoch haben alle diese Gesetze die Zustimmung der Krone gefunden, ohne daß diese zuerst die Einlösung des Wahlreformversprechens gefordert hätte! Nun will aber die Koalitionsregierung mit den sogenannten „Verfassungsgarantien“ den letzten Schein der Kronmacht beseitigen. Dagegen wehrt sich aber der Kaiser, der allzu gut weiß, wie es ihm dann mit seinem „treuen Ungarn“ ergehen würde, und er stellt die Forderung, daß vor der Stärkung des Reichstages gegenüber der Krone die Stärkung des Volkes gegenüber dem Reichstag erfolge, daß zuerst und endlich die Wahlreform gemacht werde. Welches immer die Beweggründe der Krone auch sind: Die Wahlreform ist auch die allerwichtigste Forderung der Arbeiter, und in dem Bestreben, die Macht der Oligarchie zu brechen, findet das Volk den König eben auf seinem Wege.

Der ungarische Reichstag, der einst in Europa so viel Ansehen hatte, ist nun erkannt: als ein Parlament der schäblichsten Gewalttätigkeiten und rohesten Korruption, das seine wahre Natur vergeblich hinter den Deklamationen eines ranzigen Schmierenspaktes zu verbergen sucht. Ohne Wahlreform ginge Ungarn und geht vor allem der Reichstag zugrunde; er ist heute erfüllt von allen Lasten einer verfallenden Klasse. Deshalb wird sich die Staats- und Volksnotwendigkeit der Wahlreform auch in Ungarn durchsetzen und hinwegjagen über die brutale Herrschaft des einseitigen Klüngels, der heute am Ruder ist. Die Arbeiter müssen nun die Dinge vorwärts treiben, die zur Lösung überreif sind.

## Die internationale Konferenz in Brüssel.

Brüssel, 9. Juni. (Fig. Ber.)

Heute früh ist im Volkshause das internationale Bureau zusammengetreten. Die dem Bureau angeschlossenen Länder waren durch folgende Delegierte vertreten: Weibel, Singer (Deutsches Reich); Hundman (Sozialdemokratische Föderation) und Bruce Blasier (Unabhängige Arbeiterpartei Englands); Jaurès, Vaillant (Frankreich); Dr. Adler (Oesterreich); Van Kol, Troelstra (Holland); Olsen (Dänemark); Remec, Dr. Soukup (Tschechien); Dr. Diamant (Polnische sozialistische Partei und sozialdemokratische Partei Polens); Sigg (Schweiz); Dr. Welter (Luxemburg); Anseele, Wandervelde (Belgien).

Aus Russland waren sechs Delegierte erschienen, zwei für die Sozialdemokratische Partei, zwei für den Bund, einer für Litauen und einer für die Sozialrevolutionäre Partei.

Entschuldigt haben sich Ugarte (Argentinien), Ferri (Italien), Rosa Luxemburg (Sozialdemokratie Polens) und Piechanow (Sozialdemokratische Partei Russlands). Eine Begrüßung ist von den sozialistischen Soldaten von Sewastopol eingelaufen.

Den Vorsitz führte Wandervelde. Zunächst wird über die von einigen französischen Genossen angeregte Verschiebung des Stuttgarter Kongresses gesprochen. Vaillant stellt fest, daß es sich nur um einen Wunsch, nicht um einen Antrag handle. Singer erklärt die Erfüllung dieses Wunsches mit Rücksicht auf die bereits getroffenen Abmachungen der Stuttgarter Genossen für unmöglich, womit die Angelegenheit erledigt ist.

Hierauf beginnt die Verhandlung über die Organisation des internationalen Kongresses. Er beginnt am 16. August mit einer Sitzung des internationalen Bureaus, der am 17. die interparlamentarische Konferenz, und am 18. die Eröffnung des eigentlichen Kongresses folgt. Die Festlegung der provisorischen Tagesordnung ist der Gegenstand einer eingehenden Debatte. Es liegen dazu einige Anträge der Sektionen vor. Dr. Adler spricht für die Aufnahme des Punktes Frauenwahlrecht als eigener Gegenstand, gemäß einem Antrag der österreichischen Frauen. Er zieht diese Fassung der von der Genossin Waader im Namen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands befürworteten vor, die das Frauenwahlrecht als besonderen Punkt unter der Demotratifizierung des Wahlrechts einbegreifen will, da den Frauen volle Gelegenheit gegeben werden müsse, eine Diskussion über ihr Recht zu führen, ohne Möglichkeit der Abschweifung der Debatte auf alle möglichen Wahlsystemfragen. Der Antrag Adler wird angenommen.

Angenommen wird ferner der Antrag Singers, die Frage der internationalen Hilfsprache von der Tagesordnung abzugeben.

Ein Antrag der Independent Labour Party auf Aenderung des Kongressreglements, der auf die Zulassung von Gewerkschaften abzielt, die sich für eine politische Aktion in Verbindung mit den sozialistischen Parteien erklären, wird abgelehnt, da man, wie Vaillant ausführt, die Kongresshandlungen nicht durch Debatten über Zulassung von neuen Gruppen ausfüllen könne, wobei Remec hinzufügt, daß die Annahme des englischen Antrages pseudo-

sozialistischen Vereinigungen Vorschub leisten würde. Die einzelnen Sektionen sollen Herr über die Anerkennung der Gruppen bleiben.

Die Punkte III (Militarismus und die internationalen Konflikte); IV (Beziehungen zwischen den politischen Arbeiterparteien und den gewerkschaftlichen Organisationen) und V (Kolonialfrage) bleiben unverändert. Zu Punkt VI (Einwanderung und Auswanderung ausländischer Arbeiter) wird auf Baillants Antrag auch die Behandlung der Saisonwanderungen beschlossen. Singer teilt mit, daß die deutsche Partei den Genossen Schippel mit der Sammlung des Materials über die Einwanderungsgesetze in den verschiedenen Staaten betraut habe. Die Arbeit werde bis Ende Juni in der „Neuen Zeit“ fertig vorliegen.

Hierauf verhandelt die Konferenz über den Abstimmungsmodus auf dem internationalen Kongress. Der internationale Sekretär Hundmans legt einen Entwurf vor, der den verschiedenen Sektionen bis zu 20 Stimmen zuteilt. Nach einer Beratung in einem Subkomitee werden in der Nachmittagsitzung die nachstehenden Ziffern festgesetzt:

20 Stimmen erhalten: Russland, Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Großbritannien, Frankreich; 14 Stimmen: die Vereinigten Staaten; 15 Stimmen: Italien; 12 Stimmen: Belgien; 10 Stimmen: Polen, Schweiz, Dänemark; 8 Stimmen: Schweden, Finnland, Holland, sowie Australien, wenn die Einigung der dortigen Partei vollzogen wird; 6 Stimmen: Norwegen, Ungarn, Spanien; 4 Stimmen: Usbargien, Argentinien, Rumänien, Japan, Serbien und Südafrika sowie event. Australien; 2 Stimmen erhält Luxemburg.

Ein Antrag der italienischen Genossen in Oesterreich auf Abhaltung einer Konferenz der Administratoren und Herausgeber der Parteiblätter zum Zweck der Gründung eines sozialistischen Nachrichtenbureaus wird als nicht spruchreif erachtet, doch soll während des Stuttgarter Kongresses eine Besprechung der Parteijournalisten über die Verbesserung des Informationsdienstes stattfinden.

Die Exekutive des Bureaus erhält die Ausarbeitung eines Manifestes anlässlich der Haager Konferenz zugewiesen. Das Zulassungsgesuch der Kroaten und Slovenen Ungarns wird der ungarischen, das der Ruthenen der österreichischen Sektion zugewiesen. Den Russen wird überlassen, die gleichen Forderungen zionistischer „Sozialisten“ zu erledigen.

Eine russische Delegierte bringt die Auslieferungen russischer Sozialisten in verschiedenen Ländern zur Sprache, worauf eine von Dr. Adler beantragte Resolution beschlossen wird, die folgenden Wortlaut hat:

„Das internationale Bureau erhebt energischen Protest gegen die Auslieferung russischer Revolutionäre an die zarische Regierung und fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihren ganzen politischen Einfluß einzusetzen, um solche Fälle des Bruchs des Asylrechts und der Neutralität zu verhindern.“

Die Konferenz wird um 5 Uhr geschlossen.

## Ein Klassenurteil.

Paris, 7. Juni. (Fig. Ber.)

Der dreitägige Prozeß gegen die Gewerkschaftsführer Lévy und Bousquet hat also mit einer Verurteilung geendet. Die Geschworenen fanden die Angeklagten schuldig, und der Gerichtshof hat zwei Jahre Gefängnis über sie verhängt! Niemand hat ein solches Ergebnis für möglich gehalten, und die Freunde wie die Gegner der Angeklagten erwarteten einen Freispruch. Der Verlauf der ganzen Verhandlung schien diese Erwartung zu rechtfertigen; denn die auf einfältige und sichtlich unmahrscheinliche einander widersprechende Polizeiaussagen aufgebaute Anklage war von Anfang an so gebrechlich, daß es gar nicht erst der Mühe wert erschien, sie zu widerlegen, und die Verteidiger energischer und klarer Zeugenaussagen und schmeißiger Verteidigerberedsamkeit bedurfte, um sie gleich einem Kartenhaus zusammenzulassen. Und nun dennoch die Verurteilung! Da gibt es denn keine andere Erklärung als den blindwütigen Haß der Bourgeoisgeschworenen wider die Arbeiterklasse, die Rankine des Krämerentums und der bornierten Mittelständerei gegen die Männer, die versucht haben, die edle Sippchaft zur Einhaltung des geschlichen Ruhetages zu zwingen.

Ein Klassenurteil, ein Akt unerbittlicher blutiger Klassenjustiz ist das heutige Urteil, so gut wie es das von Lötiau war. Diesmal besteht nicht einmal der Vorwand des „Patriotismus“, wie im großen Antimilitaristen-Prozesse. Nicht das „Vaterland“, sondern einzig der Profit war zu retten. Das Urteil der Pariser Geschworenen ist keine Vollstreckung einer sei es auch solchen Gerechtigkeitssache. Es ist ein Akt des Klassenkampfes, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und die Verhandlung hat die ganze Komödie der Gesellschaftsvertretung, in der sich Clemenceau zu Tode und Briand empormimte, in ihrer ganzen Zümmlichkeit aus unarmherzige Tagelicht gezogen.

Etwas so Hirnverbranntes von Anklage hat man in der Tat seit Menschengebenken nicht gesehen. Bousquet und Lévy hatten eine Streikbewegung geleitet, deren Ziel die Durchsetzung eines Gesetzes war, das die Bourgeois unter stiller Duldung eines „sozialistischen“ Arbeitsministers mißachtete. Die Ausbeuter hatten, indem sie die Läden am Sonntag öffneten und den Bäckern den Ruhetag vorenthielten, gegen das Gesetz eine „direkte Aktion“ begangen, und nicht sie, sondern die Organisatoren der Arbeiter sollten bestraft werden!

Nun wurden die Angeklagten allerdings bezichtigt, zu „Ungeheuerlichkeiten“ aufgefordert zu haben. Besonders Lévy wurden allerhand kindisch drohende Redensarten in den Mund gelegt. Aber ein Zeuge nach dem anderen trat auf, um die Verdrehungen der

Anlage zu erweisen. Sofern diese die Schuld Bousquets und Lebos aus ihrer allgemeinen Wirksamkeit hatte erschließen wollen, zeigte die Aussagen von Männern wie Jaurès, Meslier, Sembat, daß diese allgemeine Tätigkeit eine gesetzliche Organisationsarbeit gewesen ist. Und wenn die der Anlage zugrunde liegenden Epithelansagen die „Aufreißung“ im besonderen Falle einer Verfassung in der Arbeitsweise bezogen sollten, so bewiesen die einmütigen Erklärungen der doch zu einem Urteil zweifellos befähigteren Zeitungsberechtigten das Gegenteil. Nicht nur ein Redakteur der „Humanité“, sondern auch die Berichterstatter des Regierungskommissars „Pétil Parisien“, des großkapitalistischen „Temp“, der sozial-reaktionären „Croix“ bestätigten die Bemühungen der Angeklagten um die Erhaltung der Geschlossenheit. Und auf einem photographischen Klischee sah man gar Bousquet leidenschaftlich absonderlich, wie er, vor dem Tor der Arbeitsweise stehend, die herausströmende Menge der Arbeitergehülfen mit eigener Hand teilt, um Ansammlungen hintanzuhalten.

Ein Argument des Staatsanwalts blieb allerdings noch, und zwar sein kostbarstes: der „Beweis“, daß die Angeklagten zum „Sabotage“ aufgefordert haben müßten, weil — in Paris Sabotage verübt worden sei! Während eines eiliche Tausend Menschen umfassenden Streiks sind in der Dreimillionenstadt Paris in einem halben Dutzend Häuserfenster eingeschlagen und ist bei einem Schlächter Petroleum aus ausgehängte Flasche gespritzt worden. Für diese, von Unbekannten verübten Sachbeschädigungen haben die Angeklagten um angeblicher „intellektueller Urheber“ willen sechs Wochen in Untersuchungshaft sitzen müssen und nun noch zwei Jahre dazubekommen! Für die Beweislosigkeit, mit der die Anlage zusammengedokelt war, ist die Tatsache bezeichnend, daß unter den Vorwürfen, die als Beweis der aufreizenden Wirkung der inkriminierten Reden angeführt wurden, Beschädigungen von Häusernfenstern aufgezählt werden, die jenen Reden zeitlich vorangegangen sind! Welche fürchterlichen Umstände, deren Neben sogar räumliche Kraft haben!

So war die Verhandlung eine dreitägige Blamage der Anlage. Man kann sich nichts Bächerlicheres denken als die Situation eines Staatsanwalts, dessen tägliche Sophistik von den Zeugen, Angeklagten, Verteidigern bis zur letzten Faser zerpflegt wird. Drei Tage lang ging eine Dausche von leidenschaftlichem Protest, schlichter Sachlichkeit, juristischer Logik, Hohn und Mitleid auf das arme Haupt des Anklägers nieder, bis es die Trübseligkeit eines begoffenen Pudels zur Schau trug. Eine unbezwingliche Schadenfreude ergriff die Zuhörer, als sie den Staatsanwalt seine stärkste Karte ausspielen sahen und die Wesiger der zerbrochenen Scheiben, die „Opfer des Sabotage“, am Zeugnisstand vorüberwandelnd, einer nach dem anderen, löffelweise fragten, was sie denn mit den Angeklagten zu schaffen hätten.

So erwartete man, wie gesagt, den größten Prozeß mit einem hellen Gefächter endigen zu sehen. Er endigt aber mit Trauer, Schande und Empörung. Die Pariser Geschworenen, die noch in den Jahren des Anarchistenschreies, unter Camille Periers Präsidentschaft, den Zumutungen der ordnungsdreierischen Staatsanwälte Widerstand leisteten, haben heute an den Vorwürfen des Anklages ihre Mäntel geföhlt. Und das Gericht hat den Verurteilten, allen Zeugenaussagen zum Hohn, nicht einmal mildernde Umstände zugebilligt. Es war ein kirchlicher Monarchist, der gestern als Zeuge die Geschworenen gebeten hat: „Sabotieren Sie nicht die Justiz!“ — Die Richter des Bourgeoisstaates haben diese Mahnung nicht befolgt. Wird die febtliche Entwicklung der Gesellschaft gefördert, wenn die Arbeiterklasse zu der Ueberzeugung kommt, daß der Apparat der Gerechtigkeit ein Werkzeug der sozialen Unterjochung ist? Herr Clemenceau ist Geschichtsbilosoph genug, um die Antwort auf diese Frage zu wissen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni 1907.

### Nicht ganz unfruchtbar.

Die von der Regierung bei der Verhandlung über die Steuererhöhung im preussischen Abgeordnetenhaus befolgte Politik, die freisinnigen Parteien völlig zu ignorieren und über deren Kopf hinweg wieder mit dem noch vor kurzem geschmähten Zentrum zu paktieren, findet in dem offiziellen Scherischen „Lokal-Anzeiger“ nicht nur Verteidigung, sondern das Blatt leistet sich obendrein das Verwunderliche, die freisinnigen ob ihrer Enttäuschung in halbversteckter Form zu verhöhnen, indem es schreibt, daß, wenn auch der Freisinn für die Regierung im Abgeordnetenhaus nicht in Betracht komme, er doch auch dort nicht ganz zur Unfruchtbarkeit verurteilt sei, denn immerhin hätten z. B. zu der Steuererhöhung für die mittleren Beamten die freisinnigen den ersten Anstoß gegeben. Recht kostbar heißt es in dem Artikelchen:

„Der Freisinn bildet jetzt, durch die Neuwahlen erheblich verstärkt, im Reichstage einen wesentlichen Bestandteil der Majorität, auf die sich die Regierung gemeinhin stützt, während er im Abgeordnetenhaus infolge seiner numerischen Schwäche hierfür nicht in Betracht kommt. Daß der entschiedene Liberalismus aber deshalb auch in der preussischen Volksvertretung keineswegs zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist, haben die letzten Tage erst wieder erwiesen. Am Schluß der Debatte über die Bewilligung von Steuererhöhungen für mittlere Beamte entbrannte bekanntlich, vom Abgeordneten Herold entfacht, ein des Humors nicht entbehrender Kampf der Parteien um die Priorität des Gedanken. Allein den Anstoß, daß wirklich etwas geschah, haben doch die freisinnigen durch ihren Antrag gegeben, während alle rechts von ihnen sich schon dabei beschließen hatten, daß die Finanzlage zurzeit nicht gestatte, mehr zu tun, als ursprünglich in der Absicht der Regierung lag. Ihr Ziel haben sie freilich nicht voll erreicht, aber ein gut Stück des von ihnen vorgezeichneten Weges gingen dann doch die Regierung und die Mehrheit. Es ist deshalb für den, der nicht durch die Parteibeile nicht, nicht recht verständlich, warum die freisinnigen aus diesen Vorgängen den Schluß ziehen, daß sich eine Schwächung der vom Reichstage proklamierten inneren Politik zu ihren Ungunsten vollzogen habe. . . . Freilich ist bei den Kompromißverhandlungen die ganze Linke ausgeglichen worden, Zentrum, Konservativ und Freikonservativ haben die Sache gemacht. Allein vom Freisinn hat man wohl Entgegenkommen nicht erwartet, und den Nationalliberalen hat der Finanzminister zugesichert, daß die Mittel so verwendet werden sollen, wie sie es beantragt hatten.“

### Die Herkometerfahrt im württembergischen Landtag.

Aus dem Kreise unserer württembergischen Landtagsfraktion wird uns geschrieben:

Im „Vorwärts“ vom 7. Juni wird mitgeteilt, daß das Zentrum am 6. Juni im württembergischen Landtage einen Antrag auf Verbot der Herkometerfahrt eingebracht hatte, der mit 45 gegen 32 Stimmen abgelehnt worden sei. Davon wird die Bemerkung gemittelt: „45 Mann also haben die unter den obwaltenden Umständen recht vernünftige Anregung niedergestimmt.“ Da diese Bemerkung nur auf Grund der sehr mangelhaften Information durch ein Telegraphenbureau gemacht worden ist und da ferner unter den 45 gegen den Antrag abgegebenen Stimmen sich auch die 15 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion

befanden, seien hier einige Bemerkungen über den Verlauf der Debatte gemacht, um keine falschen Vorstellungen auskommen zu lassen.

Zunächst lief der Antrag des Zentrums erst am Tage vor der Ankunft der Herkometerfahrer an der württembergischen Grenze ein, als vom Ministerium die Erlaubnis zur Durchfahrt durch die von der Fahrt betroffenen württembergischen Landstraßen bereits erteilt und die Bedingungen für die Durchfahrt festgelegt und von den Teilnehmern an der Fahrt akzeptiert worden waren. Unter solchen Umständen wäre ein in letzter Stunde vom Landtage bewirkter Verbot der Benutzung württembergischer Straßen, das man hätte versuchen müssen, telegraphisch zur Kenntnis der bereits unterwegs befindlichen Fahrer zu bringen, sicherlich ein sehr sensationell wirkendes Ereignis und zugleich eine Mißtrauenslungsbildung schärfter Art gegen den Minister des Innern gewesen. Ehe dazu geschritten werden konnte, mußte naturgemäß eine Prüfung der Bedingungen erfolgen, die das Ministerium für die Erlaubnis der Durchfahrt durch Württemberg festgelegt hatte. Bei dieser Prüfung stellte sich nun heraus, daß die getroffenen Sicherheitsmaßregeln in der Tat als ausreichend bezeichnet werden konnten. Während die Behörden in Sachen und Thätigkeiten allerdings so gut wie nichts für die Sicherheit getan hatten, war in Württemberg bestimmt worden, daß die Geschwindigkeit auf offener Straße nicht 30 Kilometer und in Ortschaften und auf belebten Straßen nicht 15 Kilometer pro Stunde übersteigen dürfe. Jeder Fahrer, der sich einer bewohnten Gegend näherte, mußte die Geschwindigkeit auf 15 Kilometer herabsetzen. Auf Grund dieser Festsetzung waren für alle württembergischen Orte von Freiburg bis Friedrichshafen die Ankunftszeiten genau festgestellt worden und wer in den einzelnen Orten vor dieser Zeit ankam, verfiel der dafür festgesetzten Strafe. Wenn man in Betracht zieht, daß fünfzehn Kilometer von einem rüstigen Fußgänger in zwei Stunden begangen werden und daß jede beliebige, mit Pferden bespannte Droschke in den belebtesten Straßen der Großstadt eine stärkere Geschwindigkeit haben darf als sie hier den Automobilisten zur Pflicht gemacht war, so lag wirklich keine Veranlassung zu der vom Zentrum geforderten sensationellen Maßregel vor, und diese Auffassung ließ die sozialdemokratische Fraktion in der Debatte durch ihren Sprecher, Abg. Heymann, vertreten.

Die Motive des Zentrums bei seinem Vorstoß gegen den Minister ließen sich auch in der Nähe weit besser beurteilen, als dies aus der Ferne möglich ist. Bei der vor wenigen Tagen im Landtag gepflogenen Debatte über die Gewerbeinspektion hatte der Minister auf die das Maß des Erlaubtes dem doch überkreulende Ausbeutung jugendlicher Arbeiterinnen in der Strumpfwarenfabrik von Ferdinand Gröber in Reutera, Bezirk Niedlingen, dem Wahlkreis des gleichnamigen bekannten Zentrumsabgeordneten, hingewiesen, einer Fabrik, der die jugendlichen Arbeitskräfte mit 14 Jahren bereits durch die katholischen Geistlichen zugewiesen werden und in der katholische Ordensschwester die Funktion von Aufsichtspersonen ausüben. Ueber diese Vorfälle ist das Zentrum in Aufregung geraten, und man wußte, daß es die erste beste Gelegenheit benutzen würde, um sich an dem schon lange von ihm mit besonderer Abneigung beehrten Minister zu rächen. In der Tat wurde denn auch die Automobilaktion vom Abg. Gröber in eigener Person geleitet. Da die Motive dieser Aktion doch gar zu durchsichtig waren, mußte sich die sozialdemokratische Fraktion mit Recht fragen, ob es ihrer würdig gewesen wäre, dem Zentrum bei diesem Nachsehzuge Hilfe zu leisten.

Die Fraktion ließ im übrigen durch einen eigenen Antrag erkennen, daß sie zu einem Verbot der „Schnelligkeitstaxifahren“ a la Gordon-Vennetremmen bereit sei, sich aber nicht bei dem Verbot eines Nennens betätigen wolle, bei dem das Prinzip der größtmöglichen Schnelligkeit völlig ausgeschaltet worden ist. Leider wurde dieser Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Der Verlauf der Herkometerfahrt durch Württemberg hat die Wichtigkeit des von der sozialdemokratischen Fraktion eingenommenen Standpunktes bestätigt; denn die Fahrt ist ohne Unfall verlaufen.

### Die Frage der Schiffsabgaben in Württemberg.

Stuttgart, 8. Juni. (Sig. Ver.) Anschließend der Etatdebatte über die Redarschiffahrt kam es im württembergischen Landtag zu einer ausgedehnten Debatte über die jetzt vielumstrittene Frage der Erhebung der Schiffsabgaben auf natürlichen Stromläufen, eine Streitfrage, die ja in nächster Zeit zur Entscheidung gebracht werden wird. Die Volkspartei hatte hierzu einen umfangreichen Antrag eingebracht, der die Hebung der Schiffsabgabe auf dem Rhein und die Schiffbarmachung des Neckars und Rhins für ein „allgemein verträgliches Bedürfnis“ erklärte und die Befriedigung dieses Bedürfnisses als eine „gemeinschaftliche Aufgabe der beteiligten deutschen Staaten“ bezeichnete. Die dadurch verursachten Kosten sollten „grundsätzlich nicht durch Abgaben der Rheinschiffahrt beschafft, sondern aus allgemeinen Staatsmitteln bestritten werden.“ Nun zog aber der völksparteiliche Antrag nicht die natürliche Konsequenz aus diesen prinzipiellen wichtigen Sätzen, indem er die Regierung aufforderte, dementsprechend im Bundesrat gegen die zugunsten der einschlägigen Schiffsabgaben beabsichtigte Aenderung des Artikels 54 der Reichsverfassung zu stimmen, sondern er fuhr vielmehr fort: „Wenn das aber . . . aussichtslos sein sollte (!), dürfte von Württemberg der Einführung der Abgaben nur unter folgenden Bedingungen zugestimmt werden und so weiter.“

Diese der preussischen Regierung hier in aller Öffentlichkeit auf dem Präsentierteller entgegengesetzte Handelsbereitschaft seitens der süddeutschen Volkspartei erschien natürlich geeignet, die Position der aufrechten Kämpfer für die Aufrechterhaltung der in der Reichsverfassung festgelegten Abgabenfreiheit zu schwächen, und so unternahm es in der heutigen Sitzung für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Dr. Lindemann in einer großen Rede, Kritik an dem preussischen Projekt einer Wasserstraßengemeinschaft zu üben und sich schärf gegen die Reklamation, diesem Projekt näherzutreten, auszusprechen. Er legte dar, wie die „Fata Morgana“ der baldigen Redarfschiffahrt im Falle der Zustimmung zu den preussischen Vorschlägen den Umschwung in den Anschauungen der württembergischen Regierung bewirkt und jetzt auch die Handelskammern und die Volkspartei geblendet habe. Die Redarfschiffahrt sei ungenügend. Die Verfassung könne im Bundesrat nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Sachen, Vaden und Heffen mit 10 Stimmen seien gegen die Aenderung, Würte nun auch noch Württemberg seine drei Stimmen dagegen in die Waagschale, so sei die Abgabenfreiheit als großes wirtschaftspolitisches Prinzip gerettet. Die Entscheidung sei also geradezu von historischer Bedeutung. Neben der Rechtsfrage spiele sodann die Erörterung der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile eine Rolle. Bei der Berechnung derselben würde immer angenommen, daß auf dem zukünftigen Redarfschiffahrt ein Satz von 0,42 Pf. pro Tonnenkilometer würde erhoben werden müssen. Erweise sich aber dieser Satz, wie er es annehme, als zu hoch, so fielen damit alle darauf basierenden Kalkulationen zusammen. Andererseits sei für Kohle und Erze eine Schiffsabgabe von 0,02 Pf. für Getreide aber von 0,1 Pf. vorgesehen. Bei Einführung der durchlaufenden Schiffsabgaben für das ganze Stromnetz würde somit eine schwere Benachteiligung

der Getreidezufuhr die Folge sein. Bei der Strecke von 891 Kilometer rheinaufwärts bis Weilbronn ließe das auf eine Belastung von 89,1 Pf. hinaus, was bei einem getreideimportierenden Land wie Württemberg von erheblicher Bedeutung ist. Hier sei aber auch der Ausgangspunkt für die ganze auf Einführung der Schiffsabgaben gerichtete Bewegung zu finden. Diese Abgaben sollen eine Kompensation an die Agrarier darstellen, die sich damit für die Bewältigung des Mittellandkanalsummels bezahlt machen wollten. Das „Einfachste“ für Getreide, das der Rhein bilde, solle geschloffen werden. Somit stellen diese Abgaben eine erneute Belastung der Konsumenten, eine Steigerung des Schutzzolls für die süddeutschen Staaten im Gegensatz zu der günstigen Lage der niederrheinischen Bezirke dar. Preußen luche auch durch die Herrschaft über die Tarifbildung auf dem Rhein nur seinen Eisenbahnen einen unliebsamen Konkurrenten fern zu halten. An die geplante gemeinsame Schiffsabgabe des Rheinschiffahrtsweges werde sich nach dem Ausbau des Mittellandkanals der Anschluß anderer, nicht so ertragsfähiger Stromsysteme vollziehen, die durch den Anteil an den Erträgen des Rheinschiffahrtsweges saniert werden sollen. Wer schreit uns dann vor einer Erhöhung der Tarife, wenn heute der klare Wortlaut der Verfassung nicht einmal vor Einführung der Abgaben Schutz gewähre. Aus diesen Gründen beantrage er, die Regierung zu ermahnen, im Bundesrat gegen die Einführung der Schiffsabgaben zu stimmen.

Auf diese Rede folgte ein reger Meinungsaustausch, an dem sich auch die Minister beteiligten, ohne jedoch wesentlich Neues mitzuteilen. Man erfährt nur, daß die Schwächung der Regierung darauf beruht, daß sie den Redarfschiffahrt als Kompensation für die Bewältigung der Schiffsabgaben zu erhalten hoffe.

### In die Wand gedrückt.

Die Nationalliberalen in Hannover sind in tausend Angsten, weil der Bund der Landwirte die famose Vorkaufsfrist ständig zu durchkreuzen sucht. Jetzt ist durch den Tod des bisherigen Abgeordneten Heise das Landtagsmandat für Verden-Rotenburg frei geworden, und schon erscheint der Bund der Landwirte auf dem Plan und stellt den Freiherrn v. Hammerstein, Landrat zu Jeben als Kandidaten auf. Seit 1870 ist der Kreis nationalliberal vertreten und der verstorbene Abgeordnete war bei der letzten Wahl mit 206 Stimmen einstimmig gewählt worden. Der Bund der Landwirte erklärt nur in einer Resolution, daß eine neue nationalliberale Kandidatur den Grundanschauungen unserer Landbevölkerung nicht Rechnung tragen und deshalb unserem bestmöglichen Widerspruch begegnen würde.

In seiner Angst ruft der „Hannov. Cour.“ die Regierung zu Hilfe. Er schreibt:

„Nicht recht verständlich wäre es, wenn ein politischer Regierungsbeamter die hiesige Politik durch die Anstellung seiner Kandidatur unterstützen wollte; doppelt unverständlich gegenüber der politischen Politik, die von der Regierung proklamiert ist. Oder hat die für Hannover keine Gültigkeit?“

Mit diesem Schmerzdruck werden die Nationalliberalen schwerlich Erfolg haben, denn gerade, um sich die Unterstützung der Regierung zu sichern, haben ja die Landwirte einen Landrat aufgestellt. Belingt es den Nationalliberalen nicht, ebenfalls einen Landrat aufzutreiben, dann sind sie ihre alten und „sicheres“ Mandat unter allen Umständen los. Dafür sorgt schon der amtliche Apparat.

### Menschenopfer der Kolonialerwerbssucht.

Der Kampf gegen die Herero in Südwestafrika hat dieses Volk, dessen Gesamtzahl vor dem Kriege auf 70 000 bis 80 000 Köpfe geschätzt wurde, so weit aufgerieben, daß jetzt nur noch der vierte Teil des früheren Bestandes vorhanden ist. Insgesamt haben sich an den Sammelstellen etwa 10 000 Herero eingeschunden. Rechnet man dazu die sonst noch im Lande befindlichen Herero mit 3000 hinzu, so ergibt sich im höchsten Falle eine Gesamtbevölkerung von 20 000. Ein schöner Erfolg der deutschen Zivilisationsarbeit!

### Zweierlei Ehre in Rulmbach.

In der bayerischen Vierstadt Rulmbach hält es bekanntlich der Bürgermeister Fleßa für seine Pflicht, als Oberhaupt der Polizei den Unternehmern die Reklamation der überwachenden Beamten über die Verhandlungen der Gewerkschaftsversammlungen zu übermitteln, damit die Herren Unternehmer ungehindert Arbeiter sofort entlassen können, ehe sie in ihren Betrieben Unheil anrichten. So dient der Herr Bürgermeister dem „sozialen Frieden“, denn wenn kein Arbeiter aufmüdet, gibt's keinen Streik. Das Herr Fleßa auf dem Gebiete der Verwaltung, das ist der Amtsrichter Frohnauer auf dem Gebiete der Justiz. Auch er wirkt mit Eifer für den sozialen Frieden im Sinne Fleßas; durch seine Urteile predigt er den Arbeitern, daß sie sich nicht gleich blühen sollen ihren Herren, sondern ihnen dienen in Pflicht und Glauben und Ergebenheit. Wehe dem Sünder, der einen Unternehmer antastet. Den Genossen Schlegel, der einen Artikel gegen den Fabrikherrn Hornschuh zu veröffentlichen gewagt hatte, verurteilte Herr Frohnauer zu zehn Tagen Gefängnis. Und weil der Sünder hinterher noch so verhoft war, den Verfasser des Artikels nicht verraten zu wollen, ließ Herr Frohnauer ihn noch für eiliche Wochen in Jengniszwanghaft. Den Fabrikherrn Hornschuh aber, der sich gegen einen Arbeiter der Verleumdung schuldig machte, sprach Herr Frohnauer frei!

Herr Hornschuh, der seine eigene Ehre für so kostbar hält, daß er wegen ihrer Enttastung nicht nur einen, sondern zwei Leute verurteilt wissen wollte, hatte die Ehre anderer weniger hoch eingeschätzt. Er hatte einige Arbeiter mit Ausdrücken wie „Saubande“, „Schweinebände“ usw. regaliert. Einer von diesen, der Genosse Meuter, ließ sich dies nicht gefallen und klagte gegen Hornschuh wegen Verleumdung. Vor der Verhandlung hatte er gegen den Kläger höhnisch erklärt: „Sie glauben wohl, daß ich Gefängnis bekomme? Da sind sie im Irrtum. Ich bekomme höchstens einige Mark Geldstrafe und die zahlst das Gericht.“

Aber Herr Hornschuh wachte, als er das sprach, noch nicht, was sich ein Rulmbacher Fabrikherr gegen Arbeiter erlauben darf, was die Ehre eines Arbeiters vor Herrn Frohnauer wert ist. Herr Frohnauer sprach den Herrn Fabrikanten frei, weil er „in Wahrheit berechtigter Interessen“ gehandelt habe und sich „keiner Rechtswidrigkeit bemußt“ gewesen sei! Die Zeugen des Klägers bezeugten er der Niederknichtigkeit, Gewissenlosigkeit und Chloßigkeit, und in der Begründung des Urteils sprach er geschloffen den Satz aus: es sei auffällig, daß die Verleumdungszeugen zugunsten des Klägers ausfagten, während die Entlastungszeugen eine andere Meinung hätten.

So sorgt Herr Frohnauer dafür, daß die Arbeiter zu Rulmbach die Pflicht der Unterordnung unter die Unternehmer erkennen, indem er ihnen zeigt, daß ein Unternehmer nicht angegriffen beleidigt wird, daß aber dieser Unternehmer das Recht hat, Arbeiter zu beleidigen. Arbeiter- und Unternehmerrache, das sind eben nicht vergleichbare Sachen.

### Immer neue Majestätsbeleidigungssaffären.

Gegen die „Wetzlarer Volkszeitung“, unser kostbarer Parteiblatt, ist eine Unterjochung wegen angeblicher Majestätsbeleidigung oder richtiger wegen Verleumdung eines regierenden Hauses eingeleitet worden. Dem Genossen Kühn als Verantwortlichen wurde vom ersten Staatsanwalt Dr. Bräuner bei seiner Vernehmung erklärt, daß die „Wetzl. Volks-Ztg.“ den Herzog Johann Albrecht in zwei Artikeln der Nr. 121 und 122 beleidigt hat. Beide behandeln die Wahl des Herzogs zum Regenten in Braunschweig, beschäftigen sich aber mit keinem einzigen Wort etwa mit einer Handlung des Herzogs, noch mit dessen Charakter usw., sondern besaßen sich lediglich mit der

Finanzfrage, die bei der Braunschweiger Regentenwahl aufgeworfen wurde. Genosse Kühn konnte bei seiner Vernehmung erklären, daß er jene Artikel nicht selbst geschrieben habe, preßgesetzlich aber die Verantwortung übernehme. Der Erste Staatsanwalt meinte, er würde mit der Erhebung der Anklage noch drei Tage warten, bis dahin könnte sich ja der Verfasser der Artikel nennen. Er hat natürlich umsonst warten müssen, denn unsere Genossen haben keine Veranlassung, der Justiz statt eines zwei Angeklagten zu liefern. Die Staatsanwaltschaft will aber gar zu gern den Verfasser haben und hat zu diesem Zweck bereits weitere Schritte getan.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Moskau vom 10. Juni:

Der Staatsanwalt vernahm den Verleger der „Volkzeitung“, um den Verfasser der Artikel über die Wahl des Herzogs Johann Albrecht zum Braunschweiger Regenten zu ermitteln.

Gleichzeitig lebt in Mannheim das Majestätsbeleidigungsverfahren gegen das Fastnachtblatt „Schnupftabak“ wieder auf. Der neue Untersuchungsrichter, der dem verurteilten Herrn Haas gefolgt ist, will wie sein Vorgänger den Majestätsbeleidiger des „Schnupftabak“ herausfinden. Am Freitag wurde wieder eine Reihe von Zeugen vorgeladen, die den Attentäter nennen sollten. Genosse Emil Maier, Lokalredakteur der „Volkstimme“, erklärte, in seiner Eigenschaft als Redakteur habe er den Namen des Verfassers des inkriminierten Artikels erfahren, er könne jedoch über diese Sache nicht ausagen, er wurde wegen Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe von 100 M. und den Kosten verurteilt; ob gegen ihn auch die Zeugniszwangshaft angewendet würde, so erklärte man ihm, bleibe der weiteren Entscheidung vorbehalten!

So weitest Nord und Süd des Reiches im Schutze der Majestät!

### Reichsverbandsmannieren.

Das Plakato, das der Liberalismus bei den bayerischen Landtagswahlen erlitten hat, hat die liberale Presse vollends auf das Niveau des Reichsverbandes heruntergebracht. Zurzeit macht in der liberalen Presse Frankreichs folgende Notiz die Runde:

München. (Landvolk Straßenszene.) Betrunkene liegt am Abend des 31. Mai die geschlechtslose Dirne S. auf offener Straße. Sie hat den ganzen Tag über mit gefüllten Maßkrügen in der Hand für die Sozialdemokratie agitiert.

Selbstverständlich ist die ganze Geschichte Schwindel. An der Agitation für die Landtagswahl in Fürth haben sich Frauen überhaupt nicht beteiligt. Rein Mensch hat in Fürth eine betrunkene Dirne auf der Straße liegen gesehen. Die Lügenmacherei ist freie liberale Erfindung. Durch die Anführung der Anfangsbuchstaben eines Namens soll die Sache noch glaubhafter gemacht werden. In den Volkstreifen, welche die Sozialdemokratie noch nicht näher kennen, will man die Meinung erwecken, daß sie aus einer Bande von Zuhältern und sonstigen verworrenen Elementen besteht.

### Gurapöbel.

In die Stadt Heinsberg in Regierungsbezirk Aachen war dieser Tage der neue Regierungspräsident Freiherr v. Sandt gekommen. Die aus Anlaß einer Feierlichkeit aus der katholischen Kirche kommenden Bürger- und Jungmänner-Schützengilde — die, wie der Herrliche Aachener „Volkstreuend“ schreibt, an dem uralten schönen Gebrauch festhalten, nach Beendigung des Festgottesdienstes den geistlichen und weltlichen Behörden musikalische Ovationen zu bringen — beschloßen, auch dem Herrn Regierungspräsidenten bei seiner Ankunft eine Begrüßung zuteil werden zu lassen. Obwohl sie von dem neuen Herrn noch nie etwas gehört hatten und der größte Teil der Leute von den Funktionen eines Regierungspräsidenten entweder gar keine oder nur sehr dunkle Vorstellungen haben mochte, zogen sie mit klingendem Spiele zum Bahnhof und nahmen in Reich und Glied Aufstellung. Am Bahnhofe weckte zum Empfang des neuen Vorgesetzten auch der Landrat des Kreises, Freiherr von Scheibler, der sich zum preussischen Beamten auf keinen Fall eignet, weil er nicht das mindeste Verständnis für den „oben“ gepflegten dekorativen Stil hat. Er weiß sogar nicht, daß patriotische Anstand und Unmäßigkeit ein wesentlicher Bestandteil der neudeutschen Politik sind. Verständnislos sandte er den am Bahnhof postierten Gendarmen zu den drabenden Bürgern und ließ ihnen kategorisch erklären, sie möchten sich schleunigst entfernen.

Wie der „Volkstreuend“ schreibt, haben die in ihren loyalen Gefühlen tief gekränkten Bürger und Schützen nachher in kräftigen Worten ihrem Unmuth Luft gemacht — natürlich beim Bier.

### Ein vernünftiges Urteil.

Die fremische Staatsanwaltschaft hat den Schmerz einer verpufften Aktion gegen die Sozialdemokratie zu verwinden. Sie hatte gegen den Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“, Genossen Georg Stauffer, Anklage wegen Vergehens gegen den § 120 des St. G. B. erhoben. Verschiedene Klassen der Bevölkerung sollten gegen einander aufgereizt worden sein durch ein Gedicht von Richard Wagner, betitelt „Märzluft“, das am 18. März in unserem Bremer Parteiblatt erschien. Ein solcher politischer Prozeß nach preussisch-sächsischem Muster hatte für Bremen den Reiz der Neuheit. In dem gefährlichen Gedicht wurde die Revolution von 1848 und der russische Freiheitskampf gefeiert. Am Donnerstag kam die Sache vor der Strafkammer des bremischen Landgerichts zur Verhandlung. Möglicher ist kaum je eine Anklage begründet worden. Sie gipfelte in der salomonischen Weisheit: das Wort „Revolution“ könne von nichtwissenschaftlich geschilderten Horden als ein gewalttätiges Vorgehen begriffen und somit zum Anlaß von Gewalttätigkeiten gegen die bürgerlichen Klassen werden. Auch die Wendung: „formiert die Bataillone der Proletariat!“ sei geeignet, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Um nachzuweisen, daß die Aufreizung öffentlich gesprochen sei, erhöhte der Staatsanwalt in lebenswüthiger Weise die Abonnentenziffer der „Bremer Bürger-Zeitung“ auf 30.000, worfür ihm die anwesenden Genossen in heimlicher Sanigtheit oder unangenehm Feindschaft die Hand drückten. Der Verteidiger des Angeklagten, Genosse Dr. Herz-Altona, hatte leichtes Spiel mit der Auflösung des so überaus locker angefertigten Anklagegebüdes. Jede Agitation sei bis zu einem gewissen Grade eine Aufreizung zum Kampf, jede politische Agitation eine Aufreizung zum Klassenkampf. Folge das Gericht der Deduktion des Staatsanwalts, dann seien unzählige Gedichte unserer Massiker nicht mehr sicher vor dem § 120. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewalt kennzeichnete der Verteidiger durch das bekannte Wort von Friedrich Engels im Vorwort zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1871“, wonach die Sozialdemokratie bei der Befreiung der Masse und rote Waden bekommt und aussteigt wie das ewige Leben. Das Gericht verwarf sich den überzeugenden Ausführungen des Verteidigers nicht und sprach den Angeklagten kostenlos frei. Die Begründung erfolgte zum Teil in den Worten des Verteidigers.

Bei dem zum schärfsten Klassenhaß aufreizenden Mißbrauch, den der § 120 im Kampfe gegen die Sozialdemokratie fand, berührt dieses Urteil doppelt wohlthuend und kann nur aufs dringendste als Vorbild empfohlen werden.

### Ein Nachspiel zu den Gurrapwahlen.

Eine allzu lakonische Fassung des in der Sonnabend-Nummer unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Telegramms aus Schwidnitz, verbunden mit Verstillung, hat verurteilt, daß sowohl die Person des Verurteilten wie das Delikt falsch angegeben ist. Nicht Genosse Paul Langwitz aus Niederfalsbrunn, sondern Genossin Berta Langwitz aus Berlin ist zu zwei Monaten

Gefängnis verurteilt worden und zwar nicht wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, sondern wegen Beleidigung der Schutztruppen, angeblich begangen in einer Wählerversammlung vom 17. Januar.

Das Urteil wird durch diese Verichtigung natürlich nicht besser.

**Soldatenmishandlung.** Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte den Unteroffizier Wilhelm, einen ehemaligen Unteroffiziersküler, wegen einer unglücklich rohen Mishandlung eines Untergebenen zu der auffallend geringen Strafe von drei Tagen mittleren Arrest! Der Angeklagte hatte einem Soldaten, weil dieser etwas vergessen hatte, einen kräftigen Stoß mit der Faust in die Brust versetzt, daß der Soldat rückwärts auf den Steinboden fiel. Der Gemishandelte hat heftige Brust- und Rückenschmerzen davongetragen und auch acht Tage im Lazarett zugebracht. Noch heute klagt der Soldat über Schmerzen. Trotzdem nahm das Gericht einen „minder schweren“ Fall an, weil der Gemishandelte keine nachteiligen Folgen davongetragen und der Angeklagte sich in großer Erregung befunden habe.

### Frankreich.

#### Die Weinbauern.

Montpellier, 9. Juni. Heute fand hier eine Massenkundgebung der unzufriedenen Weinbauern statt. Die Zahl der Teilnehmer wird auf nicht weniger als 600.000 geschätzt. Ueber 200 Eisenbahnzüge langten seit gestern hier an; die Mehrheit der Manifestanten traf jedoch zu Fuß und in Wagen ein. Heute mittag veranstalteten die Winzer einen Rassonumzug. Unter Trommelklang und Hörnerklang bewegte sich der Zug durch die Straßen der Stadt. Die Winzer marschierten, nach Gemeinden geordnet, in geschlossenen Rängen, an deren Spitzen Tafeln mit Inschriften wie z. B. „Nieder mit den Politikern!“ getragen wurden. Eine zahllose Menschenmenge, die die Straßen einräumte, begrüßte mit lebhaften Jurnen die Winzer und namentlich ihren Führer Marcelin Albert und die Frauen, die in großer Zahl am Zuge teilnahmen.

Um 3 Uhr nachmittags kam die Spitze des Zuges auf der Esplanade an. Hier war eine Tribüne errichtet. Marcelin Albert, den seine Anhänger auf die Schultern hoben und auf die Tribüne trugen, hielt eine Ansprache, die mit anhaltendem Beifall aufgenommen wurde und in der er sagte, daß er im Namen von acht-mal-hunderttausend Besseren deren Klagen vorbringe. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der sie ausprechen, daß sie keine Steuern mehr zahlen und daß die Demission sämtlicher Gemeindeverwaltungen des Südens nunmehr als vollzogene Tatsache zu gelten habe.

Nach Albert sprach der Maire von Narbonne, Ferroul: Der Süden, sagte er, werde jetzt handeln, und morgen abend um 8 Uhr, wenn die Sturmglocke laute, werde er seine Schärpe der Regierung ins Gesicht schleudern! (Beifall; lebhafter Bewegung.) Darauf rief der Abgeordnete Faucillon von Carcassone, er wolle ein Beispiel geben, und schleuberte seine Schärpe zu Boden. (Anhaltender Beifall.) Albert forderte dann die Menge zum Schwur an, daß sie einig bleibe in der Verteidigung des Weinbaues mit allen Mitteln. Die Menge leistete Folge und bereitete Albert, Ferroul und Faucillon eine heroische Huldigung. Nach dieser Kundgebung begann der Zug sich langsam aufzulösen. Trotz des großen Menschenandrangs sind erstere Unfälle nicht vorgekommen. Der Bischof von Montpellier gestattete, daß die Kirchen nachts geöffnet bleiben, damit daselbst den Winzern Unterkunft gewährt werde.

Toulon, 9. Juni. Hier hielten heute 15.000 Weinbauern des Bezirks Brignoles eine Versammlung ab. Es wurden heftige Reden gehalten und schließlich eine vom Präsidenten des Generalkongresses vorgelegte Resolution angenommen, welche besagt, die Weinbauern würden auf Paris marschieren, wenn sie nicht Befriedigung ihrer Forderungen erlangen.

Paris, 10. Juni. Die Deputiertenkammer bespricht einen Entwurf, welcher das Ansehen von Wasser zum Weine sowie das übermäßige Verzuckern verbieten will, und sodann den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Lage des Weinbaues. Camuzet (sozialistischer Republikaner), Deputierter aus Burgund, wendet sich gegen eine Deklaration der Ernte als etwas Bezahorisches und Unmäßiges, da die Ursache der Weinbaukrise nicht in Betrügereien, sondern in der übermäßigen Produktion und der Konkurrenz der Kunstweine liege. Michon, Abgeordneter des Departements du Nord, bekämpft die Einführung einer zu hohen Zucksteuer, indem er ausführt, es sei unsinnig, eine ganze Industrie, die gerade selbst eine Krise durchmache, zu belasten unter dem Vorwande, den hundertsten Teil der Zuckproduktion, der den Zucker zum Verzuckern der Weine liefert, überwachern zu wollen. Michon betont, daß die Brüsseler Konferenz durch Beseitigung aller Zuckereexportprämien die französischen Zuckereproduzenten gegenüber den deutschen benachteiligt habe. Aldy (Radikaler, sozialistisch-Radikaler) verteidigt die Weinbauern des Südens und weist die Behauptungen der Vorredner zurück.

### Die Postbeamten bleiben fest!

Paris, 7. Juni. (Fig. Ver.)

Die Maßregelungen der Getreidebehörde der Beamtenenschaft haben der Regierung nicht genützt. Die Postbeamten haben jedoch kundgegeben, daß sie sich nicht einschütern lassen. Der große, 14.000 Mitglieder zählende Zentralverband der Post- und Telegraphenbediensteten, die „Association Générale“, hält jetzt ihren Kongreß ab, der dem Ministerium zeigt, daß die Beamten die Freiheit höher schätzen als der Freiheitsmann Clemenceau, und die gewerkschaftliche Idee höher als der Generalsekretär Briand.

Die Eröffnungsagung wurde gestern mit der Wahl der drei unlängst gemahrgelassenen Beamten zu Ehrenpräsidenten eingeleitet. Genosse Clavier, einer von ihnen, der Generalsekretär der Vereinigung geblieben ist, erstattete den Bericht. Auch Genosse Brangier, der entlassene Sekretär der Getreidebehörde der Unterbeamten, und Simonnet von den „Jungen Briefträgern“ hielten unter demonstrativem Beifall Ansprachen. Hieraus nahm die Versammlung mit allen gegen drei Stimmen eine Resolution an, die für die Postangestellten dasselbe Recht in Anspruch nimmt wie für die anderen Lohnarbeiter, und auspricht, daß allein die Getreidebehörde dem Günstlingswesen in der Verwaltung ein Ende machen könne. Die Resolution protestiert gegen jede Lösung der Vereinigungsfrage, die die Beamten unter ein Sonderrecht stellen und so das Proletariat teilen würde; die Verhandlung und alle Ortsgruppen erhalten den Auftrag, die gewerkschaftliche Erziehung der Beamten mit veränderter Energie zu pflegen und im geeigneten Augenblick die Umwandlung des Verbandes in eine Gewerkschaft vorzunehmen! Der entscheidende Beschluß darüber wird einem Kongreß vorbehalten.

### Amerika.

Ordnungs Zeugnis gegen Haywood und Genossen brachte im Bericht große Erregung hervor durch die gleichmäßige Art, wie der Zeuge sich als das gefähigste Werkzeug der Angeklagten hinstellte, und durch die Seelenruhe, mit der er über seine zahlreichen Morde und andere Schandthaten sprach. Er gab auch zu, Wigamist zu sein; er verließ Frau und Kind in Kanada und heiratete eine andere Frau in Colorado. Auf 18 Mordaten bekennt er sich und zu ihnen bekennt er sich schuldig, aber andere Morde noch werden ihm zur Last gelegt.

Nachdem er sein Zeugnis abgelegt hatte, begann (letzten Freitag) das Kreuzverhör durch die Verteidiger; es gelang aber nicht, ihn in Widersprüche zu verwickeln; er blieb fest bei seinen Aussagen. Der Prozeß kann sich bis zum August hinstrecken.

Ueber große Landdiebstähle in den Weststaaten wurde vor einiger Zeit berichtet. Die Bundesregierung hatte Kenntnis davon genommen und eine Untersuchung eingeleitet, die zur Befolgung einer großen Zahl von einflussreichen Personen geführt hat. Die Diebe sind Millionäre, Eisenbahnmagazinen und reiche Holzhändler, die sich besonders die Staaten Idaho und Colorado als Feld ihrer Tätigkeit ausgesucht haben. Auch der jetzige Senator von Idaho und gegenwärtige Vertreter des Staates in dem Prozesse gegen Haywood befindet sich unter jenen Personen, die durch die Untersuchung stark belastet erscheinen! In Washington aber ist die Anklage bis nach dem Prozeß zurückgestellt worden.

### Die russische Revolution.

Auf die lange Bauk geschoben.

Petersburg, 10. Juni. (Reichshuma.) Das Haus erörterte den von der Arbeitspartei eingebrachten Gesetzentwurf auf Gewährung einer Amnestie. Der Justizminister erklärte, daß gemäß Artikel 23 der Verfassung die Amnestie ein Vorrecht des Monarchen bilde und daß demnach die Regierung nicht zuständig sei, zu einem Gesetzentwurf, wie der vorliegende, Stellung zu nehmen. Die Kadetten beantragten, den Entwurf an eine besondere Kommission zu überweisen, welche prüfen soll, ob er zur weiteren Beratung gestellt werden soll oder nicht. Der Antrag wurde mit 200 gegen 165 Stimmen angenommen. Die Sitzung nahm einen sehr erregten und stürmischen Verlauf.

### Aus der Partei.

Internationales sozialistisches Bureau.

Aus dem Bericht des Sekretärs für die Monate April und Mai, der soeben veröffentlicht wird, entnehmen wir folgendes:

Die zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei verlangt die Zulassung zum Internationalen Bureau. Die Partei, die sich auf England, Galizien und Amerika erstreckt, soll nach den Angaben des Sekretärs bereits 24.000 Mitglieder zählen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Partei auf den sozialistischen Prinzipien basiere, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als das Ziel des politischen und ökonomischen Kampfes anerkenne, ferner, daß sie die Eroberung der politischen Macht als das Mittel betrachte, das kapitalistische Regime und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie endgültig zu beseitigen. Die Sonderorganisation wird unter Hinweis auf die Existenz einer besonderen jüdischen Frage begründet, die ihre Lösung finden müsse in der Kolonisation Palästinas durch die Juden.\*

Einem Bericht von Johannesburg zufolge ist eine „Süd-afrikanische sozialistische Konferenz“ konstituiert worden. Dieser sind alle englischen, deutschen, romanischen und russischen sozialistischen Vereinigungen der südafrikanischen Kolonien beigetreten, um eine Einigung aller Sektionen zu erzielen. Die Konferenz hat bereits drei Delegierte für den Stuttgarter Kongreß gewählt und den Genossen Sutherland zum internationalen Sekretär.

In Australien ist der Genosse Tom Man zurzeit bemüht, die sozialistischen Parteien der australischen Staaten in eine geeichte zusammenzuschließen.

Die Einrichtung eines Internationalen Informationsbureaus für die Presse beantragen die Genossen Pittori und Dr. Nivande vom Triester Parteiblatt „Il Lavoratore“. Sie beantragen, daß während oder nach dem Internationalen Kongreß in Stuttgart eine Konferenz der sozialistischen Redakteure und Schriftsteller zusammentritt, um die Gründung eines solchen Bureaus zu beraten.\*\*)

Ueber die Publikationen des Bureaus wird mitgeteilt: Im April ist der offizielle Bericht der Sitzung des Bureaus vom 10. November in drei Sprachen (94 Seiten) für den Preis von 1 Kr. erschienen. Ende Juni soll der Bericht (I. Band) der angegliederten Landesorganisationen über ihre Tätigkeit von 1903 bis 1907 erscheinen (ca. 400 S., 2,50 Kr.). Der II. Band erscheint Ende Juli in annähernd der gleichen Stärke.

Eine schwere Erkrankung Bebel's weicht die bürgerliche Presse zu melden. Offiziellweise hat sie unecht. Die schwere Erkrankung besteht in einem allerdings etwas hartnäckigen Bronchialkatarrh, der den Genossen Bebel gehindert hat, bei seiner Anwesenheit in Brüssel — wo er der Sitzung des Internationalen Bureaus beizuwohnte — in einer Versammlung des Vereins der deutschen Sozialdemokraten den versprochenen Vortrag zu halten.

### Aus Berlin und der Provinz Brandenburg.

Der Zentralvorstand Berlins hat beschlossen, unserem leider so fest hingegangenen Genossen Ignaz Kuer ein schlichtes, würdevolles Denkmal zu setzen. Zur Ausführung des Projekts ist eine Kommission gewählt.

Zum Parteisekretär für die Provinz Brandenburg wurde vom Vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg im Verein mit dem Zentralvorstand am Sonntag Genosse Wels gewählt.

Am demselben Tage wählte der Vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg aus den durch die Wahlkreise vorgeschlagenen Delegierten für den internationalen Kongreß die Genossen: Borgmann, Grauer, Lieblincht, Schadow, Schubert und Wels.

### Zum Peters-Prozeß der „Münchener Post“.

Unser Münchener Parteigenosse bringt folgende Mitteilung: Die Adresse des Herrn Otto Reubens ist nun ermittelt. Der Parteipresse und den Parteigenossen, die sich auf meinen Aufruf in Nr. 125 der „Münchener Post“ hin um die Ermittlung des Aufenthalts dieses wichtigen Zeugen bemüht haben, sage ich hiermit meinen verbindlichsten Dank.

Karl Gruber,

Redakteur der „Münchener Post“.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die Ehre des Schuhwarenfabrikanten. Ueber den Prozeß gegen den Genossen Fröhlich vom „Volkstblatt für Halle“ wegen Beleidigung des Schuhwarenfabrikanten Haase zu Weipfelfeld — den Ausgang haben wir schon telegraphisch gemeldet — teilt unser Hallenser Korrespondent noch mit:

Ein verdächtiges Buchhalterinnen-Engagement war der Ausgangspunkt. Die Buchhalterin Anna Lange aus Reiz hatte in dem Fachblatt „Schuh und Leder“ eine Stelle gesucht. Der Haase wollte sie engagieren, verlangte Photographie und nach Abendung dreier Briefe persönliche Vorstellung, aber nicht etwa in Weipfelfeld, sondern in Leipzig im Café Polke und zwar eines Abends im Dezember zwischen 1/2 und 1 Uhr. Wörtlich hieß es in dem Briefe mit der Einladung nach Leipzig: „Da ich nicht das Vergnügen hatte, Sie bisher zu kennen, wollen Sie, bitte, in die linke Hand einige Blumen nehmen als Zeichen Ihrer werten Person.“ Die Dame schloßte Verdacht, fuhr nicht nach Leipzig und sandte die Briefe dem „Volkstblatt“ zur Veröffentlichung zu. Das geschah mit entsprechender Artikel. Während die Buchhalterin Lange vor Gericht eidlich behauptete, sie habe den Einladungsbrief nicht erhalten, sondern in Leipzig abends nichts Gutes im Schilde, und sie habe die Briefe dem „Volkstblatt“ zugefandt, um Kollegen öffentlich zu warnen, erklärte Herr Haase, er habe das Fräulein nur deshalb nach Leipzig bestellt, damit der damalige Buchhalter von dem geplanten Engagement nichts erfahren sollte.

\*) Die Sitzung des Internationalen Bureaus vom Sonntag hat, wie unser an anderer Stelle abgedruckter Bericht zeigt, diese Forderung der russischen Genossen zur Erledigung überwiegen.

\*\*) Ueber das Schicksal dieses Antrages gibt der Bericht über die letzte Sitzung des Bureaus Auskunft.

Fröhlich wurde wegen Veröffentlichung des Artikels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende des Schöffengerichts Affessor Hoffmann führte begründend aus: Die Presse habe kein Recht, in dieser Weise vorzugehen. Täglich werde systematisch gegen die Arbeitgeber in der sozialdemokratischen Presse gehetzt. Der Schuß des § 183 sei dem Beklagten nicht zugebilligt worden und der Artikel müsse, als von einer gemeinen Bestimmung zeugend, gebrandmarkt werden.

Herr Affessor Hoffmann darf diese Verleumdung ungestraft aussprechen — denn er vertritt damit natürlich ein berechtigtes Interesse.

## Gewerkschaftliches.

### Christliche Arbeiter im Kampfe mit katholischen Unternehmern.

In der äußersten Ecke des Niederrheins, an der holländischen Grenze, dort, wo das Zentrum noch uneingeschränkt herrscht, gärt es seit längerer Zeit unter den Arbeitern und Lohnbewegungen sind dort sehr häufig. Bis jetzt endeten die meisten dieser Bewegungen erfolglos, eine Ausnahme machten die Streiks der Tabakarbeiter in mehreren Orten. An diesen Streiks war der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, der in den Kreisen Clebe-Geldern sowie Mors-Rees ziemlich viel Mitglieder zählt, beteiligt. Schlechter schnitten die christlichen Holzarbeiter und auch die Bauarbeiter in Clebe und Umgegend ab; ihre minimalen Forderungen wurden zurückgewiesen. Momentan stehen die christlichen Bauarbeiter in Rebellat im Streik; sie fordern 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> stündige Arbeitszeit sowie 42 Pf. Stundenlohn für Maurer und 32 Pf. für Hilfsarbeiter. Diese Forderungen werden von den frommen katholischen Unternehmern als unverschämte bezeichnet und sieht es fest, daß die Streikenden zu Kreuze kriechen müssen. Ein großer Teil der Bürger Rebellars steht auf Seiten der Unternehmer, sie sind erbittert auf die Streikenden, weil durch den Lohnkampf ein großes Pilgerheim, das im Bau begriffen ist, zum Wallfahrtsort nicht benutzt werden kann. Auch die Behörde stellte sich den Streikenden entgegen und bereitet denselben allerlei Schwierigkeiten. Die Unternehmer dagegen werden, wie es auch anderwärts geschieht, in den Bestrebungen, Streikbrecher heranzuziehen, unterstützt. Das nahe gelegene Holland liefert nun auch Streikbrecher, und wird diesen Leuten von der Behörde der weitgehendste Schutz zuteil. Infolge dieser Dinge sind die Streikenden, wie leicht erklärlich, in eine erbitterte Stimmung hineingetrieben worden.

In der Nacht vom 2. bis 3. Juni ist nun ein Streich verübt worden, der leicht einigen der Streikbrecher das Leben hätte kosten können, wenn er nicht zufällig entdeckt worden wäre. Es waren nämlich an dem Gerüst vor dem Pilgerheim die Stricke durchgeschnitten worden, und zwar so, daß die Katastrophe, der Zusammenbruch des Gerüsts, erfolgen mußte, wenn die Streikbrecher in Tätigkeit getreten wären. Das Gerüst hätte dann die Belastung nicht ausgehalten. An dem Vormittage fanden sich zwei Streikbrecher vorzeitig auf der Arbeitsstelle ein, und durch das leise Schwanken des Gerüsts, als sie dieses betraten, aufmerksam gemacht, fanden sie die Beschörung. Diese Tat wurde sofort den Streikenden zur Last gelegt und zwei derselben, als dringend verdächtig, in Haft genommen. Nun hat man auch den christlichen Gauleiter der Bauarbeiter, Schwarz in Arefeld, wegen Anstiftung zu der Tat verhaftet. Einen sonderbaren Scherz hat sich nach der Verhaftung jemand mit dem Bürgermeister von Rebellat erlaubt. Als derselbe am dem nächsten Morgen erwachte, sah er an seiner Haustür einen mit Trauerflor umwickelten Totenkopf, flankiert an jeder Seite von einer Kerze.

Eine Versammlung, in welcher der Generalsekretär des katholischen Volksvereins, Dr. Branus aus M. Gladbach, über den Bauarbeiterstreik sprechen sollte, darf nicht stattfinden; die Bevölkerung in Rebellat befindet sich in großer Aufregung.

Ueber alle diese Vorgänge schweigt sich die Zentralpresse vollständig aus, sind es doch auch keine freien Gewerkschaftler, welche hier in Betracht kommen.

Wir können uns aber auch leicht vorstellen, wie unangenehm der genannten Presse die Vorgänge in dem frommen Wallfahrtsorte sind, wo der Kampf zwischen katholischen Arbeitern und echt christlichen Unternehmern solche Formen angenommen hat.

### Berlin und Umgegend.

#### Zum Kampf im Bädergewerbe.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlin und der Vororte! Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Bäderlohnkampf hat die Polizei in einer unerhörten, bis her noch nie dagewesenen Weise eingegriffen.

Der Terrorismus des Besondereinsatzes hat die Staatsgewalt nicht zum Schutze, sondern zu verstärkter Parteinarbeit gegen diejenigen Bäderereien und die Wiederverkäufer bewogen, die mit den Arbeitern Frieden geschlossen haben!

Die Arbeiterschaft ist an solche Behandlung gewöhnt, nicht aber die Kleinverwerber, die sich leider vielfach einschüchtern lassen.

Die Plakate sind von Juristen, auf Grundlage der letzten Gerichtsentscheidungen, ausgearbeitet. Ein Polizeibeamter hat erklärt, er stütze sich auf den — Groben-Ausgang-Paragrafen, nicht auf das Preygesetz. Soweit sind wir im Polizeistaat Preußen schon gekommen.

Die Bäder-Innungszeitungen frohlocken natürlich über die Polizeimaßnahmen, durch welche dem Volk die Wirkung genommen wurde. Die Innungen hoffen, daß die Arbeiterschaft nunmehr erlahmen, und der Volkst, „bald einschlafen“ werde.

Wäge die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß dieser Freudentausch der Innungen einem königlichen Kabinettskammer Platz mache.

Das Plakat kann die Polizei ja wohl mit Gewalt aus den Schaufenstern, ohne jedes gerichtliche Recht, entfernen. Im Leben hat die Polizei aber nichts zu sagen. Dringe daher die Arbeiterschaft überall darauf, daß die Geschäftsinhaber, Bädermeister und Wiederverkäufer das Plakat an sichtbarer Stelle im Laden aushängen!!!

Genossen, sorgt bei allen Gelegenheiten dafür, daß diese Aufzählung bekannt und beachtet wird.

Die Meitnerische Großbädererei hat die Bewilligung zurückgezogen, ebenso der Großfabrikant Wittler.

Beachtet das und achtet auch auf die Wiederverkäufer, die die Waren jener Firmen veräußern. Ueberhaupt ist mehr darauf zu achten, daß nicht durch Inanspruchnahme von Wiederverkäufern die Brot aus Bäderereien abgehen, die nicht bewilligt haben, die Wirksamkeit des Volkstotts abgezwängt wird.

Arbeiter! Genossen! Freunde und Mächter des Volkes! Seht der Unternehmerwillkür und dem Polizeigeiste die Arbeiter солидарität entgegen!

Mit solidarischen Gruß

Die Streikleitung.

Die Hefehändler sind zurzeit eifrig bemüht, die Mute, welche sie sich durch den Hefehoylott selbst gebunden haben, wieder zu brechen. Obgleich der Volkstottsbeschluss des Besondereinsatzes noch besteht, beachtet ihn kaum noch jemand von denen, die ihn durchführen sollen. Die Bädermeister, über welche die Hefesperre ver-

hängt werden sollte, bekommen auch von Händlern so viel Hefe wie sie nur haben wollen. Nicht offen, aber unter der Hand und hinterherum wird der Volkstottsbeschluss gebrochen und Hefe in jeder gewöhnlichen Menge an jeden beliebigen Käufer geliefert. Die Hefehändler bestärken den Vorsitzenden des Syndikats, daß er die Aufhebung des Volkstotts veranlassen möge. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß der Hefehoylott, welcher in Wirklichkeit niemals durchgeführt worden ist, auch durch Beschluss in aller Form demnächst aufgehoben wird. Damit hat dann die eine Hälfte der Innungsmeister, vollständig geschlagen, das Feld geräumt.

Ein anderer Bundesgenosse der Innungsbesitzer, nämlich die Polizei, kann dagegen auf einen augenblicklichen Scheinfolg zurückzuführen. Dem ungesetzlichen Vorgehen der Polizeiorgane ist es tatsächlich gelungen, die tarifstreuen Bädermeister zur Entfernung der Plakate aus den Fenstern zu bewegen. Das ist erklärlich, denn in den Augen der meisten Bädermeister ist der Schuhmann, und nun gar erst der Polizeileutnant, eine Autorität, gegen deren Anordnungen sie nicht zu widersprechen wagen. Strafbefehle gegen den Aushang des Plakats sind seitens der Polizei in dem einen oder anderen Vororte erlassen, soweit jedoch Berlin selbst in Frage kommt, ist von Strafbefehlen noch nichts bekannt geworden. In einigen Fällen haben Polizeibeamte die Plakate, welche sie eingezogen hatten, den Bädermeistern wieder zurückgebracht, jedoch haben sie den Bädermeister in jedem Falle erzwungen, das Plakat nicht wieder anzubringen. Soviel scheint also der Polizei schon klar geworden zu sein, daß die Konstatation der Plakate eine ungesetzliche Handlung ist. Vielleicht hat man auch schon eingesehen, daß der ganze Feldzug gegen die Plakate keine gesetzliche Grundlage hat. Doch diese bessere Einsicht, falls sie sich inzwischen bei den Polizeiorganen eingestellt haben sollte, ändert nichts an der Tatsache, daß der Erfolg, den das ungesetzliche Vorgehen der Polizei haben sollte, wirklich eingetreten ist, das heißt, nur soweit, als die Bädermeister sich nicht mehr trauen, das Plakat wieder auszuhängen. Der Erfolg, den die Innungsführer von dem gesetzwidrigen Eingreifen der Polizei erwarteten, ist allerdings nicht eingetreten. Die Kundenschaft, welche sich den tarifstreuen Bädermeistern während des Kampfes zuwandte, ist natürlich nicht wieder zu den die Forderungen der Gesellen ablehnenden Meistern gelaufen. Die Streikleitung wird nunmehr Plakate anderen Inhalts drucken lassen und die tarifstreuen Bädermeister zum Aushang derselben bewegen. Es wird sich zeigen, ob die Polizei auch gegen das neue Plakat einen widerrechtlichen Feldzug eröffnet. — Selbstverständlich wird auch gegen das bisherige Vorgehen der Polizei der Rechtsweg beschritten und kein Mittel unberücksichtigt gelassen werden, um gerichtlich feststellen zu lassen, daß die Polizei durch ihren Plakatkrieg Recht und Gesetz verletzt hat.

### Dr. Hugo Remmler, Fabrik pharmazeutischer Präparate und Gewerkschaftsorganisation.

Bereits vor zwei Jahren wurde vom Fabrikarbeiterverbande der Versuch unternommen, für die in obigem Werk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Zuführung zum Verbands eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Fabrik setzte alle Hebel in Bewegung den gefährdeten Verband fern zu halten. — Rahregulierung über Rahregulierung der dem Verbands bereits beigetretenen Arbeiter, Anreize der Zettelverteilung, welche Einladungen zu Fabrikbesprechungen ausgaben, ängstliches Überwachen der Eingänge zu dem Lokal, wo die Zusammenkünfte stattfinden sollten und anderes mehr. Es fiel auch damals, als auf Grund der Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit ein Vertreter der Organisation den Herrn Dr. Remmler interpellierte, die bekannte Redensart vom „Herrn im eigenen Hause“. Was aber mit diesen Maßnahmen nicht erreicht wurde, sollte das Versprechen einer Lohnzulage zustande bringen. Es kann auch nicht Wunder nehmen, daß von den dort beschäftigten jungen Arbeiterinnen und von den älteren Leuten viele auf den Köder anbissen.

Annähernd zwei Jahre sind seitdem ins Land gegangen. In den letzten Tagen wurde aus neue der Versuch gemacht, mit den bei Remmler Beschäftigten eine Zusammenkunft herbeizuführen. Flugs griff man von Seiten der Werkleitung zum alten bewährten System. Proletariat im Stechzogen mußten Spolier bilden vom Fabrikhause bis zum Versammlungsort, um dadurch jedermann vom Besuch der Zusammenkunft abzuhalten.

Wir glauben, daß Herr Dr. Remmler Ursache hat, das Einbringen der Organisation zu fürchten, sind doch die Lohn- und Arbeitsbedingungen, ganz zu schweigen von den sanitären und hygienischen Einrichtungen in seinem Werk derart, daß dort noch unendlich viel gebessert werden muß. Wir hoffen auch, daß die im Werk Beschäftigten durch die an den Tag gelegte Scheu vor dem Verbands der Arbeiter endlich zu den erforderlichen Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation gebracht werden.

Achtung! Hochrleger und Hesser! Bei der Firma Henning und Markgraf, Gleimstr. 17, befinden sich die Kollegen wegen Tarifdifferenzen im Ausstand. Wir ersuchen dringend, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Verichtigung! Auf die Notiz vom 5. 6. 07 des Lokalverbandes deutscher Barbier, Friseur und Perückenmachergehilfen habe ich folgende Erklärung: Es ist unwar, daß ich jemals die Forderungen des Verbandes durchbrochen habe, und bezeichne die gegenwärtige Behauptung als Erfindung. Ich habe auch noch niemals Veranlassung gegeben, daß mein Name als Arbeitgeber genannt werden mußte.

Friseur Ritter.

### Deutsches Reich.

#### 10. deutscher Handlungsgehilfenstag.

Der in Dresden tagende Handlungsgehilfenstag stellte folgende Grundzüge für die Durchführung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren auf: 1. Wichtige Sonntagsruhe. 2. Höchst-arbeitszeit von 9 Stunden bei mindestens zweistündiger Mittags-pause in Kontoren und den dazu gehörenden Lagerräumen mit geteilter Arbeitszeit, von 8 Stunden in solchen mit ungeteilter Arbeitszeit; Angestellte (Gehilfen und Lehrlinge) unter 18 Jahren sowie weibliche Arbeitskräfte je eine Stunde weniger. 3. Geschäftsschluß in den Kontoren und den dazu gehörenden Lagerräumen mit geteilter Arbeitszeit spätestens um 7 Uhr, in solchen mit ungeteilter Arbeitszeit spätestens um 5 Uhr. 4. Die Einführung des Sonnabend-frühschlusses mit zwingendem Rechte ist durch Erlass gesetzlicher Vorschriften, analog den Bestimmungen des § 139 f der Gewerbeordnung zu ermöglichen. 5. Ausnahmen sind nur zulässig bei Arbeiten, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse oder zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur vorgenommen werden müssen. (§ 105 o Ziffer 1—2 der Gewerbeordnung.) 6. Gesetzlicher ununterbrochener Urlaub von mindestens 14 Tagen für jedes Dienstjahr. 7. Die Vorschriften der §§ 139 g und h der Gewerbeordnung finden auf diese Kontorangestellten entsprechende Anwendung.

### Der Streik der Seelente in den Hafensstädten Königsberg und Pillau

wird von Tag zu Tag umfangreicher. Auf den beiden im Pillauer Hafen liegenden Dampfern „Albertus“ und „Ostpreußen“ haben die Seelente abgemustert, ebenso auf den auf der Fahrt nach Königsberg befindlichen Dampfern „Planet“ und „Ottomar“. Auf dem im Königsberger Hafen befindlichen Tourendampfer „Caper-nikus“ ist die Mannschaft noch unentschieden, ob sie die nächste Fahrt noch machen soll, da der Kapitän alle möglichen Versprechungen macht, die Leute zu halten. Die Reeder suchen überhaupt mit allen Mitteln einer Verhandlung mit dem Verband der Seelente aus dem Wege zu gehen und versuchen, die einzelnen Personen für sich zu gewinnen, oft mit der Zusicherung, noch höhere Lohnsätze zu zahlen, als der Verbandstarif vorschreibt.

### Neuer Streikbrecherbund.

Die Lorbeeren der Buh usw. in Augsburg, die mit der Züchtung der gelben Gewerkschaften gewissermaßen hahn-brechend vorangingen, lassen auch die Porzellanproben nicht ruhig schlafen. Die Herren, die in einer Vereinigung über ganz Deutschland zusammengeschlossen, durch ihre Organisation dem Publikum die Verkaufspreise ohnehin schon distieren, versuchen jetzt dem ihnen unangenehmen Porzellanarbeiterverbände, dem sogenannten „Berliner“ (wie er bezeichnet wird) das Wasser abzugrauben durch eine Unterstufungskasse der Vereinigten Porzellanfabriken. Dem gedruckten vorliegenden Statut nach zu schließen, soll diese neueste Gründung sich über ganz Deutschland erstrecken. Oberfranken, mit seiner nach tausenden zählenden Porzellanarbeiterschaft scheint zunächst das Versuchsfeld abgeben zu sollen. In Regau, wo der sehr „liberale“ millionenschwere Kommerzienrat Jech über diese Hunderte von Arbeitsklaven der genannten Industrie sein Repetier schwingt, wurde damit der Anfang gemacht. Eine Unmasse von Unterstufungen, wie Kranken-, Wächnerinnen-, Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld, Erholungsurlaub, Urlaubsbeihilfe und Rechtsschutz soll gewährt werden, deren Kosten, soweit sie nicht aus den Arbeiterbeiträgen und den „sonstigen Mitteln“ (welcher Herkunft diese wohl sein mögen?) gedeckt, vom Wohlfahrtsverein deutscher Porzellanfabriken bezahlt werden. Selbstverständlich werden die Leistungen dieser Klasse nur „treuer Mitarbeiter“ bezwandt und wird die Aufnahme jedermann verweigert, der einer der Interessen der Unternehmer feindlichen Berufsorganisation angehört. Wer seine Zugehörigkeit zu einem solchen Verbands verweigert, oder ihm nachträglich beiträgt, wird mit Verlust seiner Anrechte ausgeschlossen.

Die Beiträge für diese neueste Streikbrecherkunst bewegen sich in 5 Abteilungen (1—3 für männliche, 4—5 für Lehrlinge und weibliche), mit 12 Pf. in der 5. bis 60 Pf. in der 1. Klasse. Dafür „können“ die Arbeiter, sofern sie hübsch brav und ordentlich sind, Krankengeld in der Höhe von 3—10 M., je nach der Klasse, in der sie gesteuert haben, erhalten. Ferner „kann“ den Mitgliedern der Klasse 1—3 ein jährlicher Urlaub von einer Woche gewährt werden, wofür die Beihilfe 15, 20 und 25 M. beträgt. Ueber den Antritt des Urlaubs entscheidet natürlich die Fabrikleitung. Auch bei unfreiwilliger Stellenlosigkeit „kann“ Unterstützung gewährt werden, wie auch für den Todesfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld in „wichtigen Fällen“ in Aussicht gestellt wird. Wächnerinnen erhalten bei Niederkunft 12 bzw. 18 M. Alle diese Unterstufungen, wozu noch „Rechtsschutz“ kommt, über dessen Bewährung die Geschäftsführung dieser sonderbaren Klasse „befindet“, sind natürlich freiwillig, ein Recht hierauf steht keinem Mitgliede zu. Das schönste ist nun, daß alle diese Unterstufungen der Verband der Porzellanarbeiter mit dem Sitze in Charlottenburg bereits seit langen Jahren gewährt, ja teilweise in noch höheren Sätzen, als sie hier seitens der „wohlhabenden“ Unternehmer in Aussicht genommen sind. Dort haben die Arbeiter das Bestimmungsrecht selbst in Händen, während hier der Wohlfahrtsverein zu dem aus 10 Personen bestehenden Vorstand allein fünf stellt. Wenn ferner noch in Berücksichtigung gezogen wird, daß nur „treue Mitarbeiter“ als Mitglieder aufgenommen werden, so ist zu erkennen, welcher Geist der Unterwürfigkeit und Unter-tänigkeit in dieser Klasse vorherrschend sein wird, falls sie überhaupt das Licht der Welt erblickt, bzw. lebensfähig werden wird.

Die Porzellanarbeiter Deutschlands werden gut daran tun, sich den Beitritt zeitlich zu überlegen, und nicht ihr Koalitionsrecht um ein Dingengericht preisgeben, wie es der Beitritt zu dieser Klasse zur Folge hat.

Eine Textilarbeiterausperrung in Elft. Die Arbeiter der Firma Krüben, Weberei in M. Gladbach, fordern eine 20prozentige Lohnhöhung und sind gewillt, diese Forderung eventuell mittels Arbeitseinstellung durchzusetzen. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie, an welchen sich die Firma sofort gewandt, hat die Sache zu der feigen gemacht. Den Arbeitern wurde eine fünf-prozentige Lohnhöhung angeboten, ein Mehr zu zahlen, sei der Firma unmöglich. Wird dieses Angebot nicht angenommen und kommt es zum Streik, dann würden sämtliche Textilarbeiter M. Gladbachs und Umgegend ausgeperrt, so lautet der Beschluß des Arbeitgeberverbandes. Die Arbeiter haben noch nicht Stellung genommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bäderstreik in Pilsen.

Pilsen, 10. Juni. (B. D.) Die hiesigen Bädergehilfen sind heute morgen in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit und einen Ruhetag in der Woche.

### Erdbeben.

Bukarest, 10. Juni. (B. D.) Gestern nachmittag erfolgten hier und in mehreren Landesteilen eine Anzahl Erdstöße, ohne nennende Schäden anzurichten.

### Soldaten fraternisieren mit den Weinbauern.

Paris, 10. Juni. (B. L. W.) In Karbonne begrüßten etwa 300 Soldaten des 100. Infanterie-Regiments von der Mauer des Anserenhofes aus die vorüberfahrenden Eisenbahnzüge mit den Weinbauern mit Händeklatschen und Zurufen. Mehrere Unter-offiziere, welche einschritten, wurden beschimpft und mit Steinen beworfen. Infolge des Einschreitens der Offiziere gerohrte der größte Teil der Soldaten, nur etwa 50 derselben setzten die Demonstration fort und stimmten die „Internationale“ an. Erst dem Obersten und dem Brigadegeneral gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

### Die Keinen Diebe hängt man . . .

Rom, 10. Juni. (B. L. W.) Der Kassationshof verhandelt heute über die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Schwurgerichts, das sich zur Aburteilung der gegen den früheren Minister Rossi erhobenen Anklagen für kompetent erklärt hatte. Der Kassationshof beschloß, der Berufung der Staats-anwaltschaft stattzugeben und erklärte das gewöhnliche Gericht für inkompetent. Infolge dieses Beschlusses kann Rossi frei nach Italien zurückkehren, er kann eventuell nur vom Senat als Ausnahmegerichtshof abgeurteilt werden.

### Roosevelt fordert Arbeiterschutz.

Rosfoll (Virginia), 10. Juni. (B. L. W.) In einer Rede, die Präsident Roosevelt auf der Ausreise in Jamesstown hielt, beauftragte er das Eintreten der Bundes- und Einzelstaatsgesetzgebung für eine Entschädigung der in Erfüllung ihres Berufes zu Schaden gekommenen Arbeiter bzw. ihrer Familien im Falle des Todes solcher Arbeiter. Die Kosten müßten die Unternehmer tragen, die ihrerseits diese durch Erhöhung der Weltpreise ihrer Erzeugnisse auf das Publikum abwälzen könnten. Für eine Unterscheidung zwischen Unfällen, die durch Nachlässigkeit oder force majeure verursacht seien, liege kein gesunder wirtschaftlicher Grund vor. Eine Entscheidung müsse ohne weiteres erfolgen, statt daß darum erst prozessiert werden müßte.

# Der Kampf im Baugewerbe.

### Wirrwarr im Unternehmerlager.

Selig sind die Armen im Geiste! dachte der Generalissimus der durch die Aussperrung böse in die Patische geratenen Bauunternehmer. Er ließ diese zu einer Sitzung hinter verschlossenen Türen zusammenrufen, um ihnen Rat einzusprechen. Die Vorsicht der Geheimtagung war von der Not diktiert. Einen interessanten Bericht über die in dieser Versammlung applizierten Tröstungen veröffentlicht das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“. Der Bericht ist sicher kein frisiert worden, trotzdem läßt er erkennen, daß pure Angst und eine bereits stark sich bemerkbar machende Fahnenflucht die bombastische, für die Deffektivität bestimmten Resolution, in der man versichert: Unsere Sache sieht gut! veranlaßt hat. Um die Situation zu beleuchten, lassen wir die oratorischen Ornamentierungen der Tröst- und Erbauungsreden beiseite, stellen die positiven Behauptungen und Tatsachen aus dem Bericht hier zum Vergleich zusammen:

**Baumeister Bahl:**

„Unsere Position ist eine ausgezeichnete . . .  
 „Diese letzten Beschlüsse der Arbeitnehmer sind es . . . die den Kampf verschärfen haben . . .  
 Welche Gründe die Organisationen zu diesem Vorgehen veranlaßt haben mögen — mag vorüberhand dahingestellt bleiben. — Wir haben bisher nur Vermutungen für diesen offensichtlichen taktischen Fehler. . . Es gibt aber wohl noch andere Erklärungen, die wir aber besser für uns behalten.  
 „Man sah daraus, wie es im Lager der Bauarbeiter güt und wie günstig diese Stimmung für die Arbeitgeber ist. . .  
 „Den Beschluß des Verbandes, die zeitigen Superarbeiten fertigzustellen, neue aber in keinem Falle mehr abzugeben, zum Vorwand nehmend, haben nun auch die im Zentralverband und in der Freien Vereinigung der Maurer organisierten Pauer am 2. Juni in einer Versammlung Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt . . . (folgt der Beschluß der Pauer, die Maurer durch Arbeitseinstellung zu unterstützen).  
 „Auch diese Beschlüsse können wir nur mit Freude begrüßen . . .  
 „Der Referent schloß seine Darlegungen mit der Ermahnung, guten Mutes zu sein, die Position der Arbeitnehmer sei vorzüglich. Man solle aber die Situation nicht über- und den Segner nicht unterschätzen.“

Wer nicht ganz kritiklos die Rede hat auf sich wirken lassen, muß schon herausgefunden haben, daß die Taktik der Arbeiter den Generalstab der Unternehmer vollständig überrollt hat; die Angreifer sind in die Defensive gedrängt. Daß durch solche Verschiebung die Situation der Unternehmer verbessert worden ist, kann man doch nur ähneln einreden. Der zweite Redner begann auch mit Tröstungen, um dann die Notwendigkeit einer Taktikänderung möglichst unauffällig zu begründen.

**Herr Feuer:**

Für die Rotlandsarbeiten könne im übrigen der Verband Pauer nachweisen.  
 „Nach dem uns gegebenen Bericht ist die Lage des Kampfes für uns günstig und erfolgreich. Wie aber alles hier auf Erden dem Wechsel unterworfen ist, so kann in diesem bestehenden Zustand mit der Zeit ein Wandel, eine Aenderung eintreten, und diese Aenderung wird eintreten, wenn nicht unsererseits die Taktik der Arbeitnehmer durch einen neuen Schlag durchkreuzt (aha!) und zunichte gemacht wird. . .  
 Hierbei gibt es nur zwei Möglichkeiten:  
 Die eine: Die Aussperrung sollte aufrecht zu erhalten, um dadurch die Streiklisten zu leeren . . .  
 Die andere: Durch einen erneuten Angriff auf anderer Grundlage eine Veränderung des Kampfes hervorzuufen, das heißt durch Arbeitswillige unsere Bauten zu besetzen.“

Also alle Kalkulationen der Unternehmer sind fehlerhaft, sie werden durch die Arbeiter zu einer Aenderung derjenigen Taktik gezwungen, von der sie die Erringung des Sieges erwarteten. Von ihrem ersten Siegesplan erhoffen sie nichts mehr; das können sie auch nicht, denn die Arbeiter sind darauf eingerichtet, den Kampf ein halbes Jahr lang zu führen und sie werden nicht zurückweichen. Die neue Taktik? Falsche Voraussetzungen führten zu falschen Schlussfolgerungen. Die Führer, von den Geführten ganz zu schweigen, haben von Anfang an den Blick für die Situation verloren. Die Arbeiter haben nicht ohne Absicht den Ausbruch des Kampfes hingezogen. Sie bemuteten die Zeit, um mehrere tausend Mann nach den Provinzen abzuschieben. Weiter sind Pfingsten circa 2000 Mann abgereist ohne Abmeldung. Daher das Raten der Unternehmer über die Zahl der ortsanwesenden Maurer und die törichte Hoffnung, viele Arbeitswillige aufstreifen zu können. Die Unternehmerführer sind etwas zu spät aufgestanden! Schlecht versteckte Hoffnungslosigkeit spricht aus den folgenden Ausführungen des Herrn Feuer:

„Aber, meine Herren, aus Sympathie mit den Arbeitnehmern haben diese Unternehmer die neuen Arbeitsbedingungen nicht unterschrieben, sondern nur, weil ihnen das Messer an der Kehle sitzt. . .“

„Wenn nun jemand, sei es ein Kollege oder ein Bauherr, steht, daß auf anderen Bauten täglich gearbeitet wird, daß andere Unternehmer ihre Arbeiten fördern, während sein Bau den trostlosen Anblick der Arbeitslosigkeit bietet, so wird in ihm, der doch auch nur ein Mensch ist, der Reiz erweckt, und bei den schwachen, menschlichen Eigenschaften steht zu bedürfen, daß das Gefühl des Reides das der Kollegialität und Solidarität mit der Zeit überwinden wird. . .“

„Eine strikte Aufrechterhaltung der Aussperrung stellt, wie schon oben ausgeführt, ganz erheblich hohe Anforderungen an die moralischen Eigenschaften der Verbandsmittglieder. . .“

„Meine Herren! Wir wissen wohl, daß der andere, zweite Weg: Arbeitswillige heranzuholen und die Bauten zu besetzen, ein dornenvoller ist; aber er bietet zurzeit die größte Gewähr (also selbst zweifelt man an dem Erfolge) auf einen guten Ausgang des Kampfes. . .“

Mit anderen Worten: wir haben uns nach jeder Richtung verspekuliert; nun mag retten, was retten will! Daß die strategischen Pläne der Herren Bahl und Feuer durchkreuzt worden sind, daß sie durch die Arbeiter auf ein ganz ungeordnetes Kampffeld gedrängt wurden und manche andere Voraussetzungen falsch waren, dafür noch einige Zitate aus dem unbezahlbaren Bericht:

„Wir entließen unsere Leute, weil wir nicht wollten, daß wir mit dem nunmehr unausbleiblichen Kampf in eine Zeit kämen, die an und für sich für uns ungünstiger wäre, als die jetzige. Die Arbeitnehmer zwingen, den Kampf zu eröffnen, konnten wir nicht. Gätten sie es getan (sie waren nicht buntum genug dazu), so wäre unsere Kampfweise von Anfang an eine andere gewesen. . .“

„N. S. es wäre ja anders, wenn die Würtelwerke ganz ihre Betriebe stilllegen würden. Aber das ist nicht gut durchführbar.“

„Alles ist anders gekommen, wie man wollte! Die Situation ist kurz dahin zu kennzeichnen: Durch die

Taktik der Arbeiter waren die Unternehmer gezwungen, ihre ersten Pläne zu ändern, sich auf einen neuen Plan festzulegen. Kaum war man damit fertig, gingen die Arbeiter zu dem Angriff über, auf den die Herren Bahl und Feuer vorher vergeblich gewartet hatten.

Wie töllig unvorbereitet dieser Zug die Herren traf, geht aus verschiedenen Bemerkungen hervor. Hören wir Herrn Bahl:

„Die diesmalige Situation im gegnerischen Lager macht einen total anderen und weniger zuberichtlichen Eindruck wie 1899 (!). Es fehlt die Steigkeit und Ruhe in der Taktik, an deren Stelle sich eine gewisse nervöse Unbeständigkeit geltend macht.“

Die Arbeiter können sich keinen besseren Führer der Unternehmer wünschen als Herrn Bahl, denn er weiß gar nicht was los ist. Im Jahre 1899 haben die Arbeiter genau dieselbe Taktik befolgt, wie jetzt; auch damals ließen sie sich angreifen und gingen nachher, nachdem die Unternehmer ihre Taktik festgelegt hatten, zum Angriff über. Trotzdem läßt sich das Kommando der Unternehmer diesmal wieder überraschen; eingeständenermaßen zwingt die Taktik der Arbeiter die Unternehmer, fortgesetzt ihre Strategie zu ändern. Insofern ist die Taktik der Arbeiter verfehlt, als sie gar nicht in die Berechnungen der Herren Unternehmerführer paßt.

Das darf man natürlich nicht sagen, die „Geführten“ werden mit den ungläublichsten Mähdchen abgesehen. So muß ein berichtigter Druckfehler im „Vorwärts“ dazu dienen, als Beweis der günstigen Situation für die Unternehmer zu dienen. Weiter wurden diese mit der aus den Fingern gegossenen Behauptung regaliert, die Maurer zahlten keine Unterstützung — und die Organisation hätte sich an eine hiesige Brauerei gewandt, um ein Darlehen von zwei Millionen Mark zu erlangen. Dieser Schwindel wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß der Verband die Wochenunterstützung um 2 M. erhöht und nun auch die Unorganisierten unterstützt. Da man auch auf diesen Schachzug der Arbeiter nicht vorbereitet war, werden die Unternehmer nun wieder eine neue Taktik beschließen müssen und dabei wollte man die beschlossene neue Taktik erst am 1. Juli in Anwendung bringen. Sie sollten aber nur gleich über den Eingang ihres Geheimkabinetts schreiben: Laßt alle Hoffnungen draußen, die Ihr eintretet! Herr Böhme meinte in der Versammlung: „Mit der beabsichtigten Maßnahme beschritte man einen dornenvollen Weg“. Er hat Recht: Die Unternehmer sind von ihren Generalstabschefs richtig in die Dornen geführt worden.

Bei der verzweifeltsten Stimmung, in der die Führer sich befinden, kann es nicht wunder nehmen, daß sie mit den kleinsten Mitteln und dümmsten Mähdchen arbeiten. Dem Bürgermeister von Niddorf wurde die nationale Gesinnung abgesprochen, weil er nicht nach der Pfeife der Bahl und Genossen tanzt. Herr Gotheimer regte an, die Niddorfer Unternehmer sollten ihren Wohnsitz nach Berlin verlegen, damit die Stadtverwaltung durch Steuer-ausfall gestraft werde. Wahrscheinlich, eine grandiose Kampftaktik! Herr Feuer in grotesker Genialität meinte, durch Bewilligung der Arbeiterforderungen würde die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem — Weltmarkt unterbunden.

Mit solchen Taktiken werden die Unternehmer abgesehen. Die Kleinen lassen sich dadurch vielleicht blenden. Die Großen aber gehen hin und bewilligen und lachen über diejenigen, welche auf das Gerede der Bahl, Feuer und Genossen hineingefallen.

„Ein Glück für uns sind doch die Unternehmerführer“, sagen sich schamzornig die Arbeiter.

**Von der Not der — Bauunternehmer.**

Die Unternehmer haben wohl schon gemerkt, daß ihre neue Taktik bereits wieder veraltet ist. Ihre Risikofaule-Proklamation an Streikbrecher hat die Zahl ihrer Spekulationen um eine ver-mehrt. Der Schaden soll repariert werden, indem man Streikbrecher im Asyl für Obdachlose sucht. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberbundes (Weststr. 1) ließ heute (Montag) im Asyl für Obdachlose in der Großelstraße einen Aufruf anheften, durch welchen Streikbrecher jeder Kategorie Bauarbeiter gesucht werden. Den Kandidaten wird für zehn Tage freies Obdach und abends im Asyl unentgeltlich Suppe und Brot zugesichert; die Mittagsspeisung soll in den Kantinen erfolgen auf Kosten der Bauherren. Auch die Ueberweisung von Kleidungsstücken ist den Bedürftigen vom Inspektor versprochen worden. Bei der Belehrung hatten die Leute die Empfindung, daß ihnen, falls sie das Angebot ablehnen, sie nicht arbeiten wollen, ihre Bestrafung durch Ueberweisung an ein Arbeitshaus auf die Dauer bis zu zwei Jahren in Aussicht genommen sei.

Wir wollen uns jeder Kritik dieser Maßnahme enthalten, wir registrieren sie als weiteren Beitrag für die günstige Situation, der sich die Unternehmer erfreuen.

Prost, Ihr von Bahl und Feuer Geführten, man wird Euch Arbeitswillige bringen, mit denen Ihr die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt behaupten werdet. In der oben beleuchteten Versammlung wies man siegesdächtig auf die katholischen Arbeitervereine hin, diese sollten die Reichsfeinde zu Boden ringen. Weil man diese Truppe noch angemessen verstärken will, holt man Obdachlose zu Hilfe.

Die Freie Vereinigung der Maurer nahm am Sonntag Stellung zu der neuen Taktik der Unternehmer. Der Referent Gohl führte hierzu aus: Wenn die Unternehmer jetzt schon die Bauten für Arbeitswillige öffnen, ist das jedenfalls auf Drängen eines großen Teiles der Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte geschehen, die das dringende Verlangen haben, ihre Bauten nicht länger still liegen zu lassen. Jedenfalls zeigt die neue Taktik der Unternehmer, daß in deren Reihen ein großer Wandel herrscht. Durch die Aussperrung sollten die Arbeiter niedergezwungen werden. Jetzt zeigt sich, daß die Unternehmer die Aussperrung nicht mehr aufrechterhalten können und die Bauten wieder öffnen müssen. Vor dem Kampf sagten die Unternehmer, sie hätten bereits Arbeitswillige in großer Zahl. Jetzt aber fangen sie erst an, Arbeitswillige zu suchen. Soviel ist sicher, aus den Reihen der Streikenden werden die Unternehmer keine Arbeitswilligen finden. Sie verlassen sich deshalb auf die Hochabteilungen der katholischen Arbeitervereine. Es soll ja auch durch deren Vermittlung eine Wagonfabrik von Arbeitswilligen in Gärtenwalde angelommen, doch soll es gelungen sein, dieselben zur Rückreise nach Schlessen zu bewegen. Wie es heißt, wenden sich die Unternehmer nach dem Auslande. Es ist dafür gesorgt, daß sie auch dort keine Streikbrecher finden. Durch die Öffnung der Bauten für Arbeitswillige wird die Situation für die kämpfenden

Arbeiter nicht verschlechtert. Durch diese Taktik geschieht nichts anderes, als was wir bei jedem Streik sehen, die Unternehmer suchen Ersatz für die Streikenden. Es ist nun Aufgabe der kämpfenden Arbeiter, die Bauten genau zu beobachten, und wenn sich dort Arbeitswillige einfänden, dann sind sie ruhig und sachlich zum Anschluß an die Streikenden zu bewegen. Alle gefehlt erlaubten Mittel müssen zu diesem Zweck angewandt werden. Um den Unorganisierten jeden Vorwand zur Streikbrecherei zu nehmen, werden dieselben in die Streiklisten eingetragen und auch eine Streikunterstützung erhalten. Das ist bereits in einer größeren Sitzung beschlossen worden. Diese Sitzung schlägt auch vor, daß die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen pro Tag 1 M. Extrabeitrag zahlen. Ein Wendepunkt im Kampf ist durch die neue Taktik der Unternehmer eingetreten. Aber der weitere Erfolg der Arbeiter wird dadurch nicht beeinträchtigt werden. — Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung, daß die Unorganisierten vom 4. Tage ihrer Eintragung an eine Streikunterstützung von 1.50 M. pro Tag erhalten und daß die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden pro Tag 1 M. zahlen.

Die Situation im Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter zu klären, hatte die Leitung drei große Versammlungen am Sonntagmorgen veranstaltet, die alle sehr stark besucht waren. Bei Wuggenhagen am Rorichplatz referierte Heidemann, bei Ost in Schönberg hatte Kribow, bei Valschmieder auf dem Gesundbrunnen Road das Referat übernommen. Die Redner bemühten sich, den Versammelten klar zu machen, daß es im Interesse der Einheitslichkeit des Vorgehens notwendig sei, die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn vorläufig zurückzustellen. Man sollte sich auf den zuerst von den Leitungen vereinbarten Satz von 55 Pf. einigen, um so mehr, als die lokal- und christlich-organisierten Bauhilfsarbeiter darauf beharren wollen.

In der Diskussion wurde geltend gemacht, daß 60 Pf. als Stundenlohn sehr niedrig sei und daß versucht werden müßte, diese Forderung durchzusetzen.

Eine geheime Abstimmung wurde vorgenommen und ergab bei Wuggenhagen: für die reduzierte Forderung 291, dagegen 395; bei Valschmieder 295 für, dagegen 306 und bei Ost in Schönberg 95 für, dagegen 87 Stimmen. Insgesamt wurden 1468 gültige Stimmen abgegeben; davon waren 681 für und 787 gegen die reduzierte Forderung. — Die Leitung ist der Ansicht, daß laut Statut bei solchen Abstimmungen eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist und daher auf die Durchführung dieses Beschlusses nicht bestanden werden kann.

Der letzte Situationsbericht lag den Versammlungen vor. Danach meldeten sich zur täglichen Kontrolle als Streikende und Aussperrte 5901 Bauarbeiter, 4848 Maurer und 1729 Zimmerer. Von 474 Firmen, die 1714 Bauarbeiter beschäftigen, sind Bewilligungen eingelaufen für einen Stundenlohn von 55 Pf. 99 Firmen, die 540 Bauarbeiter beschäftigen, zahlen die viel unstrittigen 60 Pf. pro Stunde. 8 Bewilligungen sind bisher wieder zurückgezogen worden. Die Bautenkontrolle für die Bauhilfsarbeiter vom letzten Freitag ergab folgendes Bild: Auf 933 Bauten arbeiten 4583 Bauarbeiter, davon 3506 in Lohn und 1077 in Akkord. Mehr als 60 Pf. Lohn erhalten 211 Kollegen, 60 Pf. 540 Kollegen; 55 Pf. erhalten 1714 und 50 Pf. 620 Mann, unter 50 Pf. arbeiten 235 Kollegen; von 186 waren die Verhältnisse nicht zu ermitteln. In bezug auf die Arbeitszeit wurde festgestellt: 794 arbeiten 10 Stunden, 1292 9 Stunden, 2286 8 1/2 Stunden. Organisiert sind 2406 Mann, unorganisiert 1902 Mann; von 275 war nichts Genaueres zu ermitteln.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt am Sonntagvormittag eine Mitgliederversammlung ab. Den Bericht über den Stand der Lohnbewegung gab Korgel. In der ersten Woche des Kampfes meldeten sich 457 ausgesperrte oder streikende Mitglieder der Freien Vereinigung, in der zweiten Woche stieg ihre Zahl auf über 500 und nun am letzten Sonnabend waren es 631, die sich zur Kontrolle gemeldet hatten. Von ihnen sind jedoch 155 teils zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten, teils sind sie abgereist und teils zu anderen Verufen übergegangen. Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Mitglieder dürfen auf keinen Fall die Arbeit niederlegen, bevor nicht jemand von der Kommission die Sache unterjudet habe. Voraussetzlich werde in den aller-nächsten Tagen eine neue Versammlung einberufen, weshalb die Mitglieder genau auf die Befannmachung im „Vorwärts“ achten müßten. Ferner hätten die Kollegen jetzt, wo die Unternehmer Streikbrecher einzufüllen suchen, mit um so größerem Eifer danach zu trachten, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, selbstverständlich nur mit gefehlt zulässigen Mitteln. Die Hoffnung der Unternehmer, der Kampf werde der Arbeiterchaft wegen Mangel an Geldern verloren gehen, sei verfehlt. Die Organisation habe sich auf einen langen Kampf eingerichtet.

In der Diskussion wurde u. a. erwähnt, daß in der Invalidenstrasse ein Polizeiwachmeister Streikposten aufgefordert habe, sich mindestens 150 Schritte von der Baustelle fern zu halten. Der Referent bemerkte darauf, daß eine solche Zumutung in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Die Kollegen sollten in allen derartigen Fällen der Polizei gegenüber mit Ruhe und Sachlichkeit, aber ebenso entschieden auf ihrem gefehlt Recht des Streikpostensbehaltens beharren.

## Soziales.

**Soziale Fürsorge für die Landbevölkerung.**

Interessante Beschlüsse hat die Konferenz der deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die dieser Tage in Königsberg tagte, gefaßt. Zu dem Thema „Vereinheitlichung der Arbeiter-versicherungsgesetze“ wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen haben keinen Anlaß, eine Verschmelzung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze zu erstreben. Sie sind aber bereit, an einer Vereinfachung der bisher geltenden Arbeiterversicherungsgesetze mitzuwirken und versprechen sich von einer solchen, auch wenn sie die Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung mitumfaßt, einen erheblichen Fortschritt, vorausgesetzt, daß die selbständige Organisation der landwirtschaftlichen Unfallversicherung erhalten bleibt und daß die Kosten der neuen Einrichtung nicht unerschwinglich werden, sondern im richtigen Verhältnis zu den damit erreichten Vorteilen stehen.

2. Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen halten eine möglichst frühzeitige Veröffentlichung der Gesetzentwürfe vor deren Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften für wünschenswert.

3. Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen erachten es für notwendig, daß, wenn möglich, bereits zur Ausarbeitung, sonst aber jedenfalls nach Veröffentlichung der Gesetzentwürfe Vertreter der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungs-Organisationen mit beratender Stimme zur Abfassung der Entwürfe in der Gesellschaft, in der sie den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden sollen, zugezogen werden.

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetze ist ja für jeden, der die Angelegenheit aus dem Blick der Gesetze abzu-lesenden Zwecke der Versicherung erreichen will, etwas ganz Selbstverständliches. Eine einheitliche Reichsversicherungsgesetzgebung durch die Arbeiter in allen Zweigen der Unfallversicherungsgesetzgebung würde erhebliche Vorteile darbieten. Durch sie würden viele Millionen jährlich für die Versicherungszwecke selbst flüssig werden. Es würde ermöglicht, endlich den Kreis der Versicherten auf alle Arbeiterkategorien oder, den

alten sozialdemokratischen Forderungen entsprechend, auf alle Staatsbürger mit Einkommen bis 3000 Mark jährlich auszuweiten. Ferner könnten an Stelle einer almosenartigen Niedrigkeit der „Renten“ und anderer Bezüge aus der Versicherung Leistungen treten, die den Kranken, den Unfallverletzten und den durch Invalidität oder Alter arbeitsunfähig Gewordenen wirkliche Hilfe brächten. Den Arbeitgebern, und keineswegs allein den landwirtschaftlichen Arbeitgebern, liegt an der Erreichung dieser Zwecke nichts. Sie wünschen die Befehle so zu gestalten, daß in noch stärkerer Nähe als bislang dieser Zweig der Gesetzgebung eine Armengesetzgebung bleibt, deren Kosten vorzugsweise die Arbeiterklasse zu tragen hat, und daß insbesondere die Berufsgenossenschaften der Unfallgefahr eine Organisation der Arbeitgeber gegen die Rechte der Arbeiter bleiben. Auch von den Leuten, die der Unternehmerklasse nahe stehen, wird seit einigen Jahren eine Vereinhaltung des kostspieligen bürokratischen Apparates nicht der Versicherungszwecke halber, sondern in erster Reihe zum Zweck einer Entwindung des Rechts von Selbstverwaltung aus den Händen der Arbeiter gefordert. Beibehaltung des uneingeschränkten Selbstverwaltungsrechtes der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Unfallversicherung und Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter, insbesondere in den Krankenkassen, das ist das Ziel, dem vertritt und unverhüllt die Wortführer der herrschenden Klassen — Graf v. Posadowsky an der Spitze — zustreben. Wenn hierbei die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ihre warnende Stimme gegen „Unerschwinglichkeit der Kosten“ erheben, so ist das die alte Melodie, die die agrarischen und industriellen Unternehmer anstimmen, wenn es gilt, auf Kosten der auf dem Schlachtfelde der Arbeit erkrankten, verwundeten oder invalide gewordenen Arbeiter neue Vorteile sich zuzuschlagen.

### Ausdehnung der reichsgesetzlichen Krankenversicherungspflicht auf die ländliche Bevölkerung

hat die Konferenz der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften endlich sich der Auffassung genähert, die seit länger als drei Jahrzehnten im Parlament und der Presse von der sozialdemokratischen Partei vertreten wird. Es wurde nämlich auf der Konferenz ausdrücklich anerkannt, daß die Einbeziehung der ländlichen Bevölkerung (Gesunde, Arbeiter, Betriebsbeamte und kleine Betriebsunternehmer mit ihren Familienmitgliedern) in die reichsgesetzliche Krankenversicherung im allgemeinen notwendig und wünschenswert sei. Ja, die Einführung der Krankenversicherung auf dem Lande sei noch vor der Verschmelzung der Arbeiterversicherungsgesetze zu erstreben. Die nichtständigen Arbeiter seien nicht aus der Versicherung fortzulassen. Freilich vermochte die Berufsgenossenschaft sich nicht dazu aufzufassen, daselbe Maß der Selbstverwaltung den Arbeitern einzuräumen, wie den Arbeitgebern in den Berufsgenossenschaften zusteht. Sie wünschten, daß als Träger der Krankenversicherung die Kreise eventuell die Gemeinden fungieren sollten. Dadurch würde dann auch äußerlich der Krankenversicherung der armenrechtliche Charakter klarer aufgedrückt werden. Für solche Scheinversicherung ist die Arbeiterklasse selbstverständlich nicht zu haben.

Besonders behandelt wurden die Fragen: Ist ein Bedürfnis zur Einführung der reichsgesetzlichen Krankenversicherung auch bei denjenigen Berufsgenossenschaften anzuerkennen, in deren Bezirk eine landesgesetzliche Krankenversicherung für Angehörige der ländlichen Bevölkerung besteht? Ist die landesgesetzliche Regelung auf Grund des § 133 Satz 1 L.-N.-S.-G. vom 5. Mai 1886 zu erstreben? Der Referent sprach sich dahin aus, daß die reichsgesetzliche Versicherung auch für die kleinen ländlichen Betriebsunternehmer sowie für sämtliche landwirtschaftliche Arbeiter und das Gefolge zu erstreben, die landesgesetzliche Regelung auf Grund des § 133 Satz 1 L.-N.-S.-G. vom 5. Mai 1886 aber zu verwerfen sei.

Zu dem Thema, ob die Berufsgenossenschaft, die einem Unfallverletzten während der gesetzlichen Karenzzeit freie Kur und Verpflegung gewährt, zur Zahlung einer Angehörigenrente verpflichtet sei, wurde anerkannt, daß die Berufsgenossenschaft einen Unfallverletzten nicht zwingen könne, sich in eine Heilanstalt zu begeben, wenn er dies nur unter der Bedingung tun wolle, daß seiner Familie während dieser Zeit Angehörigenunterstützung gezahlt werde. Ein sehr wichtiges Thema wurde am Sonnabend behandelt. Geheimer Regierungsrat Landesrat Hehl-Düffeldorf sprach über die Krankenpflege und Tuberkulosebekämpfung auf dem Lande. Während sonst oft von Agrariern behauptet wird, daß die Tuberkulose nur in den Großstädten grassiere und daß auf dem Lande Viehgeschichter nicht zu sehen seien, betonte der Referent, daß auf dem Lande die Tuberkulose weit verbreitet sei. Redner stellte 14 Thesen auf, von denen wir die wichtigsten wiedergeben: „Die Gesundheitspflege auf dem Lande bedarf vielfach durchgreifender Verbesserung, insbesondere muß die Bekämpfung der auf dem Lande sehr verbreiteten Tuberkulose mit Energie aufgenommen und durchgeführt werden. Es fehlt auf dem Lande an der zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, besonders der Tuberkulose, notwendigen Auffklärung der Bevölkerung durch Behörden, Ärzte, Vereine, Schule und andere Organe. Es ist daher mit allen geeigneten Mitteln, besonders auch seitens der landwirtschaftlichen Vereine, Lokalabteilungen, Kassen usw. auf eine Verbesserung dieser Verhältnisse hinzuwirken. Kameralistik bedarf es einer wesentlich erweiterten Anwendung des Heilverfahrens der Landesversicherungsanstalten zur Heilung der Tuberkulose, von welchem bis jetzt auf dem Lande mangels Kenntnis der vorhandenen Einrichtungen wenig Gebrauch gemacht wird. Die allgemeine reichsgesetzliche Durchführung der Krankenversicherung auf dem Lande ist ein dringender Bedürfnis und auch zur erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose auf dem Lande unumgängliche Voraussetzung. Die Schaffung leistungsfähiger Krankenkassen mit einer den Bedürfnissen des Landes angepaßten Einrichtung wird die Gesundheitsverhältnisse auf dem Lande günstig beeinflussen und auch zur Ermittlung und Bekämpfung der Tuberkulose wertvolle Dienste leisten.“

Die Versorgung des Landes mit Ärzten ist vielfach unzureichend, besonders in Gegenden mit schwierigen klimatischen und Verkehrsverhältnissen. Es ist Sache der Gemeinden, Kreise usw., sowie der Träger der sozialpolitischen Versicherungsanstalten — Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen — hier helfend mit finanziellen Zuschüssen einzugreifen. Die Krankenhäuser auf dem Lande können zu Zentralstellen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und besonders der Tuberkulose für kleinere Bezirke ausgebildet werden. Die Zahl der Krankenhäuser bedarf in vielen Gegenden der Vermehrung; das Bestreben der Kreise und Gemeinden nach Errichtung kleiner, ländlicher Krankenhäuser ist zu unterstützen. Insbesondere ist es Sache der Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften usw. durch Vergabe von Darlehen zu niedrigem Zinsfuß und Tilgungsfrist fördern einzugreifen. Die ländliche Bevölkerung ist vielfach noch sehr unzureichend mit Krankenpflegepersonal versorgt, das bei der geringen Zahl und weiten Entfernung der Ärzte und Krankenhäuser für das Land erhöhte Bedeutung hat. Auf eine ausreichende Vermehrung des Krankenpflegepersonals auf dem Lande ist daher hinzuwirken. Voraussetzung einer solchen Vermehrung ist aber in erster Linie die Beschaffung und Ausbildung des für das Land geeigneten Pflegepersonals, das zunächst auch aus der ländlichen Bevölkerung selbst zu entnehmen ist.“ In den weiteren Thesen werden dann Vorschläge gemacht, wie das Pflegepersonal am besten ausgebildet und verwandt werden kann.

Wird gute Arbeit. Ihre Verwirklichung wäre längst Tatsache, wenn die ländlichen Arbeiter rechtlich den gewerblichen Arbeitern gleichberechtigt wären, wenn ferner der Landtag auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beruhen würde und wenn auch nur ein kleiner Bruchteil der Millionen, die für Panzerschiffe, blanke Uniformen und Kolonialbesatzungen geopfert sind, für Kulturzwecke Verwendung gefunden hätten.

### Zum Vereinsrecht unserer Bauern.

In Bayern machten sich im vorigen Jahre unter den Schutzleuten Organisationsbestrebungen bemerkbar, die zur Gründung von Vereinen in verschiedenen Städten führten. Viele Vereine wurden

zulezt zu einem Verbands zusammengeschlossen. Auch in Nürnberg gründete sich ein solcher Verein. Die Organisation der Schutzleute ist sehr zäher Charakter, sie verfolgt hauptsächlich Unterstützungszwecke und nennt außerdem als ihr Ziel die Wahrung der Berufs- und Standesinteressen. Für den freisinnigen Stadtmagistrat Nürnberg aber lautet hinter dieser harmlosen Vereinstheorie die Hydra der Revolution; er verbot den Schutzleuten den Beitritt. Hiergegen wurde Beschwerde an die Kreisregierung und an das Ministerium eingelegt. Beide haben jetzt die Beschwerde verworfen. Die Schutzmannschaft ist also tatsächlich ohne Vereinsrecht. Im Rathaus zu Nürnberg sitzen die freisinnigen Däumlinge, die die Stützkräfte des liberalen Gedankens durch stärkere Betonung der Arbeiterforderungen erhöhen wollen und fortgesetzt in Versammlungen und in ihrer Presse versichern, daß sie den Schutz und Ausbau des Koalitionsrechts energisch betreiben wollen. Wie ernst es ihnen damit ist, das zeigt dieser Fall wieder.

## Aus Industrie und Handel.

### Hauffmänner.

Bekanntlich wird schon seit längerer Zeit über Kohlenmangel geklagt! Solche und ähnliche Reklamationen findet man jetzt fast täglich in der Presse. Dieses „bekanntlich“ soll die objektive Richtigkeit der Meldung und die materielle Verrechtigung der Klage erhärten. Merkwürdig nur, daß man nichts von Betriebsstörungen infolge Kohlenmangel melden kann. Wo wohnt der Mann, dem es an Kohlen mangelt? Etwa im Ronde? Soviel ist unbestreitbar, tatsächlicher Mangel ist noch von keiner Seite gemeldet worden. Woher, warum denn die Klage? Sie dient wohl nur der Stimmungsmache. Arbeitermangel und Wagenmangel werden als Ursachen des Kohlenmangels bezeichnet. Das leuchtet ein. In die fehlenden Wagen könnten z. B. die Kohlen geladen werden, die die fehlenden Leute fördern. Wenn wirklich Kohlenmangel vorhanden wäre, muß er als gewollter Zweck den Bergherren zugeschrieben werden. Im April d. J. ist nämlich die Ausfuhr von Steinkohlen ganz kräftig gestiegen, auf 1 858 126 Tonnen, gegen 1 504 528 Tonnen im April 1906. Die Ausfuhrsteigerung beträgt demnach über 23 Proz. Unter solchen Umständen ist wohl die Frage berechtigt: Hat man die Ausfuhr forciert, um hier das Gespenst einer Kohlennot an die Wand malen zu können, oder sucht man nur neue Absatzmärkte als Ausgleich für den vorausschauenden Konsumrückgang in Deutschland?

### Landwirtschaftliche Kultur des Rheinlandes.

In einem Artikel in den „Volkswirtschaftlichen Blättern“ Nr. 11/12 — macht Prof. Dr. E. Wohlmann folgende Angaben: „Der durchschnittliche Grundsteuerertrag in der Rheinprovinz stellt sich für den Morgen auf 5,60 M., während er in den ostfälischen Provinzen, ausschließlich Sachsen, nur 2,70 M. beträgt. Die gesamte Grundsteuer macht in der Provinz 4 092 720 M. aus. Die erste Klasse in den unteren Teilen des Kreises Kreuznach ist mit 33 M. pro Morgen eingeschätzt, in den Kreisen Köln und Bonn mit 30 M., im Kreise Akenau jedoch nur mit 10,80 M. und im Kreise Prüm mit 9,00 M.“

Der durchschnittlich höchsten Grundsteuerertrag weist der Kreis Grevenbroich mit 17 M. pro Morgen auf und den niedrigsten der Kreis Prüm mit 1,20 M. für den steuerpflichtigen Morgen. Das sind doch wunderbare Gegensätze!

Diese Differenzen führt der Verfasser in der Hauptsache auf die Verschiedenartigkeit des Bodens und des Klimas zurück. Neben die Besitzverhältnisse und Bodenpreise wird u. a. folgendes angeführt:

„Es befindet sich jedoch viel Land in Händen von Großgrundbesitzern und auch der roten Hand, sodas der Väterstand im Rheinlande weit verbreitet ist. Das Pachtland z. B. im Kreise Bonn machte im Jahre 1895 6578 Hektar aus und betrug somit 30,7 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche. Die Pächter zahlen oft außerordentlich hohe Pachtsummen insbesondere dort, wo der Boden in der Nähe größerer Städte, z. B. zwischen Köln und Bonn, der Gemüse- und Gartenkultur dient. In dem berühmten Spargelorte Alfter im Kreise Bonn sind die Pachtpreise seit den fünfziger Jahren um die Hälfte gestiegen. Es wird dort jetzt für das beste Gemüseland 100—120 M. Jahrespacht pro Morgen gezahlt, in einzelnen Fällen bis zu 200 M. Entlegene und geringwertige Ländereien haben jedoch im Rheinlande nur einen Pachtpreis von 10—12 M. aufzuweisen.“

Wie sehr im übrigen auch die Bodenpreise im Rheinlande seit einem halben Jahrhundert gestiegen sind, zeigt ein 1871, Morgen großes Ackergut der Gemeinde Hersel (Kreis Bonn), welches mehrmals den Besitzer wechselte. Der Kaufpreis betrug 1850 pro Morgen 500 M., 1863 750 M., 1880 950 M., 1903 wurden pro Morgen 1200 M. geboten. In diesen Ländereien, welche an Fabriksorte grenzen oder Gartenland darstellen, werden pro Morgen selbst in größeren Flächen mit 4000—6000 M. im Rheintale zum Verkauf gebracht. Das ist natürlich kein rein landwirtschaftlicher Preis mehr, sondern in demselben liegt Spekulationswert und hier und da auch wohl Affektionswert.“

Auch diese Darlegungen bestätigen, daß der an den Fortschritten der Technik und der allgemeinen Kultur vollständig unschuldige Grundbesitzer durch Steigerung der Bodenrente den Hauptvorteil aus der gesteigerten Produktivität der Arbeit zieht.

### Bilder Arbeiterhaß.

Die Geistesverfassung der Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“ illustriert eine Notiz in der letzten Nummer dieses tollwütigen Scharfmacherblattes. Der geistige Leiter der Scharfmacherei beschäftigt sich mit der Kritik, die die bestehende Gesellschaftsordnung in der Arbeiterpresse findet, wobei auf die berausenden Gewinne der Unternehmer und die elenden Löhne der Arbeiter in der Gemischten Industrie hingewiesen worden ist. Seine grenzenlose Verachtung des Arbeiterstandes bekundet der betreffende Weißfeld mit folgender Bemerkung:

„Gerade die Gemischte Industrie aber ist das schlechteste Beispiel, auf das die Verechter des Umsurzes der kapitalistischen Gesellschaft hätten verlassen können. Als Erfolge der gemischten Industrie sind auf geistige Arbeit, auf Erfindungen und Entdeckungen einzelner Forscher gegründet, und nirgendwo spielt die mechanische, körperliche Arbeit eine geringere Rolle. Das Gold, das die moderne Chemie schafft, ist ganz gewiß nicht aus Arbeiterschweiß, sondern höchstens aus dem Schweiß der Erfinder geprägt, die aber in ihrer großen Mehrzahl auch ihr Wohl gerätet und geschüttelt Maß am Erfolge eingespart haben. Die Früchte der gemischten Industrie entstammen ganz allein der Verbindung von Geist und Kapital, und die Arbeiterklasse hat sich hier am allerwenigsten um den Erfolg zu kümmern!“

Solch hirnloses Zeug kann nur ein geistig Inpotenter produzieren und es kann nur Aufnahme finden in einem Organ, wo böser Wille Vernunft und Recht ersetzt. In den in Betracht kommenden Kritiken ist ausdrücklich auf die Dividenden hingewiesen, auf jene Summen, die von jedem Handwurst, von jedem Idioten und notorischen Fäulenzler eingespart werden können, wenn er nur reich genug ist, Aktien zu kaufen. Jeder Trottel und Verdröcker kann Aktionär werden und an dem aus Arbeiterschweiß geprägten Goldbeleg teilnehmen, wenn er nur vorzüglich war in der Wahl der Eltern. Der geistreiche Fabrikant der obigen Bemerkung wird das vielleicht auch verstehen, wenn er sich bemüht, folgende Frage zu beantworten:

Wenn, unter Ausschluß der Arbeiter, die Aktionäre die Produktivkraft ihres Geistes und ihres Kapitals verbinden mit der werkstehenden Intelligenz der Redaktion der „Arbeitgeber-Ztg.“, auf welche Quantitäten und Qualitäten gemischer Produkte und auf wie viel Prozent Dividende darf man da rechnen?

Es mag ja sein, daß die geistige Leistung der Redaktion des Scharfmacherblattes den Aktionären noch etwas kostet, sonst aber sind, ehe die Dividenden ausgeschüttet werden, alle Aufwendungen für Erfindung und sonstige geistige Arbeit in Gestalt von Lantienem und Gehältern an Direktoren, Chemiker usw. abgezogen. Die geistige Leistung der „Arbeitgeber-Ztg.“ hat aber auf die Betriebsergebnisse nicht den geringsten Einfluß und die Dividenden sind ganz unverdienter, aus Arbeiterschweiß geprägter Mehrwert.

## Aus der Frauenbewegung.

Den Genossinnen zur Kenntnis, daß die Zellerfassung bei den Versammlungen am 4. Juni, welche von den weiblichen Vertrauenspersonen zugunsten der streikenden Bäcker einberufen waren, einen Ertrag von 1010,15 M. ergeben haben. Der Betrag ist dem Verbands der Bäcker und Berufsgenossen überwiesen worden.

### Die Vertrauenspersonen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, den 17. Juni 8 1/2 Uhr im Lokale der Herren Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5: Vortrag: „Die Frau als Hausfrau und Staatsbürgerin.“ von A. Jährenwald.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 88. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Landtagswahlen in Bayern. Von Adolf Müller-Rückert. — Der große Sieg. Von Fritz Kutterlich. — Der neue Mittelstand. Von Paul Lange-Damburg. — Die Beiräte und die Landarbeitergewerkschaften im Rangierbez. Von Paul Groß-Konkelder. — Die Berufs- und Betriebskämpfe in Deutschland. Von Adolf Braun. — Literarische Rundschau: Friedrich Rucke, Saint Simon und die ökonomische Geschichtstheorie. Von K. K. Dr. Franz Dogon. Vereinhaltung des Arbeiterschutzes durch Staatsverträge. Von ad. br.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 17. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Unter Patrioten, II. — Die ökonomischen Genossinnen im Bakallamp. Von Emma Freundlich. — Frauenwahlrecht und Frauenstimmrecht in Oesterreich. — Minna Kautsky. Von Marie Kautsky. — Der dritte Kongress der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. I. Von O. R. II. Von G. I. — Aus der Bewegung: Ein Jubiläum. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Berliner Genossinnen und der Bäderstreik. — Jahresberichte der Vertrauenspersonen der Genossinnen in Baden und des Bakallampes Essen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemischte Rundschau. — Aus der rheinischen Textilindustrie. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Rotzettel: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauen in öffentlichen Kestern. — Geschickliches. — Heulleton: Der Geist. Von Friedrich Hildebrand. (Gedicht). — Rote Etern. Historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg. Von Robert Schwickel. (Novell).

Für unsere Kinder: Kärmelich. Von Johann Wolfgang Goethe. (Gedicht). — Rosen und Schmetterlinge. Ein Mini-Räthen von Hebe. — Im Bäderladen. Von Ernst Kimmel. — Der Bäder. Von J. G. Seume. (Gedicht). — Eine Seelart. Von Brand. — Wie der Stimpf in den Wald kam. Von A. Jährenwald. — Das Lied vom Juge. Von C. H. H. (Gedicht). — Kleines Sommerfest. Ein Märchen von Franz Wädling. — Der Jüngling. Von W. J. H. (Novell). — Drei Langweine.

Von „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 12. Nummer seines 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Jäger Reigen“ und „Der Krieg“ sowie die weiteren Illustrationen „Zu den Reichstagswahlen in Oesterreich“, „Erzengel Kosmik“, „Vorbereitung zur Friedenskonferenz“, „Preußen gerammt in Polen“, „Der Rattenjäger von England“, „Auf der Jäger Friedenskonferenz“, „Braunschweiger Sorgen“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Unseren ökonomischen Genossen“, „Des Liberalen Reichstagsboten Heimkehr“, „Guter Rat“, „Der Krieg“, „Oesterreichische Wahl“, „Des Kapitalisten Krugel“, „§ 11“, „Die Friedenskonferenz“, „Ein neuer Song aus dem Reineke Hund“, „Jede a. D.“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren stiftlichen Feuilletons „Der gute Herr und der böse Anecht“, „Produktivität“ und „Biel des Herrn v. Armin Schnodderheim an den Herrn v. Delem-Platenburg“.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandel) sind folgende Preise zu entnehmen: Weizen 62—67, Ha 57—58, Weizenmehl Ia 64—68, Ha 54—62, Rüböl, jezt 0,60—0,68, do. mager 38—48, Pfeffer 50—62, Bullen, dan. 0,60, do. holl. 0,00, Ralbfleisch, Doppelender 100—120, Ralffleisch Ia 88—94, Ha 74—82, Ha 0,00, Ralffleisch ger. 48—63, do. holl. 0,00, dan. 0,00. Hammerefleisch Walfleisch 71—75, Ia 66—71, Ha 59—66, Schmalz 64—69. Schweinefleisch 47—54, Rindfleisch Ia per Pfund 0,60—0,75, Ha 0,50—0,68, Kottfleisch, Walfleisch 0,80—0,90, Danwilt, Walfleisch 0,00, Walfleisch 0,90—0,45, Frischfleisch 0,00, Rammfleisch per Stück 0,60—0,75, Hühner, alte, per Stück 1,40—2,00, Ha 0,80—1,25, do. junge 0,65—0,70, Wolkogelhühner 1—1,70, Tauben 0,90—0,48, Italiensche 0,00, Enten der Std. 1,50 bis 1,80, dito Gans per Std. 0,00, do. Hamburger per Std. 1,75—2,00, Gänse per Std. 0,82—0,88, do. per Std. 3,00—5,00, do. Hamburger per Pfund 0,50—0,70, per Std. 3,00—4,00, Gabelndhühner Ha 0,00, Decke per 100 Pfund 93—105, mittel 0,60, dito matt 82—86, dito groß 0,00, Bänder 0,00, Seife, holl. 84—102, dito groß 65—72, do. 85—116, Kase, groß 123—127, do. klein und mittel 99—110, dito mittel 123, do. unsortiert 82—109, Wäpfer 0,00, do. klein 0,00, dito matt 0,00, Karaffen 0,00, do. 0,00, Steie 50, Bunte Fische 62—80, Fore 0,00, do. matt 0,00, Karaffen 77, Fleische 0,00, Weis 0,00, Mand 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Kase Ia neuer 60, per 100 Pf. 110—130, do. Ha neuer 90—100, do. Ha neuer 60, Seelachs 15—20, Sprotten, Riebel, Ball 0,00, Danziger, Riste 0,00, Hühner, Riebel, Steie Ia 3—6, do. mittel per Riste 2—3, Hamb. Steie 4—6, halbe Riste 2,00—3,00, Wäpfer, Riebel per Ball 1,00—3,00, Strahlwurst 2,00—2,50, Kase, groß per Pf. 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Herings per Schock 3—2, Schellfische Riste 5,00—6,00, 1/2 Riste 2—3,50, Ralflau, geräuch. per 100 Pf. 15—20, Dorsch, Riste 2,50—3,50, Gelfische, Schock 2—6, Sardellen, 1902er per Anter 15, 1904er 16, 1906er 16, 1908er 16—20, Schottische Vollhering 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44, Herings, neue Ratties, per 1/2, To. 50—120, Sardinen, russ. 1/2, 1,50—1,60, Brausehering, Hägle (4 Riste) 1,25—1,50, Rammungen, Schock 1/2, Riste 5—6, Riste 14, Eier, Land, unsort. Schock 2,90, gr. 3,75, Butter per 100 Pf. Ia 106—108, Ha 103—106, Ha 100—102, ablaufende 90—95, Saure Gurken Schock 4,50, do. neue 6—8, Pfeffergurken 4,50, Rattieslein per 100 Pfund magnum bonum 3,25—3,75, Dabersee 3,00—3,50, Rosen 0,00, weisse 3,00—3,25, Salattartoffeln 0,00, Spinat per 100 Pfund 6—12, Karotten, blasse, Schock 2,50—3,00, Seelste, blasse, per Schock 10,00—25,00, do. pommersche 0,00, Zwiebeln große, per 100 Pfund 0,00, do. kleine 0,00, do. blasse (Perle) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schock 0,90—1,00, Ralflau Schock 0,60—1,50, Rettig, bayr., neue Std. 0,12—0,16, Mohrrüben, 100 Pf. 4,00—8,00, Teitoner Rübren per 100 Pf. 0,00, Weisse Rübren, groß 0,00, kleine 0,00, Ralflau 0,00, Blumenkohl, holländischer per Kopf 0,10—0,30, Ralflau per Schock 0,00, Wirsingkohl holländ. per Schock 0,00, Ralflau holländ., per Schock 0,00, Weizkohl, dan. per 100 Pf. 0,00, Rosenkohl per 100 Pf. 0,00, Sprattkohl per 100 Pfund 0,00, Rhabarber 100 Pfund 0,00—3,50, Bergboiser per 100 Pfund 0,00, Morcheln per Pfund 0,00, Sondernormeln per 100 Pf. 0,00, Waldmeister per Pfund 0,30—0,45, Nudelschmalz per Schock 0,50—1,00, Salat per Schock 0,60—1,75, Sargel Ia 100 Pf. 49—54, do. Ia 25—35, do. Ha 10—20, do. unsort. 0,00, do. Beelger Ia 45—55, do. Beelger Ha 30—40, do. Beelger Ha 15—25, Stachelbeeren, grün, per 100 Pf. 10—12, Birnen, austral., in Risten von 20 Kg. Riste 12—22, ital. 0,00, Riste, per 100 Pf., Riste 20—25, Tiroler, Riste 0,00, Calvine, Riste 0,00, Kastanien in Risten 8—22, Wallnüsse in Risten 0,00, erica 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 2,00—12,00, 300 Stück 8,50—11,00, 200 Stück 6,00—12,00, Apfelsinen, Jassa, per Riste 0,00, Prunice 300er Riste 0,00, do. 200er 0,00, Valencia 420er Riste 15,00—25,00, do. 714 er 22—30,00, Messina, 100er 4—7,00, 150er 5—8,00, 18er 8—12,00, 200er 7,50—12,50, 300er 0,00, Wals- 100er 5,50—9,00, do. 150 er 7—9,00, 200 er 6—7,50, 200er 13—14.



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag bringen wir, soweit der Vorrat reicht,

einen ganz aussergewöhnlich billigen Posten

Seidenbänder in nur modernen hocheleganten Mustern.

Meter **25, 38, 48, 65** Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Jedem Naturfreunde, jedem Wanderer, Spaziergänger, jedem, der nach dem Mühen und Hasten der Woche des Sonntags hinauszieht in die Natur, dort Erholung und Erfrischung zu suchen, empfehlen wir:

## Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur :: ::

von Carl Grotowitz, mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche mit Buchschmuck Broschiert 60 Pfennig. — und dem Porträt des Verfassers. — Gebunden 1 Mark.

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort: „Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schöne Naturbilderungen gibt, mit so scheinbar allereinstufigsten Mitteln, wie in diesem Buchlein.“

234/10\*

# LACHMANN & SCHOLZ

Turmstraße 76. ♦ Ottostraße 1.

## Doppelte Rabattmarken

am

### Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Badetisch, niedrige große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. 71

Steyppdecken billig! Gebraucht Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Wardrobehaus, Damenkleider, Kleider, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 17

Teppiche! (Seidenstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes bei Teppichhändler Braun, Ouderscher Markt 4, Bahnhofs Böcke. 255/2\*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 20, Stalingerstraße 40. \*

Steyppdecken, Spinnweb, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21675\*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 25135\*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58 direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen leben komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganten. Besondere Gelegenheit viele ich in verließen gemessen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 20, Schlafsofa 20, Sattelkissensofa 45, Bancalosa 55, hochlegante Garnitur 75, Säulentrümmen 32, Beistelle mit Nische 16, Ausziehisch 18, Tischspinnweb, Vertico 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Parzell. Auf Sonntags geöffnet. Mauerhoff gratis. 21935\*

Möbelfabrik liefert gediegen. Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Rügen. Auch Katzenabzug. Kein Laden. Garmod, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Köpenicker Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. \*

Herren-Garderobe nach Maß, laubere Arbeit, großer Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, laßt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet, billig. Schneider, Sturfschneckenstraße 172. 23478\*

Räumungsverkauf, Handreibhaus, Weidenweg neuangeh, extra billig. 42/4\*

Gediegene Tischgarnituren, Tischsofa 60, —, Trümmen, geschliffen, mit Stufe 32, —, Tischspinnweb 65, —, entzückende farbige Rügen 60, —, Büfelfisch, Salons, Schlafzimmer, Dervenzimmer, Speisezimmer, größte Auswahl, viele Musterzimmer, billigste Preise, eigene Werkstätten. Dirschow, Stalingerstraße 25. 24908\*

Gaststubehaus!!! Spezialgasofen! 3,00. Geschlossene Spargastofen 5,00. Gasbügelparatel, Waschtisch! Schneidbrett! Gasbügellampen! 9,00. Gasbügeln!! 17, —. Wohnlager, Wallnerstraße 32. \*

Zigarrengeschäft, gutgehend, verkauft sofort Weihenfer, Friedrichstraße 34. 7135\*

Restauration billig zu verkaufen. Miete 75,00. Zu erfragen: Kaleschki, Rixdorf, Seeföhnerstraße 10, II. \*

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet, billig. Sommer, Wienerstraße 51.

Restauration, gute Eristens, ist wegen Verzug nach außerhalb zu verkaufen. Zu erfragen: H. Blank, Zigarrengeschäft, Alsterstraße 119. \*

Rähmaschinen! Bergüte bis 15,00, wer Teilzahlung laßt oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 7125\*

Rähmaschinen. Fabrik höchste Vergütung. Großer Handwerker aller Systeme. Wenig gebraucht, billigste. Kleinste Abzahlung. Kreuz, Rosenhallerstraße 19. Kleine Chorinerstraße 26. Postkarte genügt. 10996

Schwester verkaufen Tafeltrümmen 32,00, elegantes Tischsofa 35,00, Freischwinger, Tischspinnweb, Tischspinnweb 38,00, Bronzebronnen, Rühelheit, Salonisch 12,00. Wallnerstraße 53, Parterre. 11536

Gegenstände: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teiching, Uhren, Goldschmuck, Rest, Spinnweb, Lude, Oranienstraße 131.

Reisekoffer, Operngläser, Reisinge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Gitarren, Klavier, Teppiche, Spinnweb, Lude, Oranienstraße 131. 11506\*

Milchgeschäft, rentabel, preiswert veräußert. Rixdorf, Lenaustraße 22. 7133

Milchgeschäft zu verkaufen, Reichenstraße 44, Rixdorf. 7118\*

Milchgeschäft wegen Krankheit billig zu verkaufen, Cuvrystraße 31.

Herrenfahrrad, hochlegant 35,00, Reichenstraße 26. \*

Restauration, Brauereihalle, gutgehend, verkauft Kronstraße drei.

Edelstahl sofort billig veräußert, passend auch für Anfänger, Charlottenburg, Tauroggenstraße 40. 22068

Edelstahl sofort billig veräußert, passend auch für Anfänger, Charlottenburg, Tauroggenstraße 40. 22068

Gangbares Grüntrümmen, Tageskaffe 35 Mark, verkauft Erdmann, Thierstraße 32b. 7129

Grüntrümmen, billig, verkauft Röhmerstraße 119. 7163

Piano, hohes, 120, — (Vorwärts-leiser Kabell), Turmstraße 8 I.

Herrenfahrrad, hochlegant, bringend. Auguststraße 39, Beschlank. 42/14

Handreibhaus! Hermannplatz 16. Spinnwebler, Bettensverkauf, Handwerker, Rähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Teppichverkauf, Herren-Garderobe, Handwerkerstraße. \*

Verkauf die Mutter Sprache beibringen! Erfolgreich, leicht zu lernender Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Rückkaufverlei von Frau Kallows, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. \*

Parentanwall, Weibel, Wilmmerstraße 91a. 9276\*

Tanzschnecken! Gruppe, Anwesenstraße 16, Sonntagstanz 5,00, Damen 3,00. 225/18\*

Rixdorf, Vollbrand-Gesellschaftshaus, Rixdorfstraße 41. Sonnabende für Herbst und Winter frei. 7117\*

Wittgenstein! 0,50, reichlich, schmacht, mit Bier, Kaffee, Apfelwein, Blumenstraße 16, parterre. 229/1\*

Verwandtschaft, Sängergesellschaft, Oldenburgerstraße 23. 779\*

Teilzahlung, Herstellung eleganter Herren-Garderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 43/10\*

Wohnungen.

Cubenarderstraße 5 zwei bis drei Zimmer, Balkon, eventuell Bad sofort oder später. 229/3\*

Vorderwohnung, sofort oder Juli, 29,00. Hochstraße 48. 11806\*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten, Kolbenstraße 26, III. 11906\*

Einfach möbliertes Zimmer (Herren) vermietet, Zengner, Nordborerstraße 59, vorn IV, Ecke Justenburgerstraße.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Alsterengang, Wallstraße 35, vorn III.

Freundliche Schlafstelle für zwei anständige Mädchen vermietet, Straße Rosenthaler, Kreuzbergstraße 73.

Freundliche Schlafstelle, einen oder zwei Herren a 12 Mark, vermietet, Richter, Zoehagenener Chaussee 15, vorn I. 7148

Schlafstelle vermietet, Neudorferstraße 4, Hof parterre rechts. 740

Schlafstelle, Sierente, Lützenhfer 18, vorn. 43/9

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Reutner, stadthandig, bittet um Beschäftigung gleichviel. G. Postamt 38 erbeten. 11796

Blinde Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeleitet. U. Gläser, Mühlstraße 27. 11685

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Bestmöglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Großer Stellennachweis gratis. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmersdorf, Niddgardstraße 13. Bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Behörden bevorzugt. 25088\*

Tüchtige Kraft zum Putzieren echter Porzellan, sucht Glaser, Dresden, Dresdenstraße 120. 22212\*

Bedienrohre verlangt Goldhand, Calender. 11765\*

Tüchtige Tischler auf Büffeln und Salons verlangen Lenting u. Jahn, Mühlendorferstraße 3. 740

Farbige, Veder verlangt Weihenfer, Königshausen 74. 7135

Rohrer verlangt Holz, Cuvrystraße 103. 779

Tüchtigen Kartonschneider oder Rührer verlangt Kartonschneider, Wienerstraße 10. 11896

Geübte Hemden- und Rähmaschinenherstellerin verlangt Frau Berlin, Niddgardstraße 30. 7130

Verfränteln sucht Getreide, Reindorferstraße 28. 11855

Steyppdecken-Gandbänder außer dem Hause, auch lernen. Folgt, Neue Promenade 3, vorn III. 11806\*

Vorbehaltlich der Zustimmung unserer Generalversammlung suchen wir per 1. August für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land) einen

Parteisekretär.

Redegewandte, im Verwaltungsfach erfahrene Parteigenossen wollen ihre Bewerbung unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis 22. Juni an unseren Vorsitzenden J. Scheib, Leipzig-Neudorf, Lutherstraße 5, einreichen. 201/9\*

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Begen Streit und Differenzen in gelperl: für Bergelder u. Leistenpolierer die Firma Mackensen, Ritterstraße 47. 86/17\*

Die Ortverwaltung.

Achtung! Einsetzer!

Der Bau Lohmann (Firma Hildebrandt, Posen) Weigandhfer, Rixdorf, ist für Einsetzer gesperrt! 87/20\*

Die Kommission.

### Spengler

für Arbeit in Fabrik werden gesucht. 203/3\*

L. Bachten & Gallay, Genf (Schweiz).

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung zum baldigen event. späteren Eintritt für unsere Geschäfte gesucht. Bewerbungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Jandorf & Co., Belle Alliancestr. 1/2. 51022\*

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Begen Streit und Differenzen in gelperl: für Bergelder u. Leistenpolierer die Firma Mackensen, Ritterstraße 47. 86/17\*

Die Ortverwaltung.

Achtung! Einsetzer!

Der Bau Lohmann (Firma Hildebrandt, Posen) Weigandhfer, Rixdorf, ist für Einsetzer gesperrt! 87/20\*

Die Kommission.

Russische Beamtenuntreue in Mecklenburg.

4. Verhandlungstag.

Schwerin, den 10. Juni 1907.

In der heutigen Sitzung wird zu dem Wurstlieferungen

des Angeklagten Bild übergegangen. Bild war verpflichtet, wenigstens seit 1902, laut Kontrakt nur eine Sorte prima Wurst zum Einheitspreise von 2 M. pro Kilogramm zu liefern. Er hat aber für die dritte Klasse in späterer Zeit eine zweite Qualität geliefert, die nach Annahme der Anklage minderwertig gewesen sein soll und nur einen Wert von 1,50 M. hatte. — Vorf.: Es wurde doch im Kontrakt eine einzige Sorte prima Wurst gefordert? — Angekl. Bild: Ich habe auch halbfleisch Wurst geliefert. — Vorf.: Kommen Sie doch nicht immer mit anderen Sachen dazwischen. — Angekl.: Ich muß doch feststellen, ich kann mir doch nicht das Recht im Grunde herumreden lassen. Was Recht ist, muß Recht bleiben. — Vorf.: Ich muß das entschieden zurückweisen. Sie haben kein Recht, zu behaupten, daß man Ihnen hier das Fell über die Ohren ziehen will. — Angekl.: Ich habe dem Sachsenberg nur Gutes getan und nur mein Geld verloren. Da kann es nicht wundernehmen, wenn man mir das nicht dankbar wird. — Vorf.: Ich habe Ihnen schon vieles nachgelassen, was ich mit von anderen nicht bieten lassen würde, weil ich Ihre beklagte Lage in Rechnung ziehe. Aber wenn Sie dem Gericht mit Behauptungen kommen, werde ich anders gegen Sie verfahren müssen. Alle diese kleinen Sachen kommen in die Zeitung und ich habe nicht Lust, sie unwiderprochen zu lassen. — Angekl.: Nun, mein Name kommt auch in der ganzen Welt herum, ich muß doch mein Recht haben. Was da im Kontrakt steht, kann ich nicht bestreiten. — Vorf.: Es sollte für alle Klassen Wurst für 2 M. geliefert werden. — Angekl.: Dann habe ich also die ganze keine Wurst dem Sachsenberg geliefert. — Vorf.: Wie unterscheiden sich denn I. und II. Klasse Wurst? — Angekl.: Es gibt 5 bis 6 Sorten Wurst. — Vorf.: Sie gehen schon wieder um den Drei herum; ich glaube, wir werden uns darüber nicht verständigen können. — Angekl.: Die erste Sorte ist ganz fein gewiegte Wurst, die zweite Sorte etwas gröber mit Fettsäulen. — Vorf.: Aber es sollte doch nur eine Sorte geliefert werden. — Angekl.: Ich habe erstklassige Wurst für die III. Klasse zu 2 M. geliefert und dann aus freien Stücken eine noch bessere Wurst für die I. und II. Klasse, die mindestens 2,50 M. wert war. Ich habe also keinen Betrag gegen Sachsenberg bezahlt, sondern nur Gutes getan. — Vorf.: Dann wundern Sie sich, daß Sie Klagen über die Wurst vorbringen. — Angekl.: Es wird niemand behaupten können, daß die Wurst schlecht war. — Vorf.: Herr Bild, wollen Sie behaupten, daß Sie freiwillig bessere Wurst lieferten, als Sie zu liefern verpflichtet waren? — Angekl.: Ja. — Vorf.: Deshalb taten Sie das? — Angekl.: Meines Renommées wegen, ich wollte gut liefern und die Lieferungen behalten. — Vorf.: Sie sagten doch immer, Sie hätten in einem Jahre 20 000 M., in einem anderen 50 000 M. verloren, und da sollten Sie der Anstalt freiwillig etwas schenken? — Angekl.: Ja, weil ich hoffe, es später immer wieder herauszubekommen. Mein Nachfolger hat jetzt ganz andere Preise, jetzt werden es bis 10 000 M. mehr für Fleischwaren verbraucht. Bei der früheren Lohdewirtschaft wurde für ebenso viel gestohlen, was jetzt bei der prompten Verwaltung nicht mehr der Fall ist. — Angekl. Bild: Ich habe Sie, eine andere als mein Anwalt verlangt. Ich erinnere mich aber, daß Bild einmal sagte, für die III. Klasse könne er doch wohl eine mögliche Sorte liefern. — Vorf.: Und unter dem Einheitspreise? — Angekl. Bild: Das war wohl selbstverständlich. — Vorf.: Sie waren damit einverstanden? — Angekl. Bild: Ja, ich habe nichts dazu gesagt. — Vorf.: Ist von der schlechten Wurst viel gebraucht worden? — Angekl.: Ja, sehr viel. — Vorf.: Sie sagten früher, die Wurst für die III. Klasse sei ganz ordinär gewesen. — Angekl. Bild: Sie war ja nicht schlecht, aber sehr grob. — Vorf.: Herr Obermedizinalrat Mattusch (nicht Mattusch) konnte wohl aus den Rechnungen nicht ersehen, daß zwei Sorten geliefert wurden; gesagt ist ihm wohl nichts davon? — Angekl. Bild: Nein. — Angekl. Bild: Herr Obermedizinalrat Mattusch sagte, als ich ihn einmal wegen einer Schmalzlieferung interpellierte: Was in wirtschaftlichen Sachen zu erledigen ist, machen Sie mit dem Betriebsinspektor ab, ich habe dazu keine Zeit. — Angekl. Bild: Ich habe in der Regel vermieiden, mit Lieferanten über Lieferungsfragen zu verhandeln. Ausgeschlossen ist aber, daß ich in bezug auf Preisfestsetzung jemand an Schulze verwiesen habe. — Angekl. Bild: Ich habe das aber so verstanden und mich seitdem immer nur mit Schulze auseinandergesetzt, ebenso wie ich aufricht erhalte, was Herr Obermedizinalrat Mattusch am Sonnabend bestritt, daß er zu mir von anonymen Briefen, die ihm aus Schwerin zugegangen seien, gesprochen habe. — Der Angeklagte Bräutigam erklärt, in früherer Zeit war im Kontrakt die Lieferung von zwei Sorten Wurst vereinbart, die eine zu 2 M., die andere zu 1,50 M. So wurde es auch in Rechnung gestellt. Dann sagte aber Schulze, der Bild höre so viel, daß er damit nicht auskommen könne, es werde ja auch so viel über die Wurst für die III. Klasse geklagt, und deshalb liefere ja auch Bild in der Hauptsache die bessere Sorte, darum solle, so sagte Schulze, der höhere Preis von 2 M. für die ganze Wurst gerechnet werden. —

Herr Obermedizinalrat Mattusch bekennt: Bis 1902 wurde Wurst in zwei Sorten bezogen, eine bessere Sorte für die I. und II. Klasse, eine geringere für die III. Klasse. Da aber oft Klagen über die Beschaffenheit der Wurst kamen, wurde angeordnet, daß nur die bessere Sorte bezogen werden solle. Er habe nie gewußt, daß trotzdem zwei Sorten geliefert wurden; das hätte er niemals geduldet. Proben der Wurstlieferungen wurden bei den Submissionen nicht verlangt. — Angekl. Bild: Der Herr Obermedizinalrat scheint sich jetzt aus der Affäre ziehen zu wollen. Nach seinen Äußerungen müßte ich der Auffassung sein, daß ich alles mit Schulze vereinbaren könnte. — Vorf.: Angeklagter Bild, derartige Angriffe auf Zeugen unterlassen Sie. Alles was hier gesprochen wird, geht durch die Zeitungen und kommt in die Öffentlichkeit. — Angekl. Bild: Ich bin in der gleichen Lage, auch mein Name kommt in die Öffentlichkeit; ich muß mich doch verteidigen können. — Sachverständiger Holz stellt aus den Büchern fest: Bis 1902 sollte Wurst zu 1,50 M. und 2 M. geliefert werden und wurde auch geliefert. Bild liquidierte aber bald die gesamte Wurst zu dem höheren Satz von 2 M. Von 1902 ab sollte nur noch die bessere Wurst geliefert werden, trotzdem lieferte Bild aber in zwei Qualitäten. Wenn Bild z. B. beim Kalbfleisch so billige Preise stellte, so ist für jeden Laden klar, daß er auf andere Weise zu seinem Recht zu kommen suchen mußte. Aus den Kontobüchern geht hervor, daß zwischen Bild und Schulze Rechnungen bestanden haben müssen, nach denen verhandelt war, daß für die III. Klasse minderwertige Ware geliefert werden sollte. Denn es waren auf dem Wochenzettel immer zwei verschiedene Posten untereinander angeführt: Geräucherter Wurst 45 Kilogramm und geräucherter Wurst 10 Kilogramm. Der Sachverständige bezeugt, ob das Quantum Wurst geliefert wurde, das angeschrieben war. Nach dem Ausscheiden Schulzes im 1905 und 1906 ein Winderbrauch von zirka 1000 Kilogramm Wurst in einem Quartal festgesetzt worden. In einem anderen Quartal sind 502 Kilogramm verbraucht, aber 900 Kilogramm liquidiert. Im Kontobuch standen 763 Kilogramm, dazu müßte man noch den „Aufschlag“, den Direktor machte, hinzurechnen. Sachverständiger vermutet, daß das Bruttogewicht ins Kontobuch geschrieben wurde. Angekl. Bild be-

zeugt das, es wurde ja massenhaft gestohlen, er selbst sah Kranke mit ganzen Reittwürsten aus den Wirtschaftsräumen herausgehen. — Sachverständiger Holz berechnet die Schädigung der Anstalt lediglich durch Winderbrauch der zweitklassigen Wurst auf zirka 4000 M. und zwar für 9465 Kilogramm. — Zeugin Brüggemann, früher Dienstmädchen bei Bild, hörte, daß Bild einmal zum Wurstmacher sagte: „Willem, das wer wedder Wurst für den Bär (Sachsenberg)“. Zeugin hatte früher auch Aussagen gemacht über Abfälle vom Ladenauf, die in der Wurst verwendet sein sollten. Jetzt weiß sie darüber nichts und macht ihre Aussage überhaupt etwas zögernd. — Staatsanwalt: Die Zeugin scheint gegen früher mit ihren Bekundungen zurückgehalten. Sie haben sich wohl in diesen Tagen in Schwerin aufgehalten? — Zeugin: Ja. — Staatsanwalt: Haben Sie mit Frau Bild gesprochen? — Zeugin: Nein. — Zeuge Arbeiter Krüger war drei Jahre lang Hausdiener auf dem Sachsenberg. Er wurde ebenso wie die Wärter III. Klasse beschäftigt. Das Fleisch habe er oft nicht gegessen, weil es zu schlecht war. Die geräucherter Wurst sah manchmal ganz grau aus und war voll Maden, so daß er sie zurückgeschickte. — Angeklagter Bild: Im Sommer kann derartige bei angeschnittener Wurst sehr schnell einmal vorkommen.

Schlächtergehilfe Abhagen war 1906 als Wurstmacher bei Bild beschäftigt. Das Ladengeschäft in Wurst sei unbedeutend gewesen, die meiste Wurst wurde für die Kasernen und für Sachsenberg fabriziert. In die zweite Qualität Wurst für Sachsenberg kam Abfallfleisch, Kopffleisch, Sehnen und ähnliches mit hinein. Zeuge kann sich nicht entsinnen, daß nach Sachsenberg auch von der besten Sorte Wurst etwas hin kam, die nur für das Ladengeschäft gemacht wurde. — Vorf.: Also war die zweite Sorte Wurst schlechter als die andere? — Zeuge: Ja, die Wurstwurst zweiter Sorte bestand aus Rindfleisch und Schweinefleisch. — Vorf.: War gar kein mageres Schweinefleisch dazwischen? — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen, daß Schweinefleisch dazwischen kam. — Vorf.: Das ist eine recht bedenkliche Aussage. — Angekl. Bild: Das ist auch nicht so ganz richtig, wie es der Zeuge sagt. — Ueber die

Verstellung von Leberwurst

befragt und ob in die zweite Sorte für Sachsenberg Leber hineinkam, bekundet Zeuge Abhagen: Es kam alles hinein, was da war, Abfall, Kalbfleisch, Rubeuter usw. Etwas Leber kam auch hinein. — Angekl. Bild: Ich bestreite, was der Mensch da sagt. — Vorf.: Der Mensch? Sie meinen den Zeugen. — Angekl. Bild (zum Zeugen Abhagen): Ich habe Euch doch immer gesagt, Ihr sollt nur gute Wurst machen! — Schlächtergehilfe Bierhaus: Zu seiner Zeit sei Rindfleisch und auch Schweinefleisch in die Wurst hineingekommen. Die erste Sorte unterschied sich von der zweiten nur darin, daß sie feiner gewiegt war. — Vorf.: Zu dieser Zeit war beim Nachbar Feuer und da wurde auch die Wurstlammer und ein Teil der Wurst beschädigt. Was geschah mit dieser Wurst? — Zeuge: Ein Teil kam in den Laden, ein anderer in die Wurstküche. — Vorf.: Kam nicht ein Teil der beschädigten Wurst nach Sachsenberg? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Schlächtergehilfe Bild, seit acht Jahren bei Bild als erster Wurstmacher beschäftigt, gibt zu, daß etwa vor zwei Jahren Wäcker in die Wurstküche zum Verbrennen gekommen seien. Was für Wäcker es waren, wisse er nicht. Es war ein ganzer Haufen und Frau Bild sagte, sie sollten verbrannt werden. — Zeuge Bild macht dann nähere Angaben über die Verstellung der Wurstsorten, bestreitet aber, daß die Wurst für Sachsenberg minderwertig gewesen sei. Für die Kasernen habe man allerdings 5 Leberwurst fabriziert, die einen Grad schlechter war als die für Sachsenberg. — Vorf.: Kam nicht Rubeuter zwischen die Leber? — Zeuge Bild zögert mit der Aussage. — Vorf.: Es tut mir leid, daß Sie Ihre Geschäftsgeheimnisse über die Wurstfabrikation verheimlichen müssen, aber Sie müssen es doch wissen, da Sie selber Wurstmacher waren. Es soll Kalbfleisch, Rubeuter und so weiter in die Wurst hineingekommen sein. — Zeuge: Wir Schlächter nennen es meistens

Abfall

Kommt gewöhnlich in die Kasernenwurst.

Vorf.: Aber auch in die zweite Sorte für Sachsenberg? — Zeuge: Wohl nur selten. Zeuge gibt weiter zu, daß die erste Sorte Wurst für Sachsenberg sich auch von der ersten Sorte Bodenmettwurst unterschieden habe. — Vorf.: Wie ist das mit der beschädigten Wurst? — Zeuge: Die wurde im Wurstkessel verbrannt. — Vorf.: Aber ein Teil ist auch nach Sachsenberg gekommen? — Zeuge: Dann ist sie auch gut gewesen. — Staatsanwalt: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Aussage dieses Zeugen in schroffem Widerspruch steht zu der Aussage des Zeugen Abhagen. — Vorf.: Zeuge Bild, ich erkenne ja an, daß Sie in einer schwierigen Lage sind, Ihre Geschäftsgeheimnisse offenbaren zu müssen; aber wir müssen hier doch die Wahrheit feststellen. — Zeuge Bild bestätigt dann zögernd die Richtigkeit der Angabe des Zeugen Abhagen, daß die zweite Sorte Wurst für Kasernen Schweinefleisch enthielt. — Zeuge Rettig war früher bei dem Angeklagten Bild als Geselle beschäftigt. Er bekundet: Weil der Angeklagte Schulze so viel zu Bild hin kam, habe er sich gedacht, daß Schulze Vorteile von Bild dafür genieße, daß Bild die Lieferungen für Sachsenberg habe. Wurst wurde im Ladengeschäft wenig verkauft, sie wurde hauptsächlich für Sachsenberg und für die Kasernen gemacht. — Zeuge Poppel, früher Schlächtergehilfe bei Bild, ist kommissarisch vernommen worden. Er bekundet, daß die zweite Sorte Leberwurst sehr wenig Leber enthielt. Das Fleisch, das nach Sachsenberg geliefert wurde, enthielt immer sehr viel Knochen. — Ein weiterer kommissarisch vernommener Zeuge, der früher in dem Bildschen Geschäft tätig war, bekundet, daß öfter Klagen über zu viel Knochen eingegangen seien; das Fleisch sei auch oft zurückgeliefert worden. Die Verhandlung wird auf morgen, Dienstag, vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Dähen und Esel.

Eine Angelegenheit, die in den Kreisen Angestellter der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ viel Staub aufgewirbelt hat, beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht in einer Privatklage des Ingenieurs Koppe gegen den Direktor der A. E. G. Hirschberg. Die Angestellten der A. E. G. hatten in einer Petition um eine ansehnliche, in den Löhnenverhältnissen begründete gleichmäßige Aufbesserung aller Gehälter gebeten. Die Petition trug die Unterschrift „Das Komitee“ und als Anhang die Namen der 214 Personen, deren Unterschriften gemeldet worden waren. Die Petition wurde von der Generaldirektion abschlägig beschieden. Am 4. Dezember verlas der Direktor Hirschberg in einer Konferenz mit 17 Abteilungs-Vorstehern den abendenden Bescheid der Generaldirektion und soll, wie behauptet wird, in einigen daran geknüpften Bemerkungen die Unterzeichner der Petition „Dähen und Esel“ genannt haben. Daraufhin hat Herr K. als Unterzeichner der Petition die Privatklage angestrengt. — Im gestrigen Termin vertritt Rechtsanwält Dr. Bräutigam als Verteidiger des Angeklagten, daß sich der Vorgang in der behaupteten Weise abgepielt habe. Nach seiner Darstellung habe Direktor Hirschberg darauf hingewiesen, daß die ganze Art der Aufmachung der Petition, unter welcher nur ein namenloses Komitee gestanden, Unwillen erregen müßte. Er habe dann gefragt, wer denn das Komitee sei? und als darauf keine Antwort gegeben werden konnte, habe er sich dahin geäußert: „Da könnten ja am Ende die Angestellten auch eine Petition unterzeichnen, die von einem aus Dähen und Esel bestehenden Komitee ausginge.“ Dieser Darstellung des Vorganges traten sieben vernommene Zeugen bei, die fast sämtlich noch bei der A. E. G. beschäftigt sind. — Rechtsanwält Weinberg als Ver-

treter des Klägers hatte dem gegenüber sich auf die Bekundungen von drei anderen Zeugen berufen, die durch ein Versehen des Gerichts nicht geladen worden waren. Der Anwalt erklärte, daß bei dem großen Aufsehen, den diese Angelegenheit erregt hat, er eine gründliche Aufklärung für angebracht halte und deshalb auf Vernehmung dieser drei Zeugen nicht verzichten könne, zumal deren Ladung schon beschlossen war. Das Gericht gab dem Antrage statt und vertagte deshalb die Verhandlung.

Gemeine Rohheit.

Der rohe Rauehalt eines Mädchenjägers unterlag gestern der Prüfung der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der 42 Jahre alte Metallschleifer Johann Eisenbein hatte vor sieben Jahren in einer Fabrik die damals 18jährige Anna Rose kennen gelernt und mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis angeknüpft, obgleich er verheiratet und Familienvater ist. Dem Mädchen hatte er diese Lausage verschwiegen und war mit ihr Jahr aus Jahr ein „gegangen“. Er ist schon einmal zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer erregten Szene seine Geliebte so derb am Ohre gezaust hatte, daß der Ohrzypfel vom Ohrring halb zerrissen wurde. Das Mädchen verzicht ihm aber diesen Ergeß und legte auf seine Witten das Liebesverhältnis fort, bis sie schließlich dahinter kam, daß der Angeklagte sie schamlos hinter das Licht geführt hatte und sie gar nicht heiraten kann, weil er eben schon verheiratet ist. Sie brach nun jeden Verkehr mit dem Angeklagten ab. Dieser wollte sich hiermit aber nicht zufrieden geben. Als er das Mädchen Ende März auf dem Dönhofsplatz traf, erinnerte er sie daran, daß am ersten Osterfesttage sein Geburtstag sei. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß sie zur Feier dieses Tages mit ihm einen Ausflug machen werde und fügte die Drohung hinzu, daß er sich bitter an ihr rächen würde, wenn sie zum Rendezvous nicht kommen sollte. Er wartete aber am ersten Feiertage vergeblich auf das Mädchen. Das Unglück wollte es, daß er ihr am zweiten Ostertagnachmittags in der Nähe des Rixdorfer Bahnhofes in der Bergstraße begegnete. Er hatte eine kurze Auseinandersetzung mit ihr, dann wurden Passanten durch das einleitliche Geschrei des Mädchens herbeigelockt und sahen, daß der Unmensche seine Drohung wahr gemacht hatte: Er hatte das Mädchen plötzlich umschlungen und ihr ein Stück aus dem linken Ohr herausgedrückt! Das blutende und in Schmerzen sich windende Mädchen wurde noch dem städtischen Krankenhaus gebracht, den bishigen Liebhaber aber übergeben die herbeigeeilten Passanten, nachdem sie ihm ihre Empörung in sehr fälsbarer Weise zu erkennen gegeben, einem Schutzmänn. Vor Gericht kam es auf die Feststellung an, ob die Verletzung in erheblicher Weise dauernd entstellend sei, so daß § 224 des Strafgesetzbuches Anwendung finden müsse. Der Staatsanwalt bejahte diese Frage und beantragte ein Jahr drei Monate Gefängnis. Das Gericht war gegenteiliger Ansicht und verurteilte den rohen Menschen nur zu sechs Monaten Gefängnis.

Ein gefährlicher Raubschwindler.

Der seinerzeit auf Requisition der Berliner Kriminalpolizei von der russischen Behörde in Polajewo verhaftet wurde, mußte sich gestern in der Person des Wäckergehilfen Theodor Hagel vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Anfangs April d. J. erschienen in mehreren sogenannten „unparteiischen“ und in bürgerlichen Berliner Zeitungen Inserate, in denen ein „Internationales Reisebüro“ junge Leute als Reisebegleiter für eine Expedition quer durch Afrika suchte. Meldungen mit Originalzeugnissen und Konton „in beliebiger Höhe“ sollten an den „Expeditionsleiter Georg v. Schönere“ nach Polajewo gesandt werden. Es meldeten sich eine große Anzahl reisefähiger junger Leute. Außer diesen Annoncen erblieben eine Anzahl junger Leute direkte Zuschriften, in denen sie in verlockendster Weise für eine Afrikaexpedition geworben wurden. Auch in diesen Schreiben wurde um Uebernahme einer Konton „in beliebiger Höhe“ an den Freiherrn Georg v. Schönere nach Polajewo ersucht. Um die gleiche Zeit wurden von Breslau aus zahlreiche Zuschriften an verschiedene Personen gesandt, in denen angeblich vom Internationalen Reisebüro von Meyer u. Kroll unter den günstigsten Bedingungen junge Leute als Reisebegleiter gesucht wurden. Es meldeten sich über 100 Personen, denen dann ein Fragebogen zugesandt wurde, auf dem sie ihren Lebenslauf angeben sollten. In mehreren Fällen hatten sie an den angeblichen Expeditionsleiter kleine Geldbeträge als angebliche Kontonen eingesandt und keinerlei Antwort erhalten. Kummre schritt die Berliner Kriminalpolizei ein, um dem Treiben des Raubschwindlers ein Ende zu bereiten. Die Polizeibehörde in Polajewo wurde telegraphisch benachrichtigt und um Festnahme des Herrn v. Schönere ersucht. In Polajewo war jedoch sonderbarerweise nichts von einem Herrn dieses Namens bekannt. Erst am 16. April traf dort ein Herr v. Schönere ein, der sich sofort auf die Post begab, um für ihn eingegangene Briefe in Empfang zu nehmen. In dem Augenblick, als der Herr Expeditionsleiter den Abend-Schnellzug besteigen wollte, wurde er von dem Disziplinskommissar Engelmann verhaftet. Der festgenommene behauptete anfänglich hartnäckig Georg v. Schönere zu heißen; später gab er jedoch gänzlich kleinlaut zu, der Wäckergehilfe Theodor Hagel zu sein, der sein ehrliches Handverkö an den Raub geliebt hatte, um es mit einem kleinen Raubschwindler zu verjagen. Nachdem Hagel an Deutschland ausgeliefert worden war, wurde gegen ihn Klage wegen verübten und vollendeten Betruges erhoben. Vor Gericht legte der Angeklagte ein offenes und reumütiges Geständnis ab. Mit Rücksicht hierauf erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß nur auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Ein Stiefbruder ist ein Bruder im Sinne der Gemeindeordnungen.

In Heringingen war Hiesbeck zum Gemeindevertreter gewählt worden. Seine Wahl wurde vom Bezirksauschuss Krsberg für ungültig erklärt, weil bereits ein Halbbruder von ihm Mitglied der Gemeindevertretung ist. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Mit dem Bezirksauschuss ging es davon aus, daß in der weisfälligen Landgemeindeordnung (wie in anderen preussischen Gemeindevertretungen) bestimmt ist, daß Brüder nicht gleichzeitig der Gemeindevertretung angehören dürfen. Auch der Halbbruder Stiefbruder falle unter diese Bestimmung.

Briefkasten der Expedition.

Otto Kaden, Regell. Wir bitten um genaue Angabe Ihrer Adresse, damit wir das Gewünschte übermitteln können.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1907, morgens 8 Ubr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. N., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. N.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Juni 1907. Etwas wärmer, zunächst meist heiter bei mäßigen nördlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 11. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Salome. Aufg. 8 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.  
Neues Kgl. Opernhaus. Die Geisha.

Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Perichons Reise.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Schmuggler.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Drei Paar Schuhe.  
Kleines. Frank Bedelind. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Neues. Die Conditieri.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Reichens. Haben Sie nichts zu verkaufen?  
Ensemble. Die Welt ohne Männer.

Thalia. Charles Lante.  
Luise. Das Kästlein am Neckar.  
Bernhard Hofe. Der große Unbekannte.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten.  
Apollo. Der lustige Witwe. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Tantenstraße 18/19.  
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Conditieri.**  
Mittwoch und folgende Tage:  
**Die Conditieri.**

**Kleines Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Gastspiel Frank Wedekind.  
Morgen und folgende Tage:  
Gastspiel Frank Wedekind.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Haben Sie nichts zu verkaufen?**  
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und B. Beder.

**Lustspielhaus.**  
8 Uhr: Wiener Ensemble - Gesellschaft:  
**Die Welt ohne Männer.**  
Bepi Gädner als Goh.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Kästlein am Neckar**  
und folgende Tage.  
Sonntag, den 9. Juni, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Nummer auf Nummer!**  
**Schlager**  
auf  
**Schlager!**  
Das neue Juni-Programm.  
14 Attraktionen 14.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Koth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang Donnerstags 8 1/2 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant  
**Militär-Konzert.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Schmuggler.**  
Romödie in 4 Akten v. Arthur Dinter.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Schmuggler.**  
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:  
**Die Schmuggler.**

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
Sonnerpreise.

**WINTER GARTEN**  
La Tortajada.

**Neues Programm.**  
**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Francin Josette - meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

**Apollo Theater**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Ganz Berlin amüsiert sich über  
**Hartstein**  
und seine Burleske:  
**Der lustige Witwe.**  
1. Bild: Das letzte Mal.  
2. Bild: Die Folgen davon.  
Doch 8 Uhr: Glänzende Spezialitäten.

**Walhalla-Variété-Garten**  
Reichenbergerweg 19/21, Koenig. 1. Ort.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
**Promenaden-Konzert.**  
Anf. 8 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.  
Bei ungünstigen Wetter  
Vorstellung im Theater 8 Uhr.  
Kleine Sommerpreise.

**Brunnen-Theater**  
Bodestraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
10 Attraktionen ersten Ranges 10.  
**Arthur Wolff.**  
D'Elbow. - Rämblor Comp.  
Der Geisterpakt im Gefängnis.  
Bantomime der Moksachytruppe.  
Im Flug durch die Welt.  
Aushaltungs-Vollstück in 6 Bildern.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.  
Im Saale: **Großer Ball.**  
Billetverkauf von 10-11 Uhr an  
der Theaterkasse.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Gartenstraße 13/15.  
Kunstliche Leitung: Paul Milbitz.  
**Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
**Die beliebtesten Kinderfeste.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 10.  
Berlin bei Nacht.  
Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern.  
Dazu das neue Spezialitäten-Programm.  
Anf. 7 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.  
An Vorbereitung: Berlin, wie es baut und frucht.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76-79.  
Direkt. a. d. Ringbahnstation. Sequente Jahrgelgenheit u. allen Stadtheil.  
**Ob schön! Täglich: Ob Regen!**  
Im herrlichen Garten oder großen Saal:  
**Die größte Sensation der Gegenwart:**  
**3 Röhre Todesfahrt im drehbaren Globus.**  
Ganz Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleiße, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. - Blockwagn, phänomenale Kunstfahrtruppe. - Alfred Mourdin, der unerschütterliche Luftschifferkönig.  
Dazu das neue und beste Programm Berlin.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

**Paul Litfins Restaurant u. Festsäle**  
Am VII Nr. 1075.  
Memelerstraße 67.  
Saal mit Bühne und Nebensaal, 500 Personen, kleiner Saal mit Parkettboden, 120 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Pianino stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind auch Sonntags und Sonntags im Herbst und Winter zu vergeben.  
Um gütigen Zuspruch bittet **Paul Litfin.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.**

**ZOOLOGISCHER ZGARTEN**  
Täglich nachm. 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Zirkus Reiffarth.**  
O. Memelstr., Comeniusplatz.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
Moderne Dressuren edelster Schul- und Freizeitsportler.  
Billige Eintrittspreise.  
Neues Programm  
erstklassiger Spezialitäten.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Str. Franziskanerstr. 132.  
Dienstag, den 11. Juni:  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Garten:  
Theater- und Spezialitäten-Vorst.  
**Paul Corradini.**  
Sperre 50 Pf. Entree 50 Pf.  
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:  
**Der große Unbekannte.**  
Sonnerpreise.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Jeden Dienstag:  
**Willy Walde-Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Bei gutem Wetter Vorst. im Garten.

**Belle-Alliance-Garten**  
Herrlicher Sommergarten Berlin.  
Weltberühmte Illumination.  
Vollständig neue Anlagen.  
Täglich:  
**Elite-Variété-Vorstellung**  
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

**Neue Welt**  
Hasonstraße 108-114.  
- Im Kongergarten: -  
Täglich: **Großes Konzert.**  
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag:  
**Militär-Konzert.**  
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:  
**Theiß-Orchester.**  
Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.  
Im Theatergarten:  
Täglich: **Großes Konzert**  
des Neue Welt-Orchesters und  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.  
Jeden Mittwoch **Kinderfest.**  
Jeden Donnerstag **Elite-Tag.**

**Prater-Theater.**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Flotte Weiber**  
Spezialitäten 1. Ranges.  
Konzert und Ball.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
**Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.**  
Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, bei Januskiewicz, Melchiorstr. 15:  
**Hußerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
34/14  
Berichterstattung über die stattgefundenen Verhandlungen u. unsere Stellungnahme dazu.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Dachdecker-Hilfsarbeiter Pflicht.  
**Die Tariskommission.**

**Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**  
Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.  
Melchiorstraße 28.  
Donnerstag, den 13. Juni 1907, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
125/8  
1. Beitragserhöhung.  
2. Wahl eines Hausverwalters (Erfahrung).  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch  
**Die Ortsverwaltung.**

**Volksgarten-Theater.**  
Bad-Beckstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Belferstraße.  
**Das Bild der Mutter**  
oder **Berliner Zimmerleute.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.  
Hierzu:  
**Das neue Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen. X. Großer Ball.

**Sanssouci, Kottbusser Straße 6.**  
Direktion Wilhelm Kolmer.  
**Der Garten-Idyllen.**  
Sonnt. Konz. Donnerst. Hoffmanns Nordl. Sänger u. Tanzkränzchen.  
Sitzes neues aktuelles Programm.  
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 1/2.  
Für nächste Saison sind sämtl. Sonnab. bereits besetzt. Noch einige Mittwoch-Abende sind frei.

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Otto Pritzkow**  
Münzstraße 16.  
**Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender Photographien.  
Täglich Eingang von Neuheiten.  
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

**Fröbels Allerlei-Theater**  
(früher Puhmann)  
Schönhauener Allee 148 und Kastanien-Allee 97/99.  
Heute sowie täglich:  
Durchschlagender Erfolg des **Riesen-Juni-Programms.**  
Nur noch bis Sonntagabend:  
**Geniebet das Leben.**  
Cory u. Rotté. + Renoth u. Huber. Mary Ellis. + Hermann Milardo.  
Im Riesensaal: **Großer Ball.**  
Morgen Mittwoch: **Elite-Tag.**  
Am Donnerstag, 13. Juni: **Drittes großes Kinderfest.**  
Ab 16. Juni: **Karl Braun als: Scharlach-Polmel.**

**Schweizergarten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Strahendahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten. Kinematograph und Ball.**  
Freier Damentanz.  
Kofana 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 19. Telefon: Amt IV, Nr. 10 023.  
Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:  
**Versammlung**  
aller in Drechslerereien, Treppengeländer- und Luxurmöbel-Betrieben beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Abschluß des Vertrages in der Holzindustrie und die Berichterstattung des Reich-Tungarischen Gewerkschafts.  
2. Disposition.  
NB. Die Mitglieder des Gewerkschafts haben Zutritt. Der Vorstand des Verbandes ist zu der Versammlung eingeladen.  
**Die Kommission.**

**Branche der Vergolder.**  
Donnerstag, den 13. Juni cr., abends präzis 8 Uhr, in Dietrich-Dehnen (Bah. Busch), Drebbenerstraße 116:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Jede Werkstatt muß vertreten sein; gleichfalls ist das Erscheinen der Branchenkommmissionsmitglieder erwünscht.  
**Der Branchenleiter.**

**Zentralverband der Dachdecker**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, bei Wille, Brunnstraße 138:  
**Versammlung**  
Bericht der Lohnkommission über die letzten Verhandlungen mit den Unternehmern. - Mitgliederbuch legitimiert.  
54/16

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin.)  
**Bezirksversammlungen:**  
Bezirk 1. Donnerstag, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Pielcke, Waldstr. 8.  
" 2. Freitag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Mothes, Fustienstr. 40.  
" 3. Freitag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Mertens, Pappel-Allee 25.  
" 4. Donnerstag, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Merkowsky, Hindenburgstr. 26.  
" 5. Donnerstag, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Heller, Brandenburgerstr. 103.  
" 6. Freitag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Radtke, Neue Jakobstr. 1-3.  
Die Kollegen werden ersucht, beim Bezugs der Beiträge das Mitgliederbuch dem Bezirkskassierer vorzulegen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W., Goltzstraße 9.  
Ob Regen, ob Sonnenschein  
Das neue großartige **Juni-Programm.**  
u. Hanny Saprice, Jugend-Terrorand. a. Grete Kaszow, Soubrette. Willy Schönborg, Humorist.  
?? Greifenberger Prolongierte ??  
und die anderen Spezialitäten.  
Zum Schluss die ultimative Woffe: **Die Ragen in der Veräde** oder: Ein verunglücktes Stehdielchen.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Herrn- u. Knaben-Konfektion!**  
Nach nunmehr erfolgtem Wählung unserer neuen Vorstände fordern wir die Berufskollegen auf, sich streng an die Abmachungen zu halten und die Firmen zu meiden, die sich dem Zweck nicht unterwerfen wollen. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Freitag bei Orskov, Neue Friedrichstr. 35, statt, und erlauben wir auch die noch fernstehenden Kollegen zu erscheinen.  
**Verband deutscher Schneider.**  
Filiale Berlin.  
**Mitgliedschaft II**  
(Schneider und Aufschneiderinnen). Nähere Auskunft beliebt.



- |  |  |   |  |  |   |
|--|--|---|--|--|---|
| <p><b>Rixdorf.</b><br/>         Werstr. 3, Bersele.<br/>         46, Reddt.<br/>         Bergstr. 12, Danke.<br/>         84, Schenck.<br/>         Berlinerstr. 10/17, Schibgill.<br/>         20, Polgilländer.<br/>         86, D. Danke.<br/>         Bodestr. 16, Beyer.<br/>         31, Loh.<br/>         Ederstr. 1/2, D. Danke.<br/>         6, Kirchhölzer.<br/>         15/16, Lunkwitz.<br/>         Emserstr. 78, Adm.<br/>         Erlangerstr. 8, Wehleder.<br/>         Fallstr. 1, Bäckerei-Genossenschaft<br/>         Berlin.<br/>         Fallstr. 25/26, Bersele.<br/>         Friedelstr. 3, Warmul.<br/>         Gialowstr. 32, Kunz.<br/>         Heibelbergerstr. 76, D. Danke.<br/>         Herdastraße, Hülmer.<br/>         Hermannstr. 19, Bäckerei-Genossen-<br/>         schaft Rixdorf.<br/>         Hermannstr. 28, Merlens.<br/>         Hermannstr. 159a, Hagen.<br/>         54, Lidebrand.<br/>         118, Bartisch.<br/>         170, Thaler.<br/>         178, Koczaneck.<br/>         231, Karl.<br/>         Herrfurthstr. 28, Brur.<br/>         34, D. Danke.<br/>         7, Bäckerei-Genossen-<br/>         schaft Rixdorf.</p> | <p>Herrfurthplatz 10, Schmutz.<br/>         Hoberstr. 71, Brode.<br/>         Hohenjollenplatz 6, D. Danke.<br/>         11, Balzer.<br/>         Jannstr. 30, Krause.<br/>         Jannstr. 7, Hea.<br/>         11, Bäckerei-Gen. „Berlin“.<br/>         Jägerstr. 63, Rommer.<br/>         Jannstr. 7, Brien.<br/>         Neue Jannstr. 33, Puhl.<br/>         Marktgartenstr. 19, Bonnoch.<br/>         Kaiser Friedrichstr. 25, Barisch.<br/>         94, Schmidt.<br/>         94, Schmidt.<br/>         245, D. Danke.<br/>         Knefelerstr. 33, Gallert.<br/>         38, Boll.<br/>         41, Belsig.<br/>         68, Richter.<br/>         146, Dymowski.<br/>         Kopsstr. 38, Bäckerei-Genossenschaft<br/>         Rixdorf.<br/>         Kopsstr. 45, Hoppe.<br/>         Kottbuser Damm 103, D. Danke.<br/>         Köpenicker Ufer 72, Müller.<br/>         Kessingstr. 34, Bersele.<br/>         Mahlowstr. 6, Bartisch.<br/>         Rainzerstr. 15/16, Brunerl.<br/>         66, Dähler.<br/>         Münchenerstr. 15, Böcker.<br/>         25/26, Bäckerei-Genossen-<br/>         schaft Rixdorf.<br/>         Münchenerstr. 44, Weigelt.<br/>         Ranfenerstr. 33, Sekul.<br/>         Riemerstr. 10, Bach.<br/>         Rogatzstr. 32, Griebel.</p> | <p>Yannierstr. 4, Niemer.<br/>         13, Reichstemmlich.<br/>         20, Kunter.<br/>         27, Moscher.<br/>         34, Spura.<br/>         67, D. Danke.<br/>         Wälderstr. 70/71, Linient.<br/>         Prinz Handjerystr. 58, Bartisch.<br/>         70, Schmidt.<br/>         Reuterstr. 33, Splettstöger.<br/>         76, Böbel.<br/>         94, Lehmann.<br/>         Richardstr. 23, Ehrentraut.<br/>         63, Lüdke.<br/>         Selchowerstr. 9, Bäckerei-Genossen-<br/>         schaft Rixdorf.<br/>         Selchowerstr. 23/24, Grünhagen.<br/>         Siegfriedstr. 48, Vintler.<br/>         Steinmehstr. 34, D. Danke.<br/>         39, Zentleben.<br/>         46, Bersele.<br/>         121, Köppl.<br/>         129, Bäckerei-Genossen-<br/>         schaft Berlin.<br/>         Thomaststr. 37, Rehrig.<br/>         Thuringerstr. 7, Bartisch.<br/>         18, Klein.<br/>         Watzstr. 9, Giesler.<br/>         15, Jannemühl.<br/>         Watzstr. 13, Hagemann.<br/>         31, Schwarz.<br/>         55, Reichstemmlich.<br/>         60, Gassenhauer.<br/>         Watzstr. 2, Bäckerei-Genossenschaft<br/>         Rixdorf.</p> | <p>Watzstr. 24, Bäckerei-Genossenschaft<br/>         Berlin.<br/>         Watzstr. 28, Winde.<br/>         73/74, Boll.<br/>         Watzstr. 47, Dieb.<br/>         188, Witzel.<br/>         Wielandstr. 27, Reich.<br/>         Wilmannstr. 7, Kroßer.<br/>         29, Krüger.<br/>         Witzelstr. 20, Bäckerei-Genossenschaft<br/>         Rixdorf.<br/>         Witzelstr. 41, Wegner.<br/> <b>Rudow.</b><br/>         Adpeniderstr. 84, Weigl.<br/> <b>Rummelsburg.</b><br/>         Neue Bohndorferstr. 27, Janisch.<br/>         Türschmidtstr. 38, Peter.<br/> <b>Schöneberg.</b><br/>         Barbarossastr. 67, Weigl.<br/>         Belzigerstr. 61, Kernchen.<br/>         Ebersstr. 42, Reig.<br/>         Eilenacherstr. 63, Raßler.<br/>         Erdmannstr. 5, Kulinski.<br/>         Frontenstr. 2, E. Danke.<br/>         Gustav Müllerstr. 35, Schmidt.<br/>         48, Bed.<br/>         Hoffhäuserstr. 2, Paul.<br/>         Rosendorferstr. 40, Danke.<br/>         Sedanstr. 19, Sieud.<br/> <b>Selchow.</b><br/>         E. Schulze.</p> | <p><b>Spandau.</b><br/>         Kichenbachstr. 8, Bahl.<br/> <b>Steglitz.</b><br/>         Birkenstr. 84, Giesemann.<br/> <b>Stolpe.</b><br/>         Gullshorn.<br/> <b>Tegel.</b><br/>         Brunowstr. 41, Rothert.<br/>         Egelstr. 99, Rader.<br/>         Schleppestr. 59, Schwanz.<br/>         67, König.<br/>         Schloßstr. 27, Peterjohn.<br/>         Schulstr. 1, Gimmik.<br/> <b>Treptow.</b><br/>         Beermannstr. 6, Nied.<br/>         Eilenstr. 38, Giedle.<br/>         Kiepolstr. 33/34, Welfer.<br/> <b>Stralau.</b><br/>         Alt-Stralau 49, Hartung.<br/> <b>Wehensee.</b><br/>         Berlinerstr. 57, Davenburg.<br/>         Charlottenburgerstr. 76, Hoffmann.<br/>         78, R. Wid.<br/>         79, Schabwinkel.<br/>         98, Emil Engel.<br/>         Fallenbergstr. 146, Frösch.<br/>         Jeltmannstr. 164, Arien.</p> | <p>Herrfurthstr. 1, Roth.<br/>         Kriegerstr. 23, Thiele.<br/>         Generalstr. 12, Müller.<br/>         Gabelstr. 60, Wiltz Engel.<br/>         Heinerdorferweg 24, Robert Engel.<br/>         49, Hoffmann.<br/>         49, Kislowski.<br/>         56, Van.<br/>         König-Charsee 72, Hoffmann.<br/>         Langhausstr. 75, Rauber.<br/>         Lehderstr. 1, Hoffmann.<br/>         119, Kint.<br/>         Polkingenstr. 35, Hoffmann.<br/>         Viktorstr. 8, Raßner.<br/>         Radestr. 127, Hoffmann.<br/>         Wilhelmstr. 23, Drenos.<br/>         39, Schwarz.<br/> <b>Waltersdorf.</b><br/>         O. Sparr.<br/> <b>Wilhelmsruh.</b><br/>         Edelweißstr. 11, Lude.<br/> <b>Wilmerdorf.</b><br/>         Brandenburgischestr. 9/10, Zannet.<br/>         Sigmaringenstr. 8, Groß.<br/> <b>Wittenau.</b><br/>         Arltstr. 74, D. Richter.<br/> <b>Zehlendorf.</b><br/>         Berlinerstr. 6a, Haesler.</p> |
|--|--|---|--|--|---|

Der Brotfabrikant Heinrich Wittler, Müllerstr. 33/34, hat die Unterschrift der Bewilligung, die sein Bruder gegeben hatte, zurückgezogen, dann hat er ebenfalls versucht einzelne ältere Kollegen als Streikbrecher zu kaufen, um alle übrigen, teils lange Jahre bei ihm tätige Familienväter aufs Straßenpflaster zu werfen, was natürlich ebenfalls mißlang. Die hierauf angebahnten friedlichen Verhandlungen, an denen außer den Arbeitern noch Werner vom Transportarbeiter-Verband und Hekshold vom Bäcker-Verband teilnahmen, scheiterten, weil der reichgewordene Wittler kurz und schroff den Arbeitern mit folgenden Worten die Türe wies: „Wem's nicht paßt, der geht und mit den Verbänden überhaupt will ich in Zukunft nicht mehr zu tun haben!“ Wittler ist mit Obermeister Schmidt und Liebig-Reinickendorf in der Leitung der Großbetriebsvereinigung, daher die Scharfmacherstellung. — Die Verbandsmitglieder haben darauf einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die Blottnersche Großbäckerei hat ihre Bewilligung in der hinterhältigsten Weise durchbrochen, sogar die Arbeiter noch verhöhnt. Die Verbandsmitglieder, denen die Firma sogar einen Judaslohn von 20 Mark für Streikbruch anzubieten wagte, haben hierauf einmütig die Arbeit niedergelegt, worauf Herr Blottner versuchte, Arbeitswillige durch die Innungen und seinen Freund, den bekannten Kommissionär Knuth, Krautstr. 33, der den Gefellen 3—10 Mark und mehr für jede elende Arbeit abnimmt, einzustellen.

Durch den Hefe-Terrorismus der Bäcker-Innungen waren, nur um am Sonnabendabend Hefe zu erlangen, 25 Bäckermeister gezwungen worden, im Innungshaus, Chausseest. 110, die Zurückziehung der Bewilligung der Gefellenforderungen zu unterschreiben. Der größte Teil davon hat aber sofort in derselben Nacht oder am anderen Tage der Streikleitung erklärt, daß die Unterschrift bei der Innung nur eine unter den Umständen erzwungene und daher ungültige sei. Nach Recherche durch die Streikleitung haben folgende Bäckerei-Inhaber erklärt, daß sie die

### Bewilligung zurückziehen:

- |  |                                       |   |   |
|--|---------------------------------------|---|---|
| <b>Ernst Barth</b> , Drontheimerstr. 13. | <b>Schön</b> , Mühlenstr. 51.         | <b>H. Eder</b> , Anklamstr. 57.         | <b>Ferd. Suslat</b> , Rixdorf, Fallstr. 21.   |
| <b>Otto Mörhe</b> , Rostizstr. 49.       | <b>F. Dähne</b> , Stralauer Allee 23. | <b>J. Gößwein</b> , Altensteinerstr. 9. | <b>F. Lorenz</b> , Rixdorf, Steinmehstr. 131. |

Wir bitten das verehrliche Publikum, diese Namen in dem am Sonntag erschienenen Flugblatt zu streichen.  
**Achtung, Kirchhofbesucher von Nordend!** Den Kirchhofbesuchern von Nordend teilen wir mit, daß die Bäckerei und Café von Adam, Nordend, gesperrt ist. Adam weigert sich hartnäckig, die Forderungen des Verbandes zu bewilligen.  
 Ferner bitten wir zu beachten, daß die Inhaber der Cafés **Holland**, Beuthstr. 19; **Schild**, Blumenstraße; **Ritter**, Kopsstr. 2, Brot und Backwaren aus unbewilligten Bäckereien beziehen. **Meier**, Dresdenerstr. 128, bezieht schon seit 2. Juni aus bewilligten Bäckereien und bitten dies zu berücksichtigen.  
 Dem Milchhändler **Münchhagen**, Pappel-Allee 58, ist das Plakat von uns entzogen. Die Milchgeschäfte von **Förster**, Zwinglstr. 14, und **Häntschel**, Dichtenberg, Gürtelstraße 7, haben Plakate, beziehen aber aus unbewilligten Bäckereien; unseren Kontrollleuten wurde die Tür gewiesen, als sie die Plakate abholen wollten.  
 Die Bäckermeister suchen in vielen Fällen das laufende Publikum über unsere Forderungen zu täuschen. So hat im Norden ein Meister wehmütig zu einer Arbeiterfrau erklärt, wir wollten, daß vom Sonnabend zu Sonntag nicht gearbeitet würde, also der Betrieb ruhen müsse. Das ist Schwindel. Das ist Schwindel.  
 Wichtig ist, daß wir den Ruhetag nicht an einem bestimmten Tage fordern, sondern abwechselnd für die Gefellen an beliebigen Tagen, wie es der Betrieb verträgt.

## Mitbürger! Arbeiter! Hausfrauen!

Unterstützt die um **Erkämpfung ihrer Menschenrechte** streifenden Bäckergefelln.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo **keine bewilligt habende Bäckereien vorhanden** sind, an untenstehende

# Kundensammelstellen

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.  
 Die Streikleitung wird dafür sorgen, daß den sich Meldenden auf dem schnellsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird.  
 Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <p><b>C.</b><br/>         Hoehnow, Parochialstr. 36.<br/>         Arnold, Spittelmarkt 3.<br/>         G. Wallberg, Kaiser Wilhelmstr. 18 a.</p> <p><b>W.</b><br/>         N. Roh, Kirchbachstr. 16.<br/>         Schmidt, Schwerinstr. 12, Hof IV.<br/>         F. Lehmann, Großgörschenstr. 27.</p> <p><b>SW.</b><br/>         Günsel, Alte Jakobstr. 172, Hof I L<br/>         C. Metmer, Feilnerstr. 15.<br/>         Hermann Michaelis, Lankwitzstr. 5, Stfl. III<br/>         Bene, Wilhelmstr. 3, Quergebäude I.<br/>         Krumbel, Zimmerstr. 11.<br/>         R. Werner, Chlauerstraße 2.<br/>         C. Müller, Rostizstr. 56, IV.</p> <p><b>NW.</b><br/>         Gaedke, Calvinsstr. 6, linker Seitensflügel 1 Tr.</p> | <p>Petermann, Birkenstr. 28, Ecke Stephanstraße.<br/>         Eduard Nothe, Fleusburgerstr. 24.</p> <p><b>S.</b><br/>         G. Zieph, Camphausenstr. 5.</p> <p><b>NO.</b><br/>         Walter Sieber, Lippehnerstr. 24.</p> <p><b>O.</b><br/>         Hermann Varentin, Tilsiterstr. 81.</p> <p><b>N.</b><br/>         Otto Schellenberg, Weihenburgerstr. 57<br/> <small>(erhielt sich, den Kunden bogelottiertes Brot in N., O. und O. ins Haus zu bringen).</small><br/>         P. Schwemmer, Gaiestraße, Ecke Seestraße.</p> <p>Paul Dietrich, Friedenau, Lanterstr. 22 II.<br/>         Ender, Friedrichsberg, Kronprinzenstr. 17, Seitensflügel I.<br/>         Hartmann, Vohagen-Rummelsburg, Hofsteierstr. 11.<br/>         Ferdinand Krause, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 66.<br/>         Bühl, Dichtenberg, Pfarrstr. 74.<br/>         Thießen, Dichtenberg, Hagenstr. 56.</p> | <p>Knapp, Ober-Schöneweide, Wisonstr. 44.<br/>         Emil Witte, Pankow, Florastr. 45.<br/>         Gronau, Reinickendorf-West, Waldstr. 65.<br/>         Otto Wedermann, Steglitz, Fichtestr. 71, v. I.<br/>         Winkelmann, Steglitz, Schloßstr. 104, Hof II.<br/>         Gölzow, Steglitz, Niederlage, Forsterstr. 23.<br/>         Heidschmidt, Steglitz, Niederlage, Marksteinstr. 1.<br/>         Klein, Steglitz, Niederlage, Gerthastraße.<br/>         P. Barth, Tempelhof, Bornsiasstr. 8a.<br/>         August Jhrke, Weihensee, Straßburgstr. 27.<br/>         Widlitz, Wilmerdorf, Berlinerstr. 37.</p> <p>Ferner die Verkaufsstellen des Berliner Consum-Vereins:<br/>         Michaeliskirchplatz 4; Krautstr. 7; Zornborferstr. 61;<br/>         Liebigstr. 7; Kopernikusstr. 33; Rostockerstr. 35;<br/>         Gavelbergerstr. 6; Emdenerstr. 50; Erasmustr. 5;<br/>         Rummelsburg, Türschmidtstr. 6; Dichtenberg-Friedrichs-<br/>         berg, Frankfurter Chaussee 103; Kronprinzenstr. 1;<br/>         Stralauer Allee 20a.</p> |
|---|---|--|

Wo das Bedürfnis vorhanden, werden wir auf Wunsch weitere Sammelstellen einrichten. Bäckermeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streikbureau niederzulegen.  
 Falls bei der Lieferung im Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die verehrliche Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der Hartnäckigkeit unserer Gegner um **energische Ausdauer**.

### Die Streikleitung.

Zentral-Streikbureau: Sophien-Allee, Sophienstr. 17/18. — Telephonruf: Amt III Nr. 1248.

# Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## Ein Irrtum unserer Schulpolizei.

Zu dem bisherigen Polizei, das der Stadtgemeinde Berlin gehört und zu eigener Verwaltung überlassen worden ist, gehört die Schulpolizei, d. h. die dem Oberbürgermeister übertragene Befugnis, gegen die Eltern der noch schulpflichtigen, ohne genügenden Grund aus der Schule gebliebenen Kinder die Schulverfügung zu erzwingen und gegebenenfalls beim Polizeipräsidenten die erforderlichen Strafverfahren gegen die Eltern zu stellen. Die Schulbesuchskontrolle wird seit mehr als einem halben Jahrhundert ausgeführt durch die Schulkommissionen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind und aus Bürgern der betreffenden Bezirke zusammengesetzt werden. Allwöchentlich werden von den Direktoren der Gemeindeschulen die etwa zu verfolgenden Schulverhältnisse dem Vorsitz der zuständigen Schulkommission mitgeteilt, und von dort aus wird dann durch die einzelnen Kommissionsmitglieder recherchiert, ob die Verhältnisse hinreichend begründet werden können, oder ob Kinder widerrechtlich der Schule ferngeblieben sind bzw. ferngehalten worden sind. Nebenbei bemerkt: diese Schulbesuchskontrolle, die übrigens ähnlich schon vor Schaffung der Schulkommissionen bestand und damals von den Armenkommissionen mitbestimmt wurde, ist üblich nur gegenüber den Kindern der Gemeindeschule, der ehemaligen Armenschule, nicht auch der höheren Lehranstalten. Man hat geglaubt, durch Übertragung der Kontrolle an Kommissionen aus Bürgern der einzelnen Bezirke die Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs erfolgreich bekämpfen zu können, weil ja die Kommissionsmitglieder über die Verhältnisse der Bewohner ihres Bezirks sich am ehesten und besten unterrichten können. Diese Hoffnung hat sich im ganzen auch erfüllt. Im einzelnen aber kann man auf dem Gebiet der Schulbesuchskontrolle auch heute noch die merkwürdigsten Dinge erleben, weil es in unserer Millionenstadt immer schwerer wird, unter den rasch wechselnden Bewohnern tieferer Mietskategorien sich auszukennen — und weil es manchen Mitgliedern der Schulkommissionen an der erforderlichen Umsicht und noch an einigem anderen fehlt, was zur Ausfüllung eines solchen Postens nötig ist. Doch in dem Fall, über den wir hier zu berichten haben, handelt es sich nicht um Schulverhältnisse, die ungeändert geblieben wären, sondern um Abhandlung von Schulverhältnissen, die gar nicht stattgefunden hatten. Der Irrtum, der da von der städtischen Schulpolizei bzw. von ihren Hilfsorganen verhängt worden ist, wird im Hinblick auf die sehr bedenklichen Folgen, zu denen er am letzten Ende geführt hat, nicht mit der bequemsten Antwort abgetan werden dürfen: „Ein Versehen kann überall mal vorkommen“. Wir haben uns bemüht, durch persönliche Rücksprache mit dem Rektor der in Betracht kommenden Schule, mit dem Vorsitz-Stellvertreter der zuständigen Kommission, sowie mit den in der Schuldeputation sitzenden Stadträten Hirscher und Selberg die Ursache jenes Mißgriffes aufzuklären. Dabei haben wir überall ein bereitwilliges Entgegenkommen gefunden, doch sind wir hierdurch dem Ziel nicht um einen einzigen Schritt näher gerückt. Nunmehr wollen wir der Öffentlichkeit das Ergebnis unserer eigenen Ermittlungen darlegen.

Die Anfänge dieser sonderbaren Affäre reichen zurück bis in den Sommer 1906. In der 208. Gemeindeschule für Knaben, die auf dem Gesundbrunnen an der Goshenburger Straße liegt und vom Rektor Köhler geleitet wird, hatte damals ein Schüler namens Schmidt wiederholt den Unterricht ohne genügende Entschuldigung veräußert. Der Rektor erstattete die übliche Anzeige, und die Sache mußte nun zunächst durch die zuständige 148. Schulkommission untersucht werden. Der Vater des Knaben wohnte damals in der Prinzessallee. Die Recherche wurde, so scheint es, durch das Kommissionsmitglied Schmiedemeister Runge (Prinzessallee 7) ausgeführt. Wie sie ausgeführt worden ist, das entzieht sich unserer Kenntnis, da dieser Herr ebenso wie der Kommissionsvorsitzer gegenwärtig vertriebt ist und deshalb von uns nicht befragt werden konnte. Nur das steht fest, daß im Herbst 1906 eine der Strafverfügungen, die für den Vater des säumigen Knaben bestimmt waren, einem anderen Schmidt zugestellt wurde, der in demselben Hause der Prinzessallee gewohnt hatte. Beide Schmidt waren inzwischen aus diesem Hause verzogen; der richtige Schmidt, der den Vornamen August trägt und Schloffer ist, war auf dem Gesundbrunnen geblieben; der falsche Schmidt mit dem Vornamen Ernst, ein früherer Steinträger und jetziger Bauwächter, der als Arbeiter gemeldet ist, war nach der Putzmeisterstraße übergesiedelt. Diesem falschen Schmidt wurde die Strafverfügung nach seiner neuen Wohnung gesandt. Herr Ernst Schmidt kann uns heute, wo jene Dinge bereits um ziemlich drei Vierteljahr zurückliegen, keine ganz sichere Darstellung des Sachverhalts mehr geben. Er erzählt, eines Tages sei ihm jene Strafverfügung ins Haus gebracht worden. Aus ihr ersehe er, daß sein Sohn „laut Anzeige des Rektors Herrn Köhler ohne genügenden Grund der Schule ferngeblieben“ sein solle. Das überraschte ihn nicht wenig; denn sein jüngster Sohn war damals schon 32 Jahre alt und hatte selber bereits schulpflichtige Kinder. Er nahm die Verfügung und trug sie — so schildert er es uns — zum Postamt. Dort erklärte er, sein Sohn sei ja längst nicht mehr schulpflichtig, hier sei ein Irrtum passiert, und er ließ kurzerhand das Schriftstück auf dem Postamt zurück. Dieses Verfahren war verkehrt, gewiß; aber von einem einfachen und vielleicht auch etwas unbeholfenen Manne kann man nicht verlangen, daß er die Mittel kennt, mit denen er die Fehler der Bürokratie zu korrigieren und von sich selber die etwaigen Folgen abzumenden hat. Er erzählt weiter, nach einiger Zeit sei ihm dasselbe Schriftstück wieder ins Haus gebracht worden und gleichzeitig eine Vorladung zum Termin vor dem Amtsgericht. Nun befindet sich unter den Papieren, die der Sch. uns jetzt übergeben hat, zunächst eine Strafverfügung der „Städtischen Polizeiverwaltung, Abteilung III (Schulpolizei)“, datiert „12. Oktober 1906“, gezeichnet vom Stadtrat Selberg in ständiger Vertretung des Oberbürgermeisters. Die Adresse lautet: „An den Arbeiter Herrn Ernst Schmidt“, und die Wohnung Putzmeisterstraße ist richtig angegeben. Die Poststempel zeigen, daß der Brief am 30. November 1906 zwischen 1—2 Uhr zur Post gegeben und am 30. November 1906 zwischen 3—4 Uhr ausgetragen wurde. Unter der Briefmarke befindet sich noch ein Stempel des „Zentralbüros“ des Magistrats. Nach Entfernung der Marke präsentierte sich uns auf diesem Stempel gleichfalls das Datum „30. November 1906“. Sollen wir annehmen, daß eine Verfügung vom 12. Oktober erst am 30. November das Zentralbüro passiert habe? Oder bleibt nur die andere Annahme, daß dieses erst am 30. November abgegebene Schriftstück eine Wiederholung jener ersten Verfügung war, die der falsche Schmidt unter Protest an die Post zurückschickte? Wir haben behauptet? Das zweite Schriftstück, das uns vorliegt, ist die erwähnte Vorladung zum Termin, datiert „27. November 1906“, ausgegeben zufälligerweise gleichfalls am 30. November 1906 zwischen 1—2 Uhr, ausgetragen am 30. November 1906 zwischen 4—5 Uhr. Die Adresse lautet diesmal „An den Arbeiter — Schloffer — Herrn Ernst Schmidt“, und wieder ist die Wohnung Putzmeisterstraße richtig angegeben. Woher wußte die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Berlin-Mitte, daß der angebliche Schloffer Ernst Schmidt richtiger als Arbeiter zu bezeichnen sei? In dem Briefe wurde dem Empfänger mitgeteilt,

daß er in seiner Strafsache wegen Schulpolizei-Konvention auf den 18. Januar 1907 zur Hauptverhandlung geladen werde, nachdem er gegen die Strafverfügung vom 6. September 1906 auf gerichtliche Entscheidung angetragen habe, und daß als Zeuge der Rektor Köhler geladen worden sei. Sch. versichert, er selber habe gegen die Verfügung vom 12. Oktober nicht gerichtliche Entscheidung beantragt, und eine Verfügung vom 6. September sei ihm niemals zugegangen. War diese frühere Verfügung in die Hände des richtigen Sch. gelangt, und hatte der die gerichtliche Entscheidung beantragt? Der falsche Sch., der zum Termin geladen wurde, bekennt, er sei nicht zum Termin gegangen. Trotzdem wurde ihm am 25. Februar ein Urteil zugestellt, das am 18. Februar gefällt worden war und ihn wegen Schulpolizei-Übertretung zu 4 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft verurteilte. Die Adresse lautete jetzt wieder „An den Schlosser Herrn Ernst Schmidt“, wie immer mit Wohnungsangabe Putzmeisterstraße. Im Urteil war nahezu richtig angegeben, Ernst Schmidt sei geboren am 14. Februar 1852 (er selber hält den 13. Februar für seinen Geburtsdag) in Berlin. Der andere Sch. soll um 11 Jahre jünger sein. Ob der andere zum Termin am 18. Februar erschienen war, ist aus dem Urteil nicht zu ersehen. Wäre das aber der Fall gewesen, so ließe sich schwer begreifen, warum das Urteil ihn dann als „Ernst Sch.“, geboren am „14. Februar 1852“, bezeichnet. Verweigerung hat stattgefunden; sie kann nur bestanden haben in der Berechnung des Rektors Köhler. Das Urteil gegen den falschen Schmidt nimmt Bezug auf Schulverhältnisse vom 28. bis 29. Juni und 24. bis 25. August, während die dem falschen Schmidt zugegangene Strafverfügung Bezug genommen hatte auf Schulverhältnisse vom 27. bis 31. August und 3. bis 8. September. Auch gegen dieses Urteil unternahm Sch. zunächst nichts, da er den Ernst der Situation immer noch nicht recht erkannte. Am 13. April erhielt er dann eine vom 21. März datierte Kostenrechnung, die von ihm 4 M. Strafe, 4 M. Gerichtskosten, 50 Pf. Schreibgebühr und 20 Pf. Zeugengebühr (beträchtlich Straßengebühr) einforderte. Da Sch. nicht zahlen konnte, so wurde zur Vollstreckung der Haftstrafe geschritten. In der zweiten Hälfte des Mai wurde er eines Morgens, als er eben von seinem Nachdienst nach Hause zurückgekehrt war, von der Polizei aufgefordert, mal zur Wache zu kommen. Er ging hinüber und wurde sofort dabegehalten. Seine Versicherung, daß hier ein Irrtum vorliege, fand keinen Glauben. Es wäre zwar ein Leichtes gewesen, aus den Büchern des Polizeibüros festzustellen, daß Sch. seinen Sohn schulpflichtigen Alters hatte. Aber was ging das der Polizei an! Sch. wurde im grünen Wagen nach der Stadtvogtei gebracht und hat dort die zwei Tage absitzen müssen. Mitgefängene sagten einem Aufseher, daß hier ein Unschuldiger für einen anderen die Strafe verbüße. Doch auch das nützte nichts. Vor uns liegt die von der Stadtvogtei ausgestellte Bescheinigung, daß Sch. die Strafe tatsächlich verbüßt hat. Vor uns liegt ferner eine Bescheinigung des Poliers, der auf dem von Sch. zu bewachenden Bau die Leitung hatte. Darin wird erklärt, Sch. habe seine Stellung verloren, weil er am Abend nach seiner Verhaftung seine Nachtwache nicht antreten konnte und dann ein anderer Wächter eingeteilt werden mußte.

Wen trifft die Schuld an dieser Affäre und ihrem für Sch. so traurigen Ausgang? Man antworte uns nicht: Herrn Ernst Schmidt selber. Wie ist dieser Mann denn überhaupt in die Akten der Schulpolizei hineingeraten? Doch wahrlich nicht durch seine Schuld! Wir haben nicht auch noch den Chef der städtischen Polizeiverwaltung, Oberbürgermeister Rischner, um Auskunft bitten mögen, weil wir uns sagten, daß auch das uns nicht weiterbringen würde. Wir hoffen aber, daß nunmehr diese unsere Veröffentlichung ihm ein Anlaß sein wird, mit den in ihn zur Verfügung stehenden Mitteln eine Aufklärung zu versuchen, und daß das Ergebnis seiner Bemühungen bekannt gegeben werden wird. Sch. versichert übrigens, nach Feststellung seiner Zahlungsunfähigkeit sei noch „jemand von der Schulkommission“ zu ihm gekommen, dem er den Sachverhalt mitgeteilt habe. Uns ist es nicht gelungen, festzustellen, wer das gewesen sein kann. Manche der Einzelheiten, die wir hier mitgeteilt haben, werden vielleicht nicht ganz zutreffen. Wir sind es von unserer Berliner Gemeindeverwaltung gewohnt, daß in solchen Fällen auf die Unrichtigkeit nebensächlicher Angaben das Hauptgewicht gelegt wird. In dem vorliegenden Fall wollen wir uns, bitte, mit diesem unwürdigen Verfehlspiel versehen. Und die Tatsache ist nicht heranzukommen, daß durch Organe der Gemeinde ein falscher Schmidt in die Akten der städtischen Polizeiverwaltung hineingeraten ist. Das hinterher die königliche Polizei den falschen Schmidt unbesehen eingestuft, ihn auf zwei Tage seiner Freiheit beraubt und ihn um sein Brot gebracht hat, gehört zur Vollständigkeit dieses Wildes bürokratischer Korrektheit.

## Partei-Angelegenheiten.

**Königs-Wusterhausen und Umgegend.** Die Wahlvereins-Versammlung findet am Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale von Weßhorn statt. Tagesordnung: Vortrag. Wahl eines Kassierers. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. Parteiangelegenheiten.

**Stralan.** Die Villets für unser Volksfest kommen am Mittwoch zur Ausgabe. Außerdem wird die Broschüre „Eine Abrechnung mit dem Reichslagenverband“ an die Mitglieder abgegeben.

**Röpenitz.** Die nächste Wahlvereins-Versammlung findet am 18. d. M. im Lokale des Genossen Seidel statt.

**Rowawes.** Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schmidt die Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Blod hält einen Vortrag über: „Die verfloßene Reichstagsession“. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

Für die morgen stattfindende Berufs- und Betriebszählung seien noch nachstehende Leitfäden für die Ausfüllung der Zählformulare besonders hervorgehoben. In die Haushaltungslisten werden alle Personen aufgenommen, es ist dabei ganz gleichgültig, ob sie eine Berufstätigkeit ausüben oder nicht. Es müssen daher auch sämtliche im Haushalt anwesende Kinder, selbst die neugeborenen, miteingetragen werden. Die vorübergehend abwesenden — im Bade weilenden — Personen sind gleichfalls in die Haushaltungsliste, und zwar im Verzeichnis B einzutragen. Dies gilt sowohl von einzelnen vorübergehend abwesenden Mitgliedern der Haushalte, wie von ganzen Familien. I. Für die Zählung der gewerblichen Betriebe ist das „Gewerbeformular“ oder der „Gewerbebogen“ bestimmt. Ersteres ist zu benutzen für Betriebe, in denen höchstens drei Personen einschließlich des tätigen Inhabers beschäftigt sind, sofern in dem Geschäft keine motorische Kraft Verwendung findet. Für Betriebe mit vier und mehr Personen ist der Gewerbebogen auszufüllen. Setzt sich der Betrieb aus mehreren einzelnen Betriebszweigen zu-

sammen, so ist für jeden derselben ein Gewerbebogen oder ein Gewerbeformular auszufüllen. Unter allen Umständen sind Gewerbebogen bei Betrieben zu benutzen, in denen elementare Kraft bei Umtriebsmaschinen verwendet wird oder bei denen Personen außerhalb der Betriebsstätte beschäftigt sind. Die Ausfüllung des Gewerbebogens oder des Gewerbeformulars findet am Sitz des Gewerbebetriebes statt. — Wird eine Bodenfläche landwirtschaftlich zum Anbau von Nutzpflanzen benutzt, muß eine Landwirtschaftskarte benutzt werden. Biergärten kommen also nicht in Frage, wohl aber Obstgärten, Laubenzotellen.

Um genügendes Wartepersonal zu erhalten, hat sich der Magistrat genötigt gesehen, eine Abänderung der bestehenden Satzungen für die städtische Schwesternschaft in den städtischen Krankenanstalten vorzunehmen. Nach diesen neuen Bestimmungen brauchen die Schwestern bei ihrem Eintritt eine Sicherheit von 200 M. nicht mehr zu hinterlegen. Die Probezeit beträgt 6 Monate. Diese Zeit kann auf Antrag der Direktion der Anstalt durch Beschluß der Deputation verkürzt werden. Statt bisher 20 Mark erhalten die Probeschwestern — neben freier Station usw. eine monatliche Vergütung von 30 Mark. Das Bargeld der Schwestern wird auf 420 M. erhöht und steigt bis auf 600 M. Die Oberschwester sollen anfangs 600 M. beziehen und alle drei Jahre 60 M. Zulage bis zum Höchstbetrage von 780 M. erhalten. Urlaub wird nach Maßgabe der Urlaubsordnung gewährt. Die Oberinnen beziehen jährlich 1200 M. mit Zulagen von 100 M., die von 2 zu 2 Jahren bis zum Höchstbetrage von 1800 M. bewilligt werden. Im übrigen sind die Satzungen fast unverändert geblieben.

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung hätten diese Änderungen nicht nötig gehabt, wenn sie feinerzeit den von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gestellten Anträgen zugestimmt hätten. Gerade Sozialdemokraten waren es, die bei Beratung der Satzungen für die städtische Schwesternschaft beantragten, von der Stellung einer Kommission Abstand zu nehmen, auch Änderungen bezüglich mehrerer anderer Bestimmungen vorzunehmen. Daß der Magistrat jetzt bereits mit diesen Änderungen kommt, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß Krankenschwestern sich weigern, unter den bisherigen Bestimmungen in das — Wartepersonal nötig brauchende — Virchow-Krankenhaus einzutreten. Nun geht es auf einmal!

Die Rosenblüte in Brig hat begonnen und lockt am Sonntag eine große Schar Berliner Ausflügler an. „Rosenbrig“ verlor während der Saison nahezu allein den Berliner Markt mit dem täglichen Bedarf an Rosen, von denen oft mehr als 3000 Dutzend morgens an die Händler abgeliefert werden. In den ausgedehnten Rosengärten stehen zierlich dreihundert verschiedene Sorten von Rosen, die jetzt ihre in allen möglichen Farbenschattierungen prägnanten Knospen und Blüten zu entfalten beginnen.

Der Motorbootverkehr zwischen Barchagen-Rummelsburg und Treptow, der nach langwierigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Fiskus zustande gekommen war, ist wieder eingestellt worden. Nachdem der Betrieb am Sonntag, den 2. d. M., eröffnet worden war, hat der zuständige Wasserbauinspektor dem Unternehmer den Fahrverkehr vorläufig untersagt. So hat die Freude der Berliner Ausflügler, denen diese neue Verbindung zwischen den genannten Borten besonders zugute kam, nicht lange gedauert.

Ein Zusammenstoß erfolgte gestern früh 7 Uhr auf dem Bahnhof Bestend. Als ein Nordringzug in den Bahnhof einfahren wollte, kam in demselben Augenblick eine leere Lokomotive, die zum Umkehren für einen anderen Zug bestimmt war, dem Nordring entgegen. Auf einer Weiche, unmittelbar unter der Brücke, stießen beide Maschinen aufeinander. Die leere Lokomotive wurde aus den Schienen geworfen und stark beschädigt, während die andere nur leicht demoliert wurde. Personen sind nicht verletzt worden. Beide Lokomotiven wurden aus dem Verleht gezogen. Der Vorfall hatte für den Nordringverkehr Störungen im Gefolge, die aber am Mittag wieder behoben waren.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Sonnabend spät abends in der Lindenstraße zugetragen. Der 26 Jahre alte Postbote Emil Juchacz hatte Briefkästen zu leeren und war auf einem Dreirad von Kasten zu Kasten gefahren. In der Nähe der Junferstraße stieß das Rad mit einem vorbeifahrenden Automobil zusammen und J. wurde unter den Kraftwagen geschleudert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde nach Anlegung von Notverbanden in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Ein Leichensund in Tegel beschäftigt gegenwärtig die hiesige Kriminalpolizei. Am Sonntag entdeckten Ausflügler in einem Gebüsch am Ufer des Tegeler Sees ein Paket, welches die Leiche eines ausgewachsenen neugeborenen Kindes männlichen Geschlechtes enthielt. Nach dem Besuche der Leiche muß die Geburt des Knaben erst kurze Zeit vorher stattgefunden haben.

Die Leiche des Mannes, der sich, wie wir meldeten, vor einigen Tagen in der Großbeerenstraße in Mariendorf erschossen hat, ist noch nicht rekonstruiert worden. Der Tote ist zierlich 1,71 Meter groß und schlant; er hat kurzes röthliches Haar, rotblonden Spitz- und Schurrbart, niedrige Stirn, graue Augen, große Ohren, vollständige Zähne und spitze Kim. Bekleidet war der Unbekannte mit schwarzem Rockanzug und Ueberzieher und weißem Strohhut mit schwarzem Rand, in dem Hut befand sich das Monogramm E. W. Bei der Leiche wurde ein Regenschirm und ein Messer gefunden, welches letzteres M. H. gezeichnet war. Die Leiche ist polizeilich photographiert worden.

In die Gefahr des Ertrinkens geriet am Sonntag in der Heimstätte vom Roten Kreuz in der Schönholzer Heide ein 3 1/2-jähriges Kind. Das kleine Mädchen hatte zusammen mit anderen Jünglingen gespielt und war, da es sich der Aufsicht der anwesenden Pflegschwester entzogen hatte, in einen Wassertümpel gefallen. Sobald gelang es den Schwestern, nicht, die Kleine emporzuziehen, so daß diese in die Gefahr geriet, zu ertrinken. Erst die alarmierte Feuerwehr Reinickendorfer-Platz konnte das verunglückte Kind aus seiner entsetzlichen Lage befreien, ohne daß es erheblichen Schaden an seiner Gesundheit genommen hätte.

In der Erholungsstätte in der Jungfernheide wurde am Sonntag ein Patient von einem Blutsurz befallen und starb kurze Zeit darauf.

Einen furchtbaren Abschluß fand eine Schlägerei, die in der Nacht zum Sonntag am Ostbahnhof stattfand. Eine Person wurde dabei getötet, während zwei weitere schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Eine derselben dürfte wohl kaum mit dem Leben davonkommen.

Am Sonnabendabend war der am 21. Dezember 1885 geborene Messingpfeifer Artur Schöbert, Rüdersdorferstr. 12, mit seinem jüngeren Bruder und zwei Freunden, dem Antiker Georg Boh, Wobaustr. 13, und dem Arbeiter Karl Niemer, Hausburgstr. 27, Wohnhaft, ausgegangen. Gegen 10 Uhr betrat den Bier ein Lokal in der Rüdersdorferstr. 47, in dem sich auch vier polnische

Arbeiter, unter ihnen der am 6. August 1883 geborene Schlicht, Rudawski. 24 wohnhaft, aufhieten. Zwischen den beiden Parteien entstand eine Plänkele, die bald einen ersten Charakter annahm. Nach etwa einer halben Stunde entfernten sich die vier ergriffenen jungen Leute und kurz darauf folgten ihnen auch die Polen. Vor dem Döbbernhof in der Nähe der öffentlichen Hauptwege trafen sie sich dann wieder und jetzt kam es zu einer Kämpfelei. Schlicht rief dabei dem Schaber zu: „Wenn Du mich noch einmal antreiffst, kriegst Du eine Maulschelle.“ Es entstand nun ein Streit, in dessen Verlauf Sch. plötzlich ein dolchartiges Messer aus der Tasche zog und während auf Schaber einwirkte, Betroffenen brach der Gehirne zusammen. Die Messerlinge war ihm in die rechte Halsseite eingedrungen und hatte die Schlagader durchschnitten. Während sich der Bruder des Sch. um den leblos am Erdboden Liegenden bemühte, verfolgte ihn der Schaber mit dem Messer. Dieser war ebenso wie seine Landsleute entflohen und hatte sich nach einem benachbarten Hause gewandt. Er wurde aber von den beiden Verfolgern eingeholt. Als diese über ihn herfielen, stach er blindlings um sich und richtete seine Gegner furchtbar zu. Kaum hatte sich Boh dem Polen genähert, so erhielt er einen tiefen Messerstich in die Brust. Der Leib wurde dem Unglücklichen fast vollständig aufgeschlitzt. Auch Niemer wurde von dem gefährlichen Wurschen niedergeschlagen. Er bekam einen Messerstich ins Schulterblatt und auch die Hand wurde ihm durchstoßen. Als die beiden jungen Leute zusammenbrachen, versuchte Sch. von neuem zu flüchten; er wurde aber jetzt von Passanten verfolgt und festgenommen. Er gestand sich wie ein Rosener und konnte nur schwer überhäufigt werden. Zweifellos hätte ihn die empörte Menge geküßt, wenn nicht in diesem Augenblick Polizeibeamte hinzugekommen wären und Sch. befreit hätten. Der Täter wurde zunächst nach dem nahen Polizeirevier gebracht und dann nach einem Verhör in das k. k. Polizeipräsidium eingeliefert. Schaber war fast auf der Stelle verstorben. Ein Arzt, der noch hinzugezogen wurde, konnte nur noch den infolge innerer Verblutung eingetretenen Tod feststellen. Die beiden anderen Schwerverletzten wurden in Krankenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Das Befinden des Boh war auch am gestrigen Morgen recht schlecht. Dagegen ist in dem Zustande des Niemer eine kleine Besserung eingetreten. Die Leiche des Ertrunkenen ist nach dem Schauhause übergeführt worden. Die Polizei ist den Vorfällen des Sch. bereits auf der Spur.

Von Kasendiphtheritis ist die Familie des Fuhrmanns Bollmer schwer heimgesucht worden. Vergangene Woche sind zwei jüngere Söhne gestorben, ein dritter befindet sich im Krankenhaus.

Kadetten zu Treptow, 9. Juni. Um dem jüngeren Nachwuchs der Fahrer Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte im Kampf mit gleichwertigen Gegnern zu erproben, hatte die Leitung der Treptower Bahn ein Hauptfahren über 900 Meter für die Fahrer der Klasse III und ein Dauerrennen mit Motorführung über 50 Kilometer (400, 400, 250, 200 M.) ausgeschrieben, das zum großen Teil gleichfalls von Reulingen bestritten wurde. Versahren wurde in beiden Rennen vorzüglich und alle Fahrer gaben sich redlich Mühe, um zu gewinnen. Zum 50 Kilometer-Rennen hatten sich acht Fahrer gemeldet, die durch zwei Vorläufe über je 25 Kilometer ihre Teilnahme zum Endlauf, die von je den beiden Ersten bestritten wurde, erklämpfen mußten. Sieger war der Holländer John Stol in 42 Min. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. vor E. Puhmann, 1310 Meter und dem Münzberger W. Huber, 3780 Meter zurück. Der Kölner C. Moriz war beim 32. Kilometer durch Sturz glücklicherweise ohne erhebliche Verletzungen, ausgefallen. Puhmann hatte bis zum 24. Kilometer die Spitze, mußte dann aber, da es mit seiner Kraft zu Ende war, Stol den ersten Platz überlassen; er wurde dreimal übermüdet und Huber, der sich nicht zur Geltung bringen konnte, endete 12 Runden zurück. Die Berliner Stabe und Suher, sowie der Hamburger Thom Sudeu und der Wiener Beheter endeten in den Vorläufen unplatziert. — Im Hauptfahren siegte der Hamburger Wegener vor Horsch, Schröder, Orgleben und Müdiger. In den fünf Vorläufen 81 Fahrer.

Spartan Spandan. Die „300 Kronen“, das „Klassische“ Dauerrennen über 100 Kilometer, mit der Befegung von Butler, Guignard, Gintler, Nyier und Wanderstuit, schrumpfte schon nach den ersten 10 Kilometer, die in der Melodigkeit von 6 Min. 57<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek. gefahren wurden, auf nur einen Fahrer ein, der das Rennen ohne Anstände nach Hause fahren konnte. Sieger war Gintler in 1 Stunde 9 Min. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., während Nyier mit 20490 Meter und Butler mit 23360 Meter an zweiter und dritter Stelle kamen. Wanderstuit erbeute noch weiter zurück und Guignard scheint von dauerndem Nach verfolgt zu sein, indem er stürzte, ohne glücklicherweise ernstlichen Schaden zu nehmen. Vom Beginn ab veripricht das Rennen ein heftiger Kampf zwischen Gintler und Guignard zu werden, doch behält der Kölner die Spitze und zieht in rasendem Tempo vor. Nyier wird bald übermüdet und auch Butler und Wanderstuit bleiben zurück. Schon nach der 80. Runde hat Guignard Nachschaden und löst 8 Runden ein, von denen er aber nichts gut machen kann, dem Gintler zieht unwiderstehlich von dannen. Die anderen drei machen des öfteren Vorstöße gegen ihren jeweiligen Ersten, werden aber noch öfter durch Nach- und Motorstaden gänzlich außer Gefecht gesetzt und spielen keine Rolle. Nach dem 70. Kilometer wechselt auch Gintler sein Rad und dies bringt dem Franzosen drei Runden Gewinn. Das Resultat der Stunde ist 88500 Kilometer (60 Meter weniger als der Vahresford). So geht das Rennen dem Ende zu. Der Franzose fährt sehr schön und schnell; da plagt an seinem Motor am Hinterrad der Reifer und beide stürzen; unglücklicherweise bleibt die Maschine auf dem flachen Fement liegen und der kurz nachfolgende Amerigo (als Führer Wanderstuits) fährt in den Kränkel hinein. Seine Maschine fliegt in hohem Bogen in den Innenraum, sich noch einigemal überschlagend und um ein Haar noch die Zuschauer treffend, die auseinanderstieben. Aber schon ist Unheil genug; Wegner, der Führer Guignards, ist am Kopfe schwer verletzt und muß fortgetragen werden, ebenso Amerigo, während Guignard sich von seinem Sturz erheben kann und Wanderstuit wie durch ein Wunder davonkommen ist. — Das vorangegangene 30 Kilometerrennen (Preis von Zegel) wurde von Miller (Jülich) in 21 Minuten 43 Sekunden vor Vendredt (1400), Rant (3350) und Dubalsky (8190 Meter) gewonnen. Miller fuhr in schöner Weise das Rennen glatt zu Ende, während die übrigen unter den Launen ihrer Motore zu leiden hatten. Im Handicap siegte Kudela (9) vor Dechner (20) und Rowak (100). Das Verfolgungsrennen brachte einen Sieg der Roten Mannschaft (natürlich). — Im Landem fahren belegten Kudela-Hellmann den ersten Platz vor Kurzmaier-Techner und Robe-Kelbel.

Personen, welche bei dem Einbruch in der Gemischen Waschanstalt von Albert Häblich, Wilhelm Stolger. 24, um ihre zum Reinigen dorthin gegebenen Sachen gekommen sind, wollen ihre Adresse sofort an Unterzeichneten einleiden. Emil Weisler, Dranienstraße 9.

Gesperet ist die Straße Schiffbauerdamm vom Lampenfuß der Nordwallstraße bis zur Albrechtstraße (ausschließlich Kreuzdamm) behufs Ampfasterung vom 10. d. Mts. ab.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagabend wurde die Feuerwehr um 10 Uhr nach der Doppelstr. 27 gerufen. Dort brannten in zwei von einander getrennten Räumen Betten. Die Flammen konnten auf ihren Herd beschränkt werden. Der Befund läßt auf vorsichtige Brandstiftung schließen. Feil um 8 Uhr hatte der 16. Zug in der Koloniestr. 27 einen größeren Brand zu löschen, Fourage, Heu und Stroh fanden dort in großer Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehr unter Leitung des Brandmeisters Steiner hatte längere Zeit mit mehreren Hochen Wasser zu geben, um den Brand, dessen Entstehung nicht ermittelt werden konnte, zu löschen. Etwas später kam in der Koloniestr. 134, ein zweiter Brand zum Ausbruch. Auch dort brannte Stroh, Heu und anderes und

hatte die Feuerwehr längere Zeit zu tun, um des Brandes Herr zu werden. Es ist der dritte größere Brand von Fouragemagazinen auf dem Gesundbrunnen. Wegen Gasausströmungen wurde die Berliner- und Charlottenburger Feuerwehr nach der Ausfärsenstr. 125 alarmiert, denen es gelang, die Gefahr zu beseitigen. Der Brand eines Kleiderlagers beschäftigte den 8. Zug in der Rindenergerstr. 15. Große Posten Kleider fielen den Flammen zum Opfer. Am Friedrichsgracht 59 brannte ein Weiterverordung und am Döbbernhof 13 das Zwischengebäl. In der Krausenstr. 29 gingen nach 8 Betten in Flammen auf und auf dem Roabiter Güterbahnhof Preklohlen. Ferner wurde die Wehr nach der Kolonie des 2. Garderegiments in der Friedrichstr. 107, wegen eines Kleiderbrandes nach der Schornhorststr. 13 und aus anderen Ursachen nach der Grünstraße, Seberstr. 2, Alexanderstr. 27b, Lindenstr. 43 u. a. Orten gerufen.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Montagnachts um 8 Uhr die Feuerwehr mehrere Male alarmiert. In der Pappelallee 85 stand bei Ankunft der ersten Löschzüge die Dachkonstruktion, die Balkenlage, Bodenverschlüsse mit Inhalt in großer Ausdehnung in Flammen. Brandmeister Rander ließ sofort vom 8. Zuge mehrere Schlauchleitungen vornehmen und eine mechanische Leiter aufrichten, über welche Mannschaften bis zum Weandherd vordrangen. Trotz der großen Hitze und des Qualmes, der den Vorden füllte, gelang es nach etwa zweifündiger Tätigkeit, die Flammen zu löschen. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt, der Schaden bedeutend. Gleichzeitig hatte die Wehr noch an mehreren Stellen zu tun. Die Zunahme der Brände ist eine Folge der Hitze, die sich plötzlich eingestellt hat und wodurch die Selbstentzündungen von Preklohlen sich häufen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Heimsparsbüchsen. Die Sparkasse der Stadt Charlottenburg führt Anfang Juli in ihrem Geschäftsbereich eine bemerkenswerte Keuerung ein: Heimsparsbüchsen. Diese Einrichtung besteht in der Hauptsache in folgendem: Die Sparkasse beschafft für eigene Rechnung eine größere Anzahl von Heimsparsbüchsen. Die Büchsen sind von gefälliger handlicher Form und tragen auf einem kleinen Schilde die Bezeichnung der Sparkasse. Einem jeden Sparer wird auf Verlangen eine Heimsparsbüchse zur unentgeltlichen Benutzung leihweise ausgeliefert, sofern er bereits ein Sparguthaben von mindestens drei Mark bei der Sparkasse besitzt, oder ein solches neu einlegt. Als Garantie für gute Behandlung der Büchse wird in dem Sparsbüchse des Sparsparempfängers ein Betrag von drei Mark gefordert, der bei Rücklieferung der Sparkasse in brauchbarem Zustande wieder zurückvergütet wird. Alle Büchsen schließen über einen Schlüssel. Dieser Schlüssel wird dem Sparer nicht ausgehändigt, sondern bleibt bei der Sparbüchse. Da die Sparbüchsen den Sparern verschlossen ausgehändigt werden, so sind sie nicht in der Lage, sie öffnen zu können. Die Sparbüchsen mit dem erparten Inhalt können nun beliebig oft zur Deckung und Entnahme des Spargeldes nach der Sparkasse gebracht werden. Ein Angestellter zählt in Gegenwart des Ueberbringers den Inhalt der betrachteten Büchse und quittiert sofort über den vorgefundenen Betrag in dem mitgebrachten Sparsparbuch.

### Lichtenberg.

Der Gemeindevorstand hat die eingereichten Entwürfe zum Krankenhausbau dem Vaurat Ruppert in Hamburg — dem Delegierten für das Hamburger Krankenhausbauwesen — zur Begutachtung unterbreitet. Der Gemeindevorstand und die Baukommission haben nun in Hamburg selbst das mündliche Gutachten des Herrn Vaurat in Form eines längeren Vortrages über die Erfordernisse eines modernen Krankenhausbauwerks entgegengenommen. Es erscheint danach notwendig, den Bauplatz zu vergrößern, um eine hygienisch einwandfreie Einrichtung zu schaffen. Dem Vortrage folgte eine eingehende Besichtigung der städtischen Hamburger Krankenhäuser. Hoffentlich gibt das dort Gesehene Veranlassung, daß nicht nur der Bau endlich schrittweise Fortschritte macht, sondern daß sich auch hier das Sprichwort bewähre: „Was lange währt, wird gut.“

### Röpenitz.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsteher zunächst den Eingang einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich des Kampfes im Baugewerbe mit. Dieselbe lautet: „Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um die rechtzeitige Fertigstellung der im Bau begriffenen 18klassigen Volksschule und Mädchen-Mittelschule zu gewährleisten?“ Von bürgerlicher Seite wird gegen die Verhandlung Protest erhoben, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe. Genosse Herbst erhebt demgemäß die Anfrage zum Antrag und fordert gleichfalls die Anerkennung der Dringlichkeit. Mit 17 gegen 14 Stimmen wurde diesem Entschlusse entsprochen. Die Begründung gab Genosse Woll. Er führte aus, daß nachden die beiden erwähnten Gebäude endlich einmal in Angriff genommen und auch das Versprechen gegeben worden sei, die Herstellung so zu beschleunigen, daß die Gebäude Anfang Oktober in Benutzung genommen werden können, jetzt mit einmal wahr genommen werden müsse, daß die Arbeit auf den Bauten ruhe. Den Anlaß zu diesem Vorkommnis habe die Ausschließung der Arbeiter durch die Unternehmer gegeben; die Baukommission habe den Unternehmern der erwähnten Bauten die Fertigstellungsfrist verlängert. Wenn es sich um Privatbauten handelte, so mögen sich die Unternehmer mit dem Bauherrn auseinandersetzen. Hier kommen aber öffentliche Bauten in Frage, an denen rechtzeitiger Fertigstellung die Allgemeinheit ein Interesse habe, zumal die Volksschulverhältnisse in dieser Stadt keine guten sind. Das Entgegenkommen der Unternehmer gegenüber, die ihre Arbeiter entlassen haben, sei gänzlich ungerechtfertigt. Stadtverordneter Martin (Freie Vereinigung) glaubt, daß die Stadt mit der Uebernahme der Bauten in eigene Regie keine guten Erfahrungen machen werde; im übrigen haben nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter (wie immer! D. V.) den Kampf herauszufahren. Genosse Herbst erklärt, der Versammlung könne es ganz gleich sein, ob die Arbeiter streiken oder ausgesperrt sind; hier komme nur die rechtzeitige Fertigstellung der Bauten in Frage. Im weiteren legt Stehner in eingehender Weise dar, daß die Stadt sehr gut die Ausführung von öffentlichen Bauten erledigen könne. Die Unternehmer seien vollständig überflüssig. Stadtv. Martin beharrt auf seinem Standpunkte, daß die Arbeiter den Kampf angefangen; man kann das verstehen, wenn man weiß, daß Herr M. Ratsbauzimmermeister ist und als Arbeitgeber ein erhebliches Interesse am Kampfe hat. Genosse Rieck macht darauf aufmerksam, daß in Zukunft bei Verwilligung von Geldern zu Bauten anders verfahren werden müsse. Stadtv. Schulz (Fr. Gg.) führt aus, daß der Antrag überflüssig sei; die Dringlichkeit des Magistrats werde bei allen anderen Sachen so gelobt, und dieser würde auch hier seine Pflicht tun. Bürgermeister Dr. Langerhans erklärt kurz, daß der Magistrat der Meinung ist, daß das eine Schulhaus rechtzeitig fertiggestellt werde. Genosse Woll wendet sich gegen diese Anschauung des Magistrats und beantragt noch die Zusammenlegung der Baukommission. Von 9 Mitgliedern der Kommission seien nicht weniger als 6 Bauunternehmer. Von Seiten des Magistrats nimmt nochmals Bürgermeister Dr. Langerhans das Wort: Der Stadtverordnetensaal sei nicht zu politischen Debatten angetan; der Magistrat stehe aber den Parteien, ihn ginge weder das Unternehmertum noch die Arbeiterchaft in diesem Kampfe etwas an; dieselben mögen den Kampf allein ausfechten.

Nachdem Genosse Woll noch einmal kurz den Standpunkt der Fraktion klargestellt hatte, kam es zum Schluß noch zu einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte, da der Vorsteher infolge der beantragten Dringlichkeit das schriftliche Vorlegen des Antrages forderte. Das Fazit der Verhandlung war, daß die Versammlung sich auf den Standpunkt des Vorstehers stellte.

Von der liberalen Fraktion wurde in dieser Sache mit keinem Worte eingegriffen. Zu einer weiteren erheblichen Debatte kam es noch beim letzten Punkt der Tagesordnung bezüglich eines Antrages der liberalen Fraktion auf Kündigung bezw. Erhöhung des Zinsfußes von ausgeliehenen städtischen Geldern an die Kolonie Wendenstraße. Stadtv. Cunitz weist darauf hin, daß nach 400 000 M. ausgeliehen seien und zwar an meistens Auswärtige, diese könnten ruhig mehr Zinsen bezahlen. Bürgermeister Dr. Langerhans warnt vor Annahme des Antrages, während Genosse Herbst dem Antrage zustimmt. Es sei gerecht, daß auch die Grundbesitzer in der Kolonie 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bzw. 5 Proz. Zinsen bezahlen. Die Steigerung des Wertes der Grundstücke betrage über 100 Proz. Stadtv. Schulz (Fr. Gg.) hält es nicht für anständig, den Zinsfuß zu erhöhen, zumal das Geld knapp sei. Nach persönlichen Bemerkungen wird der Antrag angenommen.

### Stralau.

In den Nummelsburger See gefährt ist infolge Kentens seines Segelbootes der Rostenbote Wilhelm K., der bei der Stralauer Glasfabrik angestellt ist. Er fuhr am Sonntagabend um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends bei böigen Winde mit voller Tackel ab. Eine Gavarie im Vordersegel brachte, etwa 1000 Meter von der Abfahrtsstelle, das Boot zum Kentern. K., ein schon bejahrter Mann, konnte sich nur mit Aufgeben aller seiner Kräfte über Wasser halten. Auf seine Hilfe suchte ein Schiffer auf die Unfahrlische zu und rettete dem Verunglückten das Leben. Nach zweifündiger Arbeit gelang es auch das Segelboot wieder flott zu machen.

### Vernau.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 7. Juni 1907 erteilte dem Vester Michel die Genehmigung zur Erbauung eines Wohnhauses in der Jochenstraße mit der Maßgabe, die auf dieses Grundstück entfallende Pflasterungskantion im Betrage von 710 M. zu hinterlegen.

Die Lieferung von Vordrücken für die Brüder- und Hohesteinstraße wurde der Firma Weher aus Spandau, welche pro laufenden Meter 4.35 gefordert hatte, übertragen. Bewilligt wurde der Erweiterungsbau des Stadthauptpostamts. Der Submissionszuschlag zur Erbauung des neuen Restaurationsgebäudes am Piepenitz wurde dem Bernauer Maurer- und Zimmermeister Wack, der sich mit 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. unter dem 59 178.73 M. betragenden Vorkaufschlag angeboten hatte, erteilt. Mit 15 gegen 7 Stimmen wurde die Magistratsvorlage betreffend den Erlaß einer Baugesetzordnung für Vernau angenommen.

### Spandau.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabend gegen Mittag in der Fabrik von Drenstein u. Koppel. Der Schlosser Schulz, der an der Montierung eines Boggers beschäftigt war, verunglückte bei dieser Tätigkeit infolge des Bruches einer Schraube, wodurch eine schwere Last auf ihn niederfiel. Durch einen Arbeiter erhielt Schulz den ersten Verband. Bis zum Eintreffen eines Arztes legte man den schwer Verunglückten auf die nicht ganz saubere Zugwolle. Der Arzt ordnete die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus an. Dort ist Schulz seinen schweren Verletzungen erlegen.

Es wird uns berichtet, daß die Schuld an den zahlreichen Unfällen in dieser Fabrik zum nicht geringen Teile der durch ein raffiniertes Akkordsystem hervorgerufenen Antreiberei zugemessen ist. Es ist nur zu verwundern, daß nicht noch mehr Unfälle vorkommen.

Zeit wäre es auch, daß die Stadtleitung für einen Verbandsraum, welcher den hygienischen Anforderungen entspricht, Sorge trägt. Schon seit Jahren wird vom Arbeiterausschuß ein Verbandsraum verlangt. Zwar hat man denselben schon seit langer Zeit zugestimmt, aber ausgeführt ist bis heute nichts. In dem Betriebe von Drenstein u. Koppel legt man heute noch wie vor Jahren die im Betriebe verunglückten Arbeiter auf die schmutzige Zugwolle.

## Vermischtes.

Ein englischer Fischdampfer beschlagnahmt. Der englische Fischdampfer „Franconia“ ist gestern in der Nähe von Lister Tief auf deutschen Ankergründen wegen verbotenen Fischens von dem die Bewachung ausübenden Torpedoboot beschlagnahmt und nach Cuxhaven eingebracht worden.

Die graubunte Madonna. Warschau, 9. Juni. Unbekannte Räuber überfielen die Kirche des Wallfahrtsortes Wiedniewice, taubten das in goldenem mit Brillanten besetzten Rahmen befindliche Muttergottesbild sowie goldene Kirchengüter im Gesamtwerte von 300 000 Rubel.

### Eine Stadt überschwemmt.

Nach einem Telegramm aus Louville ist die Stadt Gradyville von einer Ueberschwemmung schwer heimgesucht worden. Zahlreiche Personen sind umgekommen. Wäcker sind 20 Reichen geborgen worden; viele Personen haben Verletzungen davongetragen.

### Automobilwettbewerb Peking-Paris.

Peking, 10. Juni. Fünf Automobile, drei französische, ein holländisches und ein italienisches, die sich an der Wetsfahrt nach Paris beteiligen, sind heute abgefahren.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Händelsstraße) Donnerstags, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Couchstabe und eine Zahl aus Westfalen beizufügen. Gleiehliche Antwort wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 3. 25. Die alljährlich zum Verteilen erscheinenden Berichte des Parteivorstandes geben Ihnen über Ihre Frage Auskunft. — N. 3. 1. Ein Auslandspost ist nicht erforderlich, auch zweckmäßig. — N. 3. 22. Sie möchten Reklamation einlegen. Der Weg ist in der Veranstaltung selbst Ihnen angegeben. — N. 3. 26. Reim. — N. 3. 65a. Unrechthelligkeiten Sie die Frage, deren Verantwortung Sie wünschen. — N. 3. 200 M. sind erforderlich. Im Vor ist nicht erforderlich. — 101 J. Ohne Einsicht in die Statuten der Kasse, der beizutreten wir nicht geraten hätten, in Ihre Frage nicht zu beantworten. — Gros. Welchen Sie sich bei Genossin Ulrike Waaber, Lindenstr. 3, erster Hof 4 Treppen an. — N. 3. 45. Der betreffende mag einen Versuch bei einer antinquinativen Untersuchung machen. Für wertvoll halten wie die Untersuchung nicht. — 21a. Nach Russland ist ein Vor erforderlich, nach Frankreich, England der Schweiz, Belgien, Italien usw. nicht, wohl aber zweckmäßig. — N. 3. 59. Wir können nur dringend vor dem Eintritt in die Kasse warnen. — N. 36. 1. Ja. 2. Das ist das amerikanische Postamt. 3. Auf Antrag des Abgeordneten Gieseler v. Schwerin wurde im deutschen Landtage beschloffen, einen Tag der Woche zur Beratung der Antiquaratsangelegenheiten zu bestimmen. Diese Tage nennt man Schwerinstage. Die Bezeichnung ist auf den Reichstag übergegangen. Gehalten wird die Bestimmung weder im Abgeordnetensaal noch im Reichstage. — N. 3. 60. Es sind zur Auszahlung des Geldeanspruchs erforderlich, wenn Sie nicht ausdrücklich vereinbart halten; wer nicht weiter zahlt, scheidet aus. — D. 3. 103. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — N. 3. 100. Bei der Bekämpfung der Verunreinigung der Schmelze gerächt, so ist er für den Schaden nicht verantwortlich. Sonst ja. — N. 3. 101. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil das Gutachten der Richter über die Entstehung des Schadens und über die Verantwortlichkeit bei Einwirkung für ausschlaggebend erachtet wird. — N. 3. 100. Ihr vorerwähntes Kind hätten Sie am einfachsten bei der Heirat auf dem Standesamt registrieren können. Jetzt können Sie entweder nachträglich auf dem Standesamt, bei dem die Geburt gemeldet ist, das Unkenntnis abgeben, oder das Unkenntnis zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll erklären und das Protokoll mit dem Antrag, die Urkunde zu berichtigen, dem Standesbeamten einleiden. — D. 3. Eine Strafanzeige wäre proflos. Sie können auf Herausgabe der Sachen beim Justizamt klagen. Der Beklagte würde aber mit Erfolg die Widerklage auf Zahlung der 10 M. und Uebertragung des Schadens erheben können. — N. 3. 100. Welchen Sie sich direkt an die Versicherungsanstalt